

PROTOKOLL

*über die 51. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr
am Donnerstag, 12. August 1991, im Rathaus, 1. Stock hinten,
Gemeinderatsitzungssaal.*

Beginn der Sitzung: 14 Uhr

ÖFFENTLICHE SITZUNG

A n w e s e n d :

BÜRGERMEISTER:
Heinrich Schwarz

VIZEBÜRGERMEISTER:
Hermann Leithenmayr
Karl Holub

STADTRÄTE:
Ingrid Ehrenhuber
Erich Sablik
Ing. Othmar Schloßgangl
Rudolf Steinmaßl
Stadtrat Leopold Tatzreiter
Mag. Dkfm. Helmut Zagler

GEMEINDERÄTE:
Hermann Bachner
Gerhard Bremm
Roman Eichhübl
Franz Enöckl
Norbert Georgi
Walter Hahn
Oskar Holub
Engelbert Huber
Herbert Lang

Johann Manetsgruber
Rudolf Pickl
Edith Radmoser
Franz Rohrauer
Hermann Ruprechter
Wilhelm Spöck
Ing. Dietmar Spanring
Franz Strasser
Walter Strobl
Hubert Sturmberger
Siegfried Vratny
Alfred Wallner
Wolfgang Wieser

VOM AMT:
Magistratsdirektor Hofrat OSR. Dr.
Franz Knapp
OMR. Dr. Kurt Schmidl
OAR. Helmut Riedler
OAR. Heinz Ruckerbauer
OAR. Walter Kerbl

PROTOKOLLFÜHRER:
SR. Dr. Peter Gottlieb-Zimmermann
Gerda Gugenberger

T A G E S O R D N U N G

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlußfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer

Behandlung von allfälligen Anfragen

Mitteilungen des Bürgermeisters

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 51 Abs. 3 StS

Verhandlungsgegenstände

Aktuelle Stunde

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates:

- | | |
|------------------------------|---|
| SH-1830/91 | Fachschule für Sozial- und Pflegeberufe in Steyr |
| Ha-3963/91 | Siedlerverein Fischhub-Steyr; Subventionsansuchen |
| Präs-227/89 | Gestaltungsbeirat - Honorarnote |
| Bau4-1251/85 | Neubau Innere Reiterbrücke; Schlußrechnung; Mittelfreigabe; |
| Bau3-7900/89
Bau6-5515/89 | Aufschließung Fachschulstraße; Verkehrsberuhigung Franz-Enge-Straße; Nachtragsangebot 2 - Antrag auf Vergabe; Nachtragsangebote 1 + 2 - Antrag auf Mittelfreigabe |
| Bau6-1782/76 | Schaden an der Laderaupen L 600 D der Mülldeponie Steyr; Servicearbeiten und Ersatzteilbeschaffung; Antrag um Mittelfreigabe |
| ÖAG-6682/90
Müllabfuhr | Motorschaden an der Laderaupen L 600 D der Mülldeponie Steyr; Vergleich; Antrag um Zustimmung und Mittelfreigabe |
| Ha-3609/91 | Pfarre Gleink, Altstoffentsorgung - Entschädigung |

Ha-4344/91	Ansuchen um Kreditüberschreitung (MA. IX)
Ha-3938/91	Sanierung des Pfarrcaritas-Kindergartens Münichholz; einmalige Subvention
Ha-7253/90	Eltern-Kind-Zentrum Steyr; Subventionsansuchen für das Jahr 1991
Bau4-1251/85	Neubau Innere Reiterbrücke; Detailprojekt - Schlußrechnung; Zustimmung zur Auftragerweiterung
Bau2-8619/90 Bau3-8587/90	Ausbau der Zufahrtsstraße Renault-Zentrum auf Preisbasis des Asphaltierungsprogrammes; Vergabe und Mittelfreigabe
Bau6-2700/90 Bau3-2701/90	Erd-, Baumeister-, Rohrverlegungs- und Pflasterungsarbeiten Kanalisation Berggasse; Nachtragsangebot 2 - Kanalanschluß - Berggasse - Handel-Mazzetti-Promenade; Vergabe und Mittelfreigabe
K-2584/84	Schloßmuseum, Eingangsgeschoß, 3. Bauphase - Vergabe der Fliesenlegerarbeiten
Ha-3658/91	Verein für Arbeit, Beratung und Bildung; Subvention zur Durchführung des Arbeitstrainingskurses "Biologischer Landbau"
GHJ2-3696/91	Mühlstraße 1 - Herstellung einer Hangsanierung
ÖAG-7626/90 Müllabfuhr	Blechsammlung - 2. Teilrechnung vom 1.4.1991 bis 30.6.1991

Verhandlungsgegenstände

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

- 1) Ha-2296/90 Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes in bezug auf die Stadtgemeinde Steyr und die Volkshilfe Steyr; Vorlage gem. Art. 127 a Abs. 5 BVG 1929 i.d.g.F. und § 18 Abs. 7 des Rechnungshofgesetzes 1948 i.d.g.F.

- 2) Wahl-2200/91 Ankauf von 150 Stück Wahlzellen sowie Vergabe des Auftrages für die Herstellung der Stimmzettel und Kundmachungen für die Gemeinderatswahl am 6.10.1991
- 3) Bau2-6446/86 Verein FAZAT; Abschluß eines Baurechtsvertrages mit der Stadt Steyr
- 3a) Präs-925/91 Einrichtung eines Ausschusses für Angelegenheiten des Zentralaltersheimes.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

- 4) Ha-4246/91 Erwerb von Wertpapieren von der Raiffeisenbank
Ha-4247/91 Steyr und der CA-BV
- 5) Präs-35/91 Änderung in der Zusammensetzung des Personalbeirates
- 6) Präs-805/91 Änderung des OÖ. Kindergärten- und Horte-Dienstgesetzes; Verbesserung der besoldungsrechtlichen Stellung
Pers-989/91
- 7) Ha-6582/90 Sport und Mode Neugebauer, Inh. Schmid GesmbH., Pachergasse 4, 4400 Steyr; Gewerbeförderung
- 8) Ge-7158/89 A. Doleschal GesmbH.; Schaftgasse 2, 4400 Steyr; Gewerbeförderung

BERICHTERSTATTER STADTRAT ERICH SABLİK:

- 9) Bau3-7320/89 Industrieaufschließung Hinterberg; Verlängerung des Geh- und Radweges längs der Haagerstraße von der Firma Lipfert bis zur Stadtgrenze zu Ramingdorf; Vergabe der Zusatzarbeiten und Mittelfreigabe

- 10) Ha-3816/91 Verein "Pro mente infirmis" - Atrium Steyr,
Subvention für das Jahr 1991
- 11) SH-4436/91 Einrichtung eines Behindertenfahrdienstes in Steyr

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

- 12) Bau6-1074/88 Errichtung Kanalisation und Straßenbau Steyrdorf
Bau3-4700/85 1. Teil; Antrag um Mittelfreigabe für Teilzahlungen
- 13) Bau 6-1016/91 Aufschließung Klingergründe; Erd-, Baumeister-,
Rohrverlegungs- und Straßenbauarbeiten; Vergabe und
Mittelfreigabe

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

- 14) ÖAG-3986/91 Erneuerung der Erdgas- und Trinkwasserversorgungs-
Stadtwerke leitungen in den Straßenzügen Grillparzerstraße und
Gutenberggasse; Auftragsvergaben
- 15) ÖAG-2652/91 Erdgasaufschließung Neuschönau, Verlegung einer
Stadtwerke Niederdruckgasleitung in den Straßenzügen Berger-
weg; Hermannstraße und Neuschönauer Hauptstraße;
Auftragsvergaben
- 16) ÖAG-3782/91 Städt. Verkehrsbetrieb; Verkürzung des Taktes auf
Stadtwerke der Linie Resthof - Gründbergsiedlung sowie
Einführung neuer City-Buslinien - Ankauf der
notwendigen Fahrzeuge
- 17) ÖAG-3782/91 Städt. Verkehrsbetrieb - Verdichtung des Taktes auf
Stadtwerke der Linie Resthof - Gründbergsiedlung sowie
Einführung neuer City-Buslinien; Beschaffung der
Fahrscheindrucker und Fahrscheinentwerfer
- 18) ÖAG-3887/91 Erdgasaufschließung Münichholz, 3. Teil; Auftrags-
Stadtwerke vergaben

BERICHTERSTATTER STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

19) GHJ2-3229/91 Dukartstraße 27, Stützmauererneuerung,
Hangsicherung

BERICHTERSTATTER STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

20) ÖAG-4371/91 Altpapiersammlung in Steyr durch die Fa. Bittner,
Müllabfuhr Steyr, Schaumberger-Straße 2 - Kostenersatz für das
I. und II. Quartal

BÜRGERMEISTER HEINRICH
SCHWARZ:

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich darf Sie herzlich begrüßen zur heutigen Sitzung des Gemeinderates, darf feststellen, daß sie ordnungsgemäß eingeladen wurde, daß die Einladung ordnungsgemäß erfolgt ist und daß die Beschlußfähigkeit gegeben ist. Für heute haben sich entschuldigt Frau Gemeinderat Jeloucan, Herr Gemeinderat Vorhauer, Herr Gemeinderat Brandstötter, Herr Gemeinderat Hochrathner und Frau Gemeinderat Christine Wieser.

Ich darf feststellen, daß die Beschlußfähigkeit gegeben ist. Für die heutige Sitzung ersuche ich Herrn Gemeinderat Sturmberger und Herrn Gemeinderat Wallner um Übernahme der Protokollprüfung.

Zur Behandlung von allfälligen Anfragen darf ich mitteilen, daß mir solche nicht vorliegen.

Wir kommen damit zu den Mitteilungen des Bürgermeisters. Hier darf ich zunächst über die Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage in unserem Bezirk einen kurzen Bericht aufgrund des Berichtes des Arbeitsamtes Steyr vom 2. August 1991 bringen.

Die wirtschaftliche Situation und die Arbeitsmarktlage im Bezirk haben sich im abgelaufenen Berichtszeitraum nicht wesentlich verändert. Die saisonale und konjunkturelle Beschäftigungshöhe hält unverändert an. Sehr gut in diesem Sommer ist auch die Beschäftigungsmöglichkeit für Ferialarbeitskräfte und -praktikanten. An Ferialjobs Interessierte konnten heuer eher problemlos zu einer Taschengeldaufbesserung kommen.

Die Zahl der vorgemerkten

Arbeitslosen nahm im Juli um 3,4 Prozent bzw. 83 Personen zu. Die Zunahme ist zum Teil auf den Berufseintritt von Entlaßschülern zurückzuführen. Zu Monatsende waren insgesamt 2.536 Personen arbeitslos gemeldet. Diese in Anbetracht der derzeitigen Hochkonjunktur sehr hohe Zahl stößt in der Öffentlichkeit häufig auf Unverständnis.

Neben vielen anderen Gründen, wie hohe Ausländerbeschäftigung und große Unterschiede im Lohngefüge, sind auch hausgemachte Gründe dabei. So sind in der genannten Arbeitslosenzahl über 400 Personen im Alter über 50 Jahren enthalten, die das für Krisengebiete vorgesehene sogenannte Alterarbeitslosengeld beziehen. Obwohl dieser Personenkreis theoretisch uneingeschränkt vermittelt werden könnte, würden dies viele als Zumutung empfinden, weil ihnen diese Lösung von Firmenleitung und Dienstnehmervertretung unter dem Titel Sozialplan als Vorpension verkauft wurde. Es mutet deshalb sehr seltsam an, daß anlässlich von bevorstehenden Umstrukturierungsmaßnahmen in der Metallindustrie trotz internem Arbeitskräftebedarf wieder von Sozialplänen gesprochen wird. Darüberhinaus erhält die Entwicklung der Langzeitarbeitslosigkeit in Krisengebieten dadurch eine gewisse Eigendynamik, da die "Krisenhaftigkeit" eines Gebietes unter anderem auch an den Langzeitarbeitslosen aus eigener Produktion gemessen wird.

Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen ganz kurz zur Kenntnis bringen das Ergebnis der Überprüfung der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft der Stadt

Steyr durch den Revisionsverband der gemeinnützigen Bauvereinigungen Österreichs.

Der Revisionsverband der gemeinnützigen Bauvereinigungen Österreichs hat die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr im Zeitraum vom 20. Juni bis 26. Juli 1991 überprüft. Dabei wurde die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung für das Jahr 1990 samt allen Beilagen eingehendst und genauest kontrolliert. Anlässlich der Schlußbesprechung am 6. August 1991 hat die Verbandsobersprecherin, Gertrude Oberhofer, in Gegenwart von Vertretern des Amtes der OÖ. Landesregierung, die als Aufsichtsbehörde an dieser Besprechung teilgenommen hat, erklärt, daß die Geschäftsgebarung der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr für ganz Österreich vorbildlich ist.

Ich finde, daß diese Tatsache ganz besondere Erwähnung verdient.

Ich möchte auch darauf hinweisen, daß am vorvergangenen Wochenende ein großes Hochwasser uns heimgesucht und die Freiwillige Feuerwehr, der Wirtschaftspolizei und auch die Polizei haben bei den Hochwassereinsätzen vorbildliche Arbeit geleistet. Im Zeitraum vom 26. Juli 17 Uhr, bis 30. Juli, 22.15 Uhr, waren bis zu 110 Mann rund um die Uhr im Einsatz. Beim zweiten Hochwasser arbeiteten vom 2. August, 16 Uhr, bis 4. August, 22.30 Uhr, bis zu 127 Mann von der Freiwilligen Feuerwehr und 20 Mann vom Wirtschaftshof für die Sicherung und Bergung sowie anschließend an der Beseitigung der Schäden.

Für den Einsatz und das Bemühen der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt

und des Wirtschaftshofes möchte ich mich herzlich bedanken und meine Anerkennung für die erbrachten Leistungen zum Ausdruck bringen. Es war das schlimmste Hochwasser seit dem Jahre 1959. Bis Freitag, 2. August, stieg der Wassrpegel am Ortskai auf 5,77 m an und überschwemmte die Häuser bis zu einer Höhe von 2 m. Am schlimmsten traf es die Hausbesitzer am Ennskai, im Wehrgraben und im Bereich des Ramingbaches.

Um den Geschädigten so schnell wie nur irgendwie möglich finanzielle Hilfe zukommen zu lassen, habe ich Magistratsbedienstete am Montag früh beauftragt, den betroffenen Hausbesitzern und Mietern Antragsformulare auszuhändigen und ihnen beim Ausfüllen behilflich zu sein. Auch die Stadt wird den Hochwassergeschädigten eine finanzielle Hilfe zukommen lassen, die die Landesentschädigung wirksam ergänzen soll. Die hierfür erforderlichen Beschlüsse werden in den zuständigen Gremien zu fassen sein. Soweit meine Mitteilungen.

Zu Punkt 4) Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 51 Abs. 3 StS darf ich mitteilen, daß die Unterlagen zu den jeweiligen Stadtsenatssitzungen an alle Gemeinderatsmitglieder zugestellt wurden. Eine listenmäßige Aufstellung der gefaßten Beschlüsse liegt - so wie immer - der Gemeinderatseinladung bei.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich bitte auch um Verständnis dafür, daß wir heute in einem etwas improvisierten Gemeinderatssaal unsere Tagung abführen. Aufgrund der Ferienzeit haben wir uns veranlaßt gesehen,

den Gemeinderatssaal so wie fast jedes Jahr einer Renovierung zuzuführen. Diese ist noch nicht abgeschlossen und ich bitte daher um Verständnis, daß die Umgebung nicht so ist, wie wir sie gewohnt sind. Es fehlen die Bilder usw.

Wir haben überlegt, ob nicht im Festsaal die Sitzung abgeführt werden sollte, aber die entsprechenden Tische sind dort nicht vorhanden und das ist hier möglich.

Soweit zum Punkt 4).

Zu den Verhandlungsgegenständen kommend darf ich nunmehr Kollegen Leithenmayr ersuchen, den Vorsitz zu übernehmen.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich übernehme den Vorsitz und erteile unserem Bürgermeister das Wort.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Vorher möchte ich noch darauf hinweisen, daß in der Einladung nachträglich eine Ergänzung der Tagesordnung vorgenommen wurde, zeitgerecht vorgenommen wurde, und daß die Einrichtung eines Ausschusses für Angelegenheiten des ZAH auch in meinem Referat heute zur Debatte stehen wird.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates,!

Im ersten Antrag habe ich Sie darüber zu informieren, daß der Tätigkeitsberichtes des Rechnungshofes im Bezug auf die Stadtgemeinde Steyr und die Volkshilfe Steyr zu behandeln ist. Hiezu darf ich sagen, daß der Rechnungshof im Jahre 1990 die widmungsgemäße Verwendung der

an die Volkshilfe gewährten Mittel überprüft hat. Der überprüfte Zeitraum umfaßt die Jahre 1977 bis 1989, also ein eher unüblich langer Zeitraum. Das sind ja immerhin 13 Jahre!

Nach Vorlage des Rohberichtes durch den Rechnungshof hat der Bürgermeister dazu am 28. Februar 1991 Stellung bezogen. Die Gegenäußerung des Rechnungshofes erfolgte am 21. Mai 1991. Gemäß Art. 127 a Abs. 5 BVG 1929 idgF. und § 18 Abs. 7 des Rechnungshofgesetzes 1948 idgF erfolgt die Vorlage des Ergebnisses der Überprüfung, der Äußerung der Stadt und der Gegenäußerung des Rechnungshofes an den Gemeinderat der Stadt Steyr.

Ich habe am 24. Juli den Endbericht erhalten und möchte das auch sehr deutlich zum Ausdruck bringen. Es wurde mir immer unterstellt, auf dem Endbericht oder auf dem Bericht zu sitzen. Das stimmt bitte sehr nicht, das möchte ich sehr deutlich sagen. Ich möchte das Begleitschreiben des Rechnungshofes zitieren. Dieses Schreiben ist vom 18. Juli 1991:

An den Vorsitzenden des Gemeinderates der Stadt Steyr, Herrn Bürgermeister Heinrich Schwarz. Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Gemäß Art. 127 A Abs. 6 Bundesverfassungsgesetz, beehre ich mich, den angeführten Tätigkeitsbericht mit der Bitte zu übermitteln, ihn der verfassungsmäßigen Behandlung zuzuführen. Die für die Verteilung an die Mitglieder des Gemeinderates und des Stadtsenates benötigten Druckstücke werden mit besonderer Post an den Magistratsdirektor der Stadtgemeinde Steyr übermittelt. Das ist auch

erfolgt, auch hier wäre noch ein Begleitschreiben zu zitieren, was ich mir aber ersparen kann.

Da der Bericht des Rechnungshofes nach der für den 19. Juli 1991 vorgesehenen Vorlage an den oö. Landtag und den Gemeinderat der Stadtgemeinde Steyr zu veröffentlichen ist, steht nunmehr der Veröffentlichung sodann kein gesetzliches Hindernis mehr entgegen.

Diese Bezeichnung beinhaltet sehr deutlich, daß vorher sehr wohl gegen eine Veröffentlichung Hindernisse vorhanden waren, nämlich gesetzliche Hindernisse. Ich habe mich an die gesetzlichen Bestimmungen gehalten, das möchte ich sehr deutlich sagen. Alle anderen Berichte sind falsch, unrichtig und tendenziös gewesen. Meine Damen und Herren, ich möchte einige Punkte zitieren aus dem Prüfungsergebnis:

1.

Die Stadt Steyr und das Land Oberösterreich förderten bis zum Jahre 1989 einen Ausschuß der Bezirksorganisation der SPÖ Steyr, der als oö. Wohlfahrtsverband, Bezirksgruppe Steyr, nach außen in Erscheinung trat. Der Ausschuß besaß keine Rechtspersönlichkeit.

2.

Der Volkshilfe Steyr stand keine eigene Organisation zur Verfügung. Sie bediente sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben der Bezirksorganisation der SPÖ Steyr und ihr nahestehender Organisationen, denen einen Großteil der Gelder zweckgewidmet übergeben wurde.

3.

Hinsichtlich der von der Stadt Steyr zur Verfügung gestellten Mittel konnte den Rechnungshof zum überwiegenden Teil lediglich der

Geldfluß, nicht jedoch die tatsächliche Verwendung nachgewiesen werden.

4.

Die Stadt Steyr besaß keine Förderungsrichtlinien und verlangte keine Verwendungsnachweise.

5.

Eine Magistratsbedienstete sowie die Einrichtungen des Magistrates der Stadt Steyr standen der Volkshilfe Steyr auch während der Dienststunden zur Verfügung.

Gemäß Artikel 127 a Abs. 5 Bundesverfassungsgesetz 1929 idgF. und § 18 Abs. 7 des Rechnungshofgesetzes 1948 idgF. erfolgt die Vorlage des Ergebnisses der Überprüfung der Äußerung der Stadt und der Gegenäußerung des Rechnungshofes an den Gemeinderat der Stadt Steyr.

Es ergeht folgender Antrag des Bürgermeisters:

1) Ha-2296/90

Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes in bezug auf die Stadtgemeinde Steyr und die Volkshilfe Steyr; Vorlage gem. Art. 127 a Abs. 5 BVG 1929 idgF. und § 18 Abs. 7 des Rechnungshofgesetzes 1948 idgF.

Der Gemeinderat wolle beschließen: Der Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes im Bezug auf die Stadtgemeinde Steyr und die Volkshilfe Steyr sowie die Äußerung der Stadt, die Gegenäußerungen des Rechnungshofes und das Prüfungsergebnis werden zur Kenntnis genommen.

Soweit mein Antrag.

Gestatten Sie aber, daß ich doch auf einige Punkte hier eingehe, und zwar etwas näher.

Meine Damen und Herren, liebe

Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Der Rechnungshof hat im Jahre 1990 die widmungsgemäße Verwendung der der Volkshilfe Steyr gewährten Mittel überprüft. Der überprüfte Zeitraum umfaßte die Jahre 1977 bis 1989, also einen sehr langen Zeitraum, darauf möchte ich nochmals hinweisen, 13 Jahre. Als Prüfungsergebnis wurden vom Rechnungshof in seinem Tätigkeitsbericht im Bezug auf die Stadtgemeinde Steyr, der am 19. Juli 1991 vorgelegt wurde, folgende Punkte angeführt.

Ich glaube, ich brauche diese Punkte jetzt nicht wiederholen, sie decken sich wortgleich mit den im Amtsbericht angeführten Ausführungen.

Ich glaube, ich kann mir auch die Zitierung und Verlesung des Rechnungshofberichtes ersparen. Jeder Gemeinderat - ich habe diesen Bericht am 24. Juli erhalten, sofort nach meiner Rückkunft vom Urlaub habe ich eine Fraktionsobmännerbesprechung einberufen. Am ersten Tag haben die Fraktionsobmänner diese Unterlage erhalten und kurz darauf haben wir auch in der Einladung zur heutigen Sitzung jedem einzelnen Gemeinderatsmitglied diese Unterlage zur Verfügung gestellt.

Zu den einzelnen Punkten möchte ich wie folgt Stellung beziehen.

Es entspricht den Tatsachen, daß jährlich kulturelle, caritative und soziale Organisationen mit rund 1 Million unterstützt und gefördert werden. Unter den sozialen Organisationen, die einen jährlichen Betrag von etwa 235.000 Schilling erhielten, befanden sich unter anderem die Volkshilfe, der Zivilinvalidenverband, der Kriegs-

opferverband, die Caritas usw. Von all diesen Organisationen wurden für die gewährte Subventionsgelder keine Nachweise über die widmungsgemäße Verwendung, aber ein Tätigkeitsbereich für das vergangene Jahr verlangt, und zwar unabhängig davon, ob sich die geförderten Institutionen Volkshilfe oder Caritas nennen. Jedem Mitglied des Gemeinderates war bewußt, daß bis zum Jahre 1989 der österr. Wohlfahrtsverband Volkshilfe, ein Ausschuß der SPÖ-Bezirksorganisation Steyr, gefördert wurde.

Aufbau und Organisationsform der Volkshilfe war jedermann klar und die Verwendung der gewährten Subventionsgelder unter Benützung der vorhandenen Organisationsstruktur der SPÖ-Bezirksorganisation wurde als kostengünstige und zweckmäßige Art der Verwaltung der gewährten Unterstützungsgelder angesehen. Dies kam schließlich auch dadurch zum Ausdruck, daß die Subventionsvergaben einstimmig, also auch mit den Stimmen der anderen Parteien, beschlossen worden sind. Ziel dieser Förderungsmaßnahmen war, sozial und minderbemittelten Mitmenschen zu helfen, gleich welcher politischen Richtung sie angehörten.

Um einen möglichst großen Kreis dieser sozial Schwächeren zu erreichen, wurden neben der relativ kleinen Organisation des österr. Wohlfahrtsverbandes auch andere nahestehende Organisationen der Bezirksorganisation Steyr der SPÖ mit der Übernahme dieser Sozialaufgabe betraut. Die Gelder wurden - dies hat auch der Rechnungshof festgestellt - zweckgewidmet übergeben. Geför-

dert wurden damit Einzelpersonen und Sozialorganisationen der Teilorganisationen und die Belege dafür sind vorhanden und konnten dem Rechnungshof übergeben werden.

Den Vorwurf des Rechnungshofes, daß bei den einzelnen Aktionen, wie Brennstoffaktionen, Weihnachtsaktionen, Ferienaktionen usw. keine Listen über die sozialen Verhältnisse der Empfänger geführt worden sind, nehme ich zur Kenntnis. Wir wollten eben kein Armenregister führen, wie man sich das vorgestellt hat, nachdem offensichtlich nur ein Nachweis möglich erscheint. Aufgrund der Einbindung des bestehenden Organisationsapparates der SPÖ-Bezirksorganisation und der nahestehenden Organisationen war es entbehrlich, den eigenen Verwaltungsapparat auszubauen und dafür Geldmittel zu binden, die aus dem Förderungstopf hätten genommen werden müssen.

Ich bin der festen Überzeugung, daß durch unsere Vorgangsweise so viele Förderungsgelder als irgend möglich für die soziale Zweckwidmung zur Verfügung gestanden sind und sozial Schwächere Adressaten erreicht haben.

Die Gewährung von Subventionen an kulturelle, caritative und soziale Organisationen erfolgte bislang, ohne daß auf Subventionsrichtlinien Bezug genommen werden konnte. Der Einführung solcher Subventionsrichtlinien kann und will ich mich nicht verschließen. Wir werden noch im Jahr 1991 dem Gemeinderat solche Richtlinien zur Beschlußfassung vorlegen.

Ich glaube aber, meine Damen und Herren, wir haben bisher immer unterstellt diesen Organisationen,

daß sie die zugeteilten Mittel zweckmäßig. Diese Unterstellung wird künftighin nicht mehr möglich sein. Es werden alle Organisationen - es sind deren 60 - die entsprechenden Nachweise künftighin im Detail zu erbringen haben. Sollten diese nicht erbracht werden, wird von einer Subvention nicht mehr die Rede sein können. Da die Durchführung der Verwaltungsgeschäfte der Volkshilfe, insbesondere die Auszahlung von Einzelunterstützungen, nicht immer außerhalb der Dienstzeit des Magistrates möglich gewesen ist, ist der vom Rechnungshof erwähnten Magistratsbediensteten zugestanden worden, diese zeitlich nur einen äußerst geringen Umfang erfordernden Tätigkeiten im Rahmen ihrer normalen Dienstzeit durchzuführen. Als Ausgleich hat diese Magistratsbedienstete zur Erledigung ihrer dienstlichen Obliegenheiten Überstunden verrichtet, die vom Magistrat der Stadt Steyr nicht vergütet wurden. Diese Überstunden wurden pauschal als Zeitausgleich gegen den für die Volkshilfetätigkeit aufgewendeten Anteil an der Dienstzeit aufgerechnet.

Aus der Versetzung der Bediensteten in das Sozialamt kann keinesfalls geschlossen werden, daß sich eine Störung des Dienstbetriebes in der Magistratsdirektion durch Vornahme der Agenden der Volkshilfe ergeben hat. Vielmehr erfolgte die Versetzung der genannten Bediensteten in das Sozialamt ausschließlich aus dienstlichen Rücksichten, da diese Bedienstete aufgrund ihrer fachlichen Eignung und ihrer persönlichen Fähigkeiten und Einstellung sowie des

offensichtlich vorhandenen erheblichen Interesses an Projektarbeiten für eine Übernahme dieses neu zu schaffenden Aufgabenbereiches einer Projektkoordinierung am besten geeignet war. Daß ein Projektmanagement für soziale Projekte naturgemäß entsprechend der Geschäftseinteilung des Magistrates der Stadt Steyr im Sozialamt installiert werden muß und nicht in der Magistratsdirektion ihre organisatorische Gliederung finden kann, glaube ich, ergibt sich aus der Natur der Sache.

Meine Damen und Herren, ich habe schon gesagt, daß ich am 24. Juli die entsprechende Mitteilung, den Endbericht des Rechnungshofes, erhalten habe und wir haben in der Zwischenzeit - ich bemühe mich darum - auch den Nachweis der widmungsgemäßen Verwendung vorzulegen. Wir haben bis heute diesen Nachweis erbringen können, wir haben dem Wirtschaftstreuhänder- und Steuerberatungsbüro diese Unterlagen übergeben, die nahezu 200 Organisationen umfaßt. Allein beim Pensionistenverband sind es 60, bei der Partei sind es 60, bei den Kinderfreunden 20 usw. Diese Unterlagen, die natürlich verhältnismäßig kleine Beträge umfassen, stehen auch zu Ihrer Einsicht. Bitte nicht zur Mitnahme, sondern zu Ihrer Einsicht und Verfügung. Es ist ein Wäschekorb voll, das möchte ich sehr deutlich sagen und Sie können davon Gebrauch machen. Ich möchte eines noch anführen. Die sozialistischen Frauen haben in diesem angeführten Zeitraum 137.800 Schilling erhalten und haben Nachweise erbracht, die hier vorliegen, über 160.252 Schilling.

Die sozialistische Partei hat für Pensionisten 270.000 Schilling als Nachweis erbracht und hat 240.000 Schilling erhalten.

Der Pensionistenverband hat in dem genannten Zeitraum für soziale Zwecke Ausgaben von 2.235.000 Schilling gehabt und hat von der Volkshilfe 270.000,- - also 10 Prozent - erhalten. Das ist ein eher bescheidener Beitrag, der an den Pensionistenverband ergangen ist. Die österr. Kinderfreunde haben im gleichen Zeitraum 89.000 Schilling erhalten und 425.102,80 nachgewiesen. Ich frage Sie jetzt, ob diese Nachweise genügen? Wir lassen das sehr genau prüfen und ich darf versichern, wenn 1 Schilling nicht nachgewiesen wird, dann wird selbstverständlich das rückvergütet. Wir haben als sozialistische Partei und das darf ich als Funktionär dieser Partei sagen, ein Treuhandkonto eingerichtet, damit die entsprechenden Vorsorgen getroffen sind. Wir sind überzeugt davon, daß dieses Treuhandkonto nicht angerührt wird oder werden muß. Wir sind aber trotzdem bereit, Mittel aus diesem Treuhandkonto auch für soziale Zwecke zur Verfügung zu stellen, obwohl wir - so glaube ich - mehr als 100 %ig nachgewiesen haben, daß hier nichts Unrechtes passiert ist.

Ich bitte Sie um Kenntnisnahme dieses Berichtes.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich danke dem Bürgermeister für seine Ausführungen und darf fragen, ob dazu jemand das Wort wünscht? Herr Gemeinderat Eichhübl bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICH-

HÜBL:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, wertes Präsidium! Nicht nur der Zeitpunkt der Sitzung ist außergewöhnlich, auch die Räumlichkeit ist außergewöhnlich. Wenn der Herr Bürgermeister nicht darauf hingewiesen hätte, was mit den Vorhängen geschehen ist, so hätte ich gemeint, man wollte mir einen Gefallen tun wegen meiner ständigen Einsparungsvorschläge und hat bereits die Vorhänge abmontiert.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, wenn ich mich recht erinnere, ist es beinahe ein Jahr zurück, daß erstmals Kritik über die Geldflüsse der Volkshilfe in der Öffentlichkeit laut geworden sind und in Zeitungen dokumentiert wurden.

Diese Vorwürfe haben sich immer mehr gehäuft, die Zeitungsmeldungen wurden immer mehr. Nicht zuletzt deshalb, weil sich dann auch der Rechnungshof mit der Überprüfung dieser Volkshilfe Steyr befaßt hat. Im Dezember 1990 bei der Budgetdebatte bin ich erstmals auf dieses Thema eingegangen und habe unter anderem ausgeführt, daß der inzwischen zurückgetretene Landesrat Reichl selbst von einer schiefen Optik in Angelegenheit Volkshilfe gesprochen hat. Tatsache ist jedenfalls, daß man auf ein reformbedürftiges System in der Volkshilfe immer wieder hingewiesen hat und die Angelegenheit, den Rechnungshof betreffend, noch nicht abgeschlossen ist. Das habe ich damals zum Ausdruck gebracht. Inzwischen wird sich die SPÖ wohl Gedanken zur Reformierung des Volkshilfesystems im Interesse des Ansehens der Volkshilfe Steyr in der Öffentlichkeit machen müssen,

habe ich damals ebenfalls ausgeführt und einiges andere mehr, auf das ich aber heute nicht näher eingehen möchte.

Im Mai dieses Jahres wurde nochmals wegen weiterer Pressemeldungen und Rücktrittsforderungen, gerichtet an Bürgermeister Schwarz, von Vizebürgermeister Leithenmayr das Thema Volkshilfe Steyr in der Aktuellen Stunde zur Diskussion gestellt.

Ich habe in etwa dann die gleiche Stellungnahme in gekürzter Form wie im Dezember 1990 abgegeben. Dann ist etwas sehr Interessantes passiert. Kurz darauf hatte ich die Ehre, im mit mehreren Millionen subventionierten Amtsblatt zu stehen. Dies stellt wirklich eine außerordentliche Ausnahme und ein außerordentliches Ereignis deshalb dar, denn bisher war es nicht vorgekommen, daß ein Vertreter der kleineren Fraktionen, abgesehen von einem einmaligen Bericht über die Budgetsitzung, im sogenannten Amtsblatt zu Wort gekommen ist. Allerdings war mein Erstaunen sehr groß, als ich feststellen mußte, daß zwar sehr wortgetreu berichtet wurde, daß ich Herrn Bürgermeister Schwarz nicht zum Rücktritt auffordere und auch einige andere weniger unangenehme Passagen wurden ebenfalls abgedruckt. Doch siehe da, ausgerechnet für den ganzen vorletzten Absatz des Wortprotokolls, wie ich feststellen konnte, hat man keinen Platz gefunden. Ich habe schon eingesehen, daß man dafür den blau umrahmten Sport-Jubelbericht des Herrn Vizebürgermeisters Leithenmayr nicht einfach kürzen konnte, wo der Platz sowieso schon so beengt war, daß man auf einer anderen Seite dieses Blattes diesen

Bericht fortsetzen mußte. Außerdem war das, was ich gesagt habe, gar nicht so angenehm und hat wahrscheinlich nicht in das Konzept der SPÖ-Berichterstattung hineingepaßt. Noch schlimmer ist es bei dieser Amtsberichterstattung Herrn Vizebürgermeister Holub ergangen. Er hat auch von einem Mißbrauch berichtet und die Verlobung mit der SPÖ zumindest teilweise gelöst, wie man bemerken konnte.

Nun, meine Damen und Herren des Gemeinderates, liegt der Rechnungshof-Endbericht vor und dieser ist für die SPÖ keineswegs erfreulich. Ich möchte gar nicht auf die Einzelheiten eingehen,...

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das wäre aber interessant!

GEMEINDERAT ROMAN EICH-HÜBL:

Ich möchte jetzt gar nicht auf die Einzelheiten eingehen, weil bereits darüber berichtet wurde. Im wesentlichen beanstandet ja der Rechnungshof die Geldflüsse über die in der SPÖ fehlenden Verwendungsnachweise mit dem Hinweis, die Volkshilfe Steyr habe einen erheblichen Teil der erhaltenen öffentlichen Mittel an SPÖ-nahestehende Organisationen weitergegeben. Daneben - das ist das Interessante - habe aber auch die Stadt Steyr diese Organisationen, wie Kinderfreunde und Pensionistenverband, direkt unterstützt. Solcherart, berichtet der Rechnungshof, hatte das beschließende Organ der Stadt keine Klarheit über die Organisationen und die tatsächlich zugeflossenen Mitteln.

Weiters beanstandet der Rech-

nungshof fehlende Subventionsrichtlinien sowie daß eine Magistratsbedienstete und die Einrichtungen des Magistrates der Volkshilfe auch während der Amts- bzw. Dienststunden zur Verfügung standen. In seiner Schlußbemerkung stellt der Rechnungshof folgendes fest:

Nach Ansicht des Rechnungshofes sollten künftig öffentliche Förderungen nur dann gewährt werden, wenn die Empfänger über geeignete Organisationsstrukturen verfügen, welche die bestmögliche Verwendung der Mittel und die lückenlose Nachvollziehbarkeit gewährleisten. Diese Voraussetzungen waren bei der Volkshilfe Steyr nicht gegeben. Alle diese Beanstandungen, meine Damen und Herren, weisen auf die Verflechtung, ich möchte wirklich sagen auf die Verfilzung von SPÖ, Magistrat und Volkshilfe hin, so als wäre das eine einzige Organisation. Genau dieses System ist es auch, das reformbedürftig ist und auch von weiten Kreisen der Bevölkerung beanstandet wird.

Nur in der SPÖ-Führung ist man offensichtlich nach wie vor der Meinung, daß alles seine Richtigkeit hat. Heute wird im Gemeinderat lediglich die Kenntnisnahme dieses Rechnungshofberichtes und das Prüfungsergebnis beschlossen, also nur die Kenntnisnahme. Ich, meine Damen und Herren des Gemeinderates, nehme diesen Bericht und das Prüfungsergebnis zur Kenntnis, allerdings nicht ohne nach Konsequenzen zu fragen. Nicht zur Kenntnis nehme ich, daß die SPÖ Steyr offensichtlich überhaupt kein Unrechtsbewußtsein besitzt und kennt. Auch heute, das sage ich auch sehr deutlich, geht es

mir nicht darum, Herrn Bürgermeister Schwarz allein für die zweifellos zurecht bestehende Rechnungshofkritik verantwortlich zu machen. Es gibt ja eine Reihe von weiteren Funktionären, die vor den Vorhang treten müßten und die nach wie vor glauben, daß die SPÖ ihre Vereine und die Stadtverwaltung eins sind.

Namens der FPÖ-Fraktion verlange ich, daß jene Beträge, für die es von der Styriker Volkshilfe keine ordnungsgemäßen Belege über die tatsächliche Verwendung gibt, zurückgezahlt werden müssen. Die von Herrn Bürgermeister angebotenen Belege, die heute in diesen Ordnern sind, könnte ich mir vorstellen, daß die eher für den Rechnungshof bestimmt gewesen wären und nicht heute für den Gemeinderat.

Abschließend darf ich noch auf die Berichterstattung in der Steyrer Zeitung eingehen, in der Vizebürgermeister Leithenmayr darauf hinweist, daß der Rechnungshof im Gegensatz nach Überprüfung der Bundesvolkshilfe im Falle der Volkshilfe Steyr keine Anzeige erstattet hat. Dazu teilt der Rechnungshof mit, daß bereits am 8. 11. 1990 eine Anzeige in Angelegenheit Volkshilfe Steyr erfolgte und daher der Rechnungshof, als er am 19. 12. 1990 den Rohbericht über die Überprüfung der Volkshilfe Steyr übermittelte, keinen Anlaß für eine zweite Anzeige gesehen hat. Inzwischen hat ja bekanntlicherweise der Nationalratsabgeordnete Anschöber ebenfalls Anzeige erstattet. Die Volkshilfeaffäre ist also nach wie vor, wie ich feststellen muß, noch immer nicht am Ende.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Nächster ist Vizebürgermeister Holub., ich erteile ihm das Wort.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Vielleicht, meine Damen und Herren, gleich noch zuvor ein Wort zu Kollegen Eichhübl. Du warst nicht ganz so aufmerksam, wir waren niemals verlobt mit der sozialistischen Partei. Der Gag ist Dir ganz gut gelungen und gibt mir einen ganz guten Einstieg in das, was ich jetzt zu sagen habe.

Wir haben uns zur Zusammenarbeit in Steyr für die Steyrerinnen und Steyrer in diesem Gemeinderat bekannt und haben 6 Jahre lang uns wirklich sehr intensiv bemüht, diese Zusammenarbeit auch zu verwirklichen. Man hat das allerdings in den letzten Wochen und Monaten in bestimmten Schichten der sozialistischen Partei mißverstanden und hat noch immer gemeint, daß Zusammenarbeit und Kooperation ein willensloses Ja sagen bedeutet und daß Zusammenarbeit und miteinander für Steyr eintreten bedeutet, daß man sich wirklich alles bieten lassen muß. Man will uns in diesen bestimmten Kreisen der sozialistischen Partei offensichtlich nur als Ja sager und nicht als faire Partner, man will uns offensichtlich so weit aus allem Geschehen in diesem Rathaus halten, daß wir über einen anderen Rechnungshofbericht - da wird sich der hohe Gemeinderat dieser Stadt auch noch auseinandersetzen müssen, - nämlich über die Routineinschau, nicht einmal in jenen

Punkten Information bekommen haben, wo wir als Stadträte ressortverantwortlich vorstehen. So mußte es mir passieren, daß ich als Tourismusreferent in einer Sitzung des Fremdenverkehrsverbandes mit einem Auszug aus der Rechnungshofeinschau konfrontiert werde und nicht die geringste persönliche Kenntnis davon hatte. Wenn man so Zusammenarbeit versteht, dann glaube ich, sagt das alles.

Zu dem Korb, der hinter mir steht, links von mir steht - wo sollte er auch sonst sein - kann ich nur eines sagen. Verhöhnern, werte Freunde von der sozialistischen Partei, solltet Ihr den Gemeinderat der Stadt Steyr nicht. Es ist ohnehin schon stark genug, was Ihr mit der Stadt Steyr so aufführt. Aber verhöhnern bitte wirklich nicht. Was soll denn diese Ansammlung von Belegen in einer Sitzung, was soll das Präsentieren von Belegen in einem Wäschekorb? Das Präsentieren von Belegen, die vom Rechnungshof, so höre ich, geprüft wurden. Hättet Ihr Euch vorgestellt, daß wir jetzt alle da hingehen und Zettel klauben? Dazu gäbe es den Kontroll- bzw. den Prüfungsausschuß unserer Stadt. Der war nie befaßt damit. Wenn der Korb irgendwo hingehört, dann gehört er, falls es tatsächlich eine Anklage gibt, zu Gericht und nicht in den Gemeinderat der Stadt Steyr.

Der Rechnungshof hat geprüft, wir besprechen jetzt den Rechnungshofbericht.

Zur Aufstellung, die Du, Herr Bürgermeister, gebracht hast, daß die diversen Institutionen mehr Ausgaben gehabt haben, als die Volkshilfe ihnen zugewendet hat, das glaube ich gerne. Sonst wäre

die Volkshilfe der alleinige Finanzier der sozialistischen Partei und ihrer Organisationseinheiten geworden oder sie wäre es gewesen.

Das Profil schreibt am 29. 7. 1991 über die Steyrer Volkshilfe und über die Rechnungshofberichte. Ich zitiere auszugsweise, ich erwähne auch, daß das nur auszugsweise ist. Es ist ja in deiner Abwesenheit, Herr Bürgermeister, nicht üblich geworden, auszugsweise Zitate auch so zu kennzeichnen. Aber das wird der persönliche Stil von bestimmten Kreisen hier sein.

Zitat: Der geschaffte Sekretär resümiert nach Lektüre des Berichts: Das ist ja noch schlimmer als erwartet. Zitat des Sekretärs zu Ende. Zitat aus der Zeitung: Von der öö. Volkshilfe war Roland Brunhofer 1989 gebeten worden, in der eigenbrötlerischen Bezirksgruppe nach dem rechten zu sehen. Bereits im Jänner 1990 hatte Brunhofer bei Landeschef Karl Grüner Alarm geschlagen, es sei offensichtlich Steyrerischer Brauch, die Volkshilfe zur SPÖ-Finanzierung zu verwenden.

Ich lasse jetzt etwas aus. Für die, die mir das nicht glauben, ich habe, damit es alle erkennen können, rot markiert. Es geht hier weiter. Der wahre Skandal ist das System, sagt Roland Brunhofer. Bis zuletzt wurde alles abgestritten. Diese Methode versucht der Steyrer Bürgermeister Heinrich Schwarz als früherer Volkshilfechef-Subventionsgeber und -nehmer in einer Person, beizubehalten. Dem beunruhigten Wiener Zentralsekretär Peter Marizzi teilte er inzwischen nüchtern brieflich mit, die Spenden-Millionen an die Partei seien ohnehin zur Unterstützung von Sozialaktionen verwendet worden. Marizzi kontert,

wenn das nicht belegbar ist, muß auf Heller und Pfennig zurückbezahlt werden. Zitatende"

Über den zeitlichen Vorgang in der Einschau hat der Herr Bürgermeister berichtet und ich stelle vorweg zu all den Kommentaren, die ich jetzt noch machen werde, daß ich mich mit Bürgermeister Heinrich Schwarz ungebrochen persönlich eng verbunden fühle. Es ist mir das vielfach als Schwäche ausgelegt worden, daß ich ein Mensch bin, der mit dem politisch anders Gesinnten sich gut versteht. Ich glaube, das ist nicht Stärke, sondern man soll sich auch zur Nähe zwischen Menschen bekennen, auch wenn Parteien dazwischen stehen. Es ist also nicht meine Absicht, Bürgermeister Schwarz persönlich in seiner Person als Heinrich Schwarz anzugreifen. Was ich hier kritisiere ist der Vorgang der SPÖ in der Stadt Steyr, der er halt als Bürgermeister verantwortlich vorsteht.

Der Rechnungshof beginnt gleich schön markig: Die Volkshilfe, so heißt es unter Punkt 1.1.2, wurde bis zum Jahre 1989 in Form der seinerzeitigen sozialistischen Arbeiterhilfe geführt und war eine vom übrigen Parteivermögen getrennte Vermögensmasse ohne Rechtspersönlichkeit. Sie trat nach außen als Bezirksgruppe des österr. Volkshilfe- und Wohlfahrtsverbandes auf. Ihre Verwaltung oblag jedoch einem aus Mitgliedern des SPÖ-Bezirksparteivorstandes gebildeten Ausschuß, dessen Vorsitz der Bürgermeister der Stadt Steyr inne hatte. Seit dem Jahr 1985 stand ihm eine geschäftsführende Vorsitzende zur Verfügung.

Bei Hermann Leithenmayr hat das ganz anders getönt. Ich zitiere aus

dem Amtsblatt: Die sozialistische Arbeiterhilfe hat während der ganzen Ersten Republik bestanden und nach 1945 ist dieser Verein wieder gegründet worden. In den Jahrzehnten seither sind immer mehrere hundert Personen tätig gewesen und haben versucht, Geld zu sammeln, um es jenen Menschen, die unverschuldet in Not geraten waren, zukommen zu lassen. Dieses Sammeln ist übrigens während der ganzen Zeit unter der Fahne der Volkshilfe von sozialistischen Vertrauenspersonen durchgeführt worden, und zwar ausschließlich von diesen. Niemand anderer hat in Steyr für die Volkshilfe gesammelt. In den letzten Jahren ist die Umgliederung erfolgt. Die sozialistische Arbeiterhilfe ist in der Volkshilfe aufgegegangen und man hat hier, weil die Arbeit von denselben Funktionären erledigt wurde, eigentlich kaum Veränderungen innerhalb dieser Organisation wahrnehmen können. Es waren die handelnden Personen die gleichen sowie Art und Methode der Sammlung blieben gleich. Das gesammelte Geld ist ähnlich wie vorher an unschuldig in Not geratene Mitbürgerinnen und Mitbürger verteilt worden. Es wurden aber auch einige soziale Aktionen von Organisationen durchgeführt und die Funktionäre, die diese mühselige Sammeltätigkeit und Verteilungstätigkeit durchwegs ehrenamtlich vorgenommen haben, haben sich beim Spenden an das Bibelwort gehalten, daß die eine Hand nicht wissen soll, was die andere tut. Eigentlich ein sehr guter Grundsatz, man soll ja niemandem vorwerfen, was man ihm gegeben hat. Es hat aber auch andere gegeben, die das nicht so gesehen

haben. Die haben, während die anderen gesammelt haben, um den unschuldig in Not geratenen Mitbürgern helfen zu können, den Statuten der Volkshilfe eine eigene Auslegung verpaßt. Sie haben geschrien und geschrieben - und das bis zum heutigen Tag - es sei hier eine Parteienfinanzierung im Gang. Das ist das Vehikel, auf dem das Ganze transportiert wird. So war der Auszug, der mir dazu eingefallen ist aus der Rede vom 16. Mai 1991.

Hinsichtlich dieses Vortrages von Hermann Leithenmayr kann ich nur sagen, irgend etwas stimmt da nicht. Wenn es in den Berichten heißt, daß die Volkshilfe die ganze Zeit der Subventionsnehmer war, in Wirklichkeit war es aber die sozialistische Arbeiterhilfe - laut Rechnungshofbericht - bis 1989, so war da wahrscheinlich aus dem Affekt in der Rede eine Verwechslung. Ich kann mir nicht vorstellen, daß Du das absichtlich so gesagt hast.

Es ist - jetzt könnte man wirklich sehr viel aus diesem Rechnungshofbericht zitieren - in diesem Zusammenhang jedenfalls noch zu erwähnen, daß im Rechnungshofbericht von den Mittelverwendungen laufend nur von jenen Einnahmen die Rede ist, und zwar von jenen Einnahmen auf die der Volkshilfe verbliebenen Anteile der Haussammlungen, ausdrücklich. Da ist eine Delikateß dahinter, die man sicherlich mit betrachten muß. Die Höhe der Sammelprovision, die die Organisationseinheiten der Sozialisten zwischen Parteien dem Vernehmen nach erhalten haben, sollen 40 Prozent des Sammelergebnisses gewesen sein. In dem Gesamthaus-

Sammlungsvolumen sind also die 40 Prozent Sammlungsprovision nicht enthalten.

Unter Punkt 1.1.4 auf Seite 3 geht es weiter bei der Mittelverwendung, daß 46 Prozent der Zahlungen der Volkshilfe an Organisationseinheiten der sozialistischen Partei gegangen sind. Gehen wir jetzt wieder auf das Ergebnis der Haussammlung. 40 Prozent wurden sofort von der sozialistischen Partei einbehalten - merken wir uns die 40 Prozent - bleiben 60 Prozent des Haussammlungsergebnisses über. Davon 46 Prozent wieder in die sozialistische Partei. Dann kommt man bei Kopfrechnen wieder zu dem Schluß, daß von 3 gesammelten Schillingen jedenfalls 2 wieder direkt in die Tasche der SPÖ gegangen sind. Der Rechnungshof berichtet aber weiter, stets ausgehend in seinen Vergleichszahlen von den Nettoeinnahmen, das heißt also von jenen Einnahmen, die bereits um die Sammelprovision verkürzt wurden. Wenn ich richtig informiert bin, so war es auch die Sammelprovision die teilweise zum Mißvergnügen in der öö. Volkshilfeorganisation geführt hat.

Der Rechnungshof äußerte Bedenken gegen die Weitergabe der Förderung und die völlig intransparente Situation innerhalb der Volkshilfe. Der Rechnungshof, so heißt es, vermochte sich der Stadt nicht anzuschließen, daß das in seinem Prüfungsergebnis aufgezeigte Förderungsverhalten gegenüber der Volkshilfe Steyr bloß formale Mängel aufgewiesen hätte. Er wiederholte, daß die Stadt bis zum Jahr 1989 eine Vermögensmasse ohne Rechtspersönlichkeit gefördert habe, die zwar nach außen als Bezirksgruppe Steyr

des öö. Wohlfahrtsverbandes Volkshilfe aufgetreten sei, jedoch von einem von der FPÖ-Bezirksorganisation Steyr gebildeten Ausschuß verwaltet wurde.

Wer war es jetzt, die sozialistische Arbeiterhilfe oder die Volkshilfe? Bis wann war es jetzt wirklich die sozialistische Arbeiterhilfe und ab wann tatsächlich die Volkshilfe? Wer war eigentlich der Subventionsempfänger? Ich habe seit 1980 mir das herausgeschrieben und seit 1980 war das immer die Volkshilfe. Wer ist jetzt eigentlich wer in Steyr? Ich glaube, daß man beim Lesen dieser Zeilen, die der Rechnungshof in seinem schönen Amtseutsch schreibt, vielmehr erkennt, daß der Filz zwischen Partei und Stadt noch viel viel dicker ist als man jemals geglaubt hat.

Auf Seite 3 ganz unten heißt es, bei der Subventionsgewährung aus der Volkshilfe, die aus der ehemaligen sozialistischen Arbeiterhilfe hervorgegangen sei, wäre der Stadt sowohl von der früheren Bezeichnung als sozialistische Arbeiterhilfe als auch von der Zielsetzung der Volkshilfe her durchaus bewußt gewesen, daß es sich bei der Volkshilfe um eine Organisation handle, deren Erscheinung und Handlungsweisen von sozialdemokratischem Gedankengut geprägt seien und die auch zwangsläufig in engerer Beziehung zur SPÖ steht. Es wäre vollkommen legitim, eine starke Prägung von sozialdemokratischem Gedankengut anzusprechen. Wenn aber die Mittelverwendung so ist wie vorhin geschildert, nämlich so viel direkt sofort in die sozialistische Partei, dann ist es eigentlich die sozialistische Partei, die hier am

Pranger stehen müßte und nicht Bürgermeister Heinrich Schwarz, der vielfach dorthin gestellt wird. Aber ich meine halt, als Bürgermeister steht er der Stadt vor und als Bürgermeister trägt er Verantwortung auch für die Vorgänge in der Stadt. Durch die Einheit von sozialistischer Partei, von Volkshilfe und sozialistischer Arbeiterhilfe und der Stadt war es völlig unklar, wer in wessen Namen nun Gelder verteilt und auch völlig unklar, wer in wessen Namen denn Gelder gesammelt hätte.

Schon das ist arg, meine Damen und Herren. Aber richtig skandalös wird es dadurch, daß im Rathaus in der Dienstzeit von einer Bediensteten in deren Büro die Geschäfte erledigt werden und auch Gelder ausbezahlt wurden. Die Spendennehmer, die hier in das Rathaus kommen, mußten doch der Meinung sein, daß es Geld der Stadt ist, oder wenn sie Geld der Partei bekämen, so mußten sie der Meinung sein, daß die Stadt und die Partei 100 %ig eins sind und das ist wirklich arg.

Der Rechnungshof befaßt sich auch im Abschnitt 9, in den Kapiteln 9.1 - 9.4 sehr ausführlich damit und ich will es Ihnen ersparen, das alles vorzulesen. Nachlesen kann man es selbst. Der Filz ist hier in Perfektion geraten. Die Stadt bezahlt also direkte Parteiarbeit, ohne daß diese Personalsubvention, das rügt der Rechnungshof auch entsprechend, irgendwo ersichtlich gemacht wird. Sicher, es ist kein Einzelfall, daß Mitarbeiter im Rathaus sich in Parteien engagieren. Sicher ist das kein Einzelfall, aber alle anderen haben wenigstens sonst noch Sachaufgaben, die sehr erheblich sind.

Der Rotfilz in Überperfektion der wird, meine Damen und Herren, unter Punkt 3 betreffend die Subvention in Höhe von S 20.000,-- an SPÖ-Mandatare im Jahre 1985 geschildert. Ich denke, das sollten wir uns auf der Zunge zergehen lassen.

Die erwähnte Weitergabe von Geldern traf auch auf eine Subvention in Höhe von S 20.000,-- an SPÖ-Mandatare im Jahre 1985 zu. Hierüber lagen als Verwendungsnachweis ebenfalls Empfangsbestätigungen von 2 Arbeitersportvereinen zur Nachwuchsförderungen und für Weihnachtsfeiern vor. Nach Angabe des Bürgermeisters hatte die SPÖ Steyr den Betrag zunächst an die Sportvereine überwiesen. Die Volkshilfe Steyr habe diese Ausgaben in der Folge übernommen.

Punkt 3.2. Auch bei diesem Sachverhalt erschien dem Rechnungshof der Zusammenhang mit dem Förderungszweck nicht nachvollziehbar.

Punkt 3.3. Die Stadt teilte dazu mit, daß die angesprochene Subvention von S 20.000,-- an die SPÖ-Mandatare lediglich auf eine irrtümlich durchgeführte Buchung zurückzuführen sei. Es handle sich hierbei um eine Unterstützung durch die SPÖ, die in weiterer Folge von der Volkshilfe Steyr übernommen wurde und daher von letzterer ersetzt worden wäre. Daß zur Vorfinanzierung von der SPÖ das Konto Mandatare herangezogen worden sei, sei auf einen Irrtum zurückzuführen, da dieses Konto für diese Zwecke grundsätzlich nicht zur Verfügung stehe. Hiefür wäre ein anderes SPÖ-Konto heranzuziehen gewesen.

Da die Auszahlung bereits von diesem Konto erfolgt sei, sei zur Vermeidung weiterer verwaltungsmäßig aufwendiger Umbuchungen die Erstattung durch die Volkshilfe nicht, wie es vielleicht richtiger gewesen wäre von der Volkshilfe, auf das hiefür vorgesehene SPÖ-Konto und von dort weiter an das für SPÖ-Mandatare-Konto vorgenommen worden. Insgesamt handelt es sich bei diesem Buchungsvorgang um einen geringfügigen buchhalterischen Formfehler, der hinsichtlich des gesamten Geldflusses ohne jegliche Auswirkung geblieben sei.

Punkt 3.4. Der Rechnungshof entgegnete, die dargestellten Buchungsvorgänge bewiesen die finanzielle Verflechtung zwischen Volkshilfe und SPÖ Steyr.

Meine Damen und Herren, es geht hier nicht um sehr viel Geld, aber der Geist, hinter dem das Ganze steht und in dem das Ganze entsteht, wird sichtbar. Man hat vertuscht und man hat verschleiert und das offensichtlich jahrelang. Es ist Kategorie geworden, die Wahrheit merkwürdig zu gebrauchen. Und das in einer SPÖ Steyr, die die Namensänderung, die die Mutterpartei mitgemacht, offenbar nicht ganz verdient. Das demokratisch ist vielfach einfach unrichtig und das sozial bedeutet in Steyr noch immer sozialistisch in dem Sinn, der in Osteuropa soeben vertrieben wird. Dieses Blatt hier ..

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Diesen Blödsinn kannst du Dir ersparen!

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLLUB:

Wenn mir Kollege Zagler sagt, daß ich mir diesen Blödsinn ersparen kann, dann kann ich ihm nur sagen, ich hätte mir diesen Blödsinn gerne erspart, wenn sich die sozialistische Partei diesen Blödsinn erspart hätte. Liebe Freunde, Boris Jelzin zerschlägt in Rußland die Einheit von Partei und Staat. Die Partei wird in Rußland aus dem Staat abkommandiert. In Steyr wird durch verschiedenen Gebrauch von Wahrheit dieser Einfluß der Partei und die Einheit von Partei und Staat gefestigt.

Wenn es wirklich wahr ist, meine Damen und Herren, daß der SPÖ-Bezirkssekretär jenem kritischen Volkshilfemitarbeiter, um den es hier gegangen ist, angekündigt hätte, er werde ihm alle Knochen brechen, dann spricht das schon sehr für sich. Ich nehme an, daß er die Antwort bekommen hat auf dieses Angebot, daß er noch an Kräften zunehmen müßte. Ja noch schlimmer, die Unwahrheit ist auch Kategorie geworden. Man sieht das hier in diesem Stadtmagazin in verschiedenen Punkten. Es ist einfach unverschämt, wie man hier den Versuch zum guten Klima mißbraucht hat in diesem Stück Papier, das es eigentlich gar nicht wert wäre, darüber zu reden. Es ist einfach unverschämt, wie man persönlich enge Beziehungen umdeuten kann. Offenbar ist aber jemand sehr eng daran interessiert, diese persönliche Nähe zwischen Bürgermeister Schwarz und mir zu verhindern, ja zu zerstören. Ich kann im einzelnen leider auf dieses Schmierblatt nicht eingehen. Ich kann es den Steyrerinnen und Steyrern nur zur sorgsamem Lektüre empfehlen, man möge sich seinen Teil denken. Der Niedergang der

Kultur, der da daraus spricht, der ist nicht einmal unter Franz Weiss gelungen. Aber ein Eindruck vertieft sich in mir vor diesem Stil immer mehr. Herr Bürgermeister, ich darf es sagen, lieber Freund Heini. Ich habe den Eindruck, daß die Dinge Dir entgleiten. Ich habe den Eindruck, daß sie Dir schon entglitten sind und ich habe den Eindruck, daß Du nur mehr gebraucht wirst und ich habe den Eindruck, daß du mißbraucht wirst. Daß Du nur mehr mißbraucht wirst als Platzhalter für die neue Garde, die - so hört man dann und wann tuscheln - Deinen Abgang kaum erwarten kann. Hinter Deinem Rücken wird herumagierte, daß man sich nur so wundern kann. Hinter Deinem Rücken wird das Amtsblatt mißbraucht, daß man wirklich fragen muß, welcher Geist zieht denn hier ein? Viele Beispiele ließen sich anführen. Hinter Deinem Rücken wird der Filz verdichtet. Ich hoffe nicht, daß diese Aktionen mit Deinem Wissen stattgefunden haben. Der Rechnungshof bringt auf Seite 5 unter den Punkten 6 weitere Informationen dazu. Die Unterstützungen an Einzelpersonen waren in vielen Fällen an Vertrauensleute der SPÖ sowie ihr nahestehende Organisationen zur Weiterleitung übergeben worden. Wenngleich aufgrund der glaubwürdigen Angaben der Verantwortlichen der Volkshilfe Steyr die Subventionen der Stadt damit ihren sozialen Zweck erreichen dürften, bemängelte der Rechnungshof diese Auszahlungsform, weil die Unterstützungen für die Empfänger nicht ohne weiteres als solche von der Volkshilfe Steyr erkennbar waren. Laut Stellungnahme der Stadt seien

ihre Organe und Funktionäre in vielen Bereichen personengleich mit jenen der Volkshilfe. Sie seien daher auch zwangsläufig mit den Auszahlungen der Unterstützungsgelder betraut worden. Viele Personen seien für mehrere Vereinigungen, wie etwa Musik, Rettung und Feuerwehr usw. gleichzeitig tätig. Es entspräche der Lebenserfahrung, daß den angesprochenen Personen in aller Regel sehr wohl bewußt sei, in welcher Funktion sie von einem allfälligen Mehrfachfunktionär angesprochen würden. Dies dürfte also auch durchaus für den Bereich der Volkshilfe Steyr angenommen werden.

6.4: Der Rechnungshof erwiderte, die Unterstützungsempfänger hätten nicht ohne weiteres erkennen können, ob die angegebenen Mittel solche der Volkshilfe seien, wenn die Parteiorganisation durch ihre Funktionäre die Übergabe der Gelder durchgeführt habe.

Kannst Du das wirklich, mußt du das wirklich im nachhinein alles mit Deinem Namen decken? Herr Bürgermeister, nicht die ÖVP verunglimpft Dich, wirklich nicht. Es sind die Aktionen Deiner eigenen Funktionäre. Ich kann Dir nur sagen, laß Dir das nicht noch länger bieten, mache doch reinen Tisch. Mache wirklich reinen Tisch. Wenn es aber mit Deinem Wissen geschieht, was hier in den letzten Wochen das Klima dieses Gemeinderates so entscheidend verändert, dann muß ich wirklich sagen, es tut mir leid mein Freund, dann muß ich Dich auffordern, zurückzutreten.

Seit über einem Jahr treibt Dich diese Volkshilfeaffäre, seit über einem Jahr wird hier in diesem Haus sehr vieles dieser Sache

untergeordnet. Es wird viel zu wenig erledigt und wenn schon erledigt, dann übereilt und unüberlegt.

Beispiele dafür: die Sparkassen-Container, die ganze Z-Fusionierung, die sich jetzt überhaupt vor einem anderen Hintergrund darstellt. Die Verkehrsregelungen, die Ankündigungspolitik, die plötzlich eingetreten ist, ohne daß die Gremien vorweg befaßt werden, gibt es schon Pressekonferenzen und interessanterweise immer dann, wenn Du auf Urlaub bist, Herr Bürgermeister.

Natürlich ein Punkt wird uns heute auch noch beschäftigen, die Affäre um das Zentralaltersheim. Warum hat man denn nicht in diesen Angelegenheiten sofort die Vorwürfe des Rechnungshofes auf den Tisch gelegt – auch bei der Volkshilfe? Warum hat man nicht ehrlich Fehler zugegeben? Warum hat man nicht gesagt, jawohl, so war es? Setzen wir uns zusammen in diesem Gemeinderat, diskutieren wir über diese Fehler. Das wäre der Geist der Zusammenarbeit gewesen. Aber warum hat man denn bis zum Erscheinen dieses Berichtes, bis zu der Sekunde, wo jeder einzelne Mandatar in der Hand hat, alles in Abrede gestellt. Ich verstehe das nicht, warum hat man denn den Prüfungsausschuß nicht befaßt? Jede Information wurde dem Prüfungsausschuß vorenthalten. Erst am Freitag, 8. 9. 1991, gab es überhaupt die Möglichkeit im Prüfungsausschuß. Da sieht man auch, daß die Statutenänderung sehr zweckmäßig und sehr zielführend sein wird, wenn der Kontroll- oder Prüfungsausschuß dieser Stadt die Berichte des Kontrollamtes unverzüglich und direkt erhalten muß und wenn das Kon-

trollamt dieser Stadt weisungsun-
gebunden sein wird.

Kollege Eichhübl hat dasselbe Wort
schon angezogen, das ich jetzt
sagen muß. Warum hat man denn
überhaupt nicht mehr das natürliche
Urechtbewußtsein? Ich habe den
Eindruck, daß mir Menschen ge-
genübersitzen, die ich seit vielen
Jahren kenne und die ich als
redliche, ehrliche Menschen kenne.
Ihr müßtet doch das Gefühl in Euch
selbst haben, daß diese Vermen-
gung von Geldern zwischen Volks-
hilfe, Stadt und Partei unrecht ist.
Dieses Gefühl müßtet Dir doch
haben. Ihr müßtet doch das Gefühl
dafür haben, daß die Stadt nicht
Euer ausschließliches Eigentum ist,
sondern daß die Stadt allen ihren
Bürgern gehört. Und daß wir als
Mandatare den Bürgern sehr strikte
Rechenschaft schuldig sind.

Der Rechnungshof sagt unter 6.4,
wie ich schon zitiert habe, das
Dazugehörige.

Für den Wohlfahrtsverband Volks-
hilfe als überparteiliche Wohl-
fahrtsinitiative Gelder zu sammeln,
das ist eine Seite. Als SPÖ-
Funktionäre diese Gelder wieder zu
verteilen, das ist die andere. Das
Ganze dann noch in der Dienstzeit
von einer Bediensteten in den
Diensträumen des Rathauses zu
machen, ist die dritte. Und dann
alles das als völlig einwandfrei
darstellen zu wollen, das ist die
vierte Seite der Medaille.

Die SPÖ-Organisation im Wege der
Volkshilfe und der Stadt doppelt zu
fördern, das ist die fünfte. Und den
SPÖ-Organisationseinheiten noch
höhere Sammelprovisionen von
dem Sammelergebnis in Abzug
bringen zu lassen, das ist die
sechste.

Meine Damen und Herren, ich stelle

keinen Mißtrauensantrag hinsicht-
lich des Bürgermeisters. Ich ver-
stehe aber wirklich nicht, warum Du
Dich so sehr mißbrauchen läßt.

Hinsichtlich der sozialistischen Par-
tei aber wäre dieser Mißtrau-
ensantrag zu stellen. Aber das kann
hier nicht im Gemeinderat der Stadt
Steyr geschehen. Landeshaupt-
mann-Stellvertreter Grüner, der
Landesvorsitzende der sozialisti-
schen Partei, hat den entspre-
chenden Hinweis gegeben. Zitat aus
den öö. Nachrichten vom 1. 8. 1991:
Am 6. Oktober entscheiden ohnehin
die Wähler. Kronen-Zeitung-Zitat
vom 2. 8. 1991: Ich billige nicht, was
dort geschehen ist. Zitatende.

Jetzt Zitat aus der Zeitung. Da gibt
er zwar der Rechnungshofkritik im
Kern recht, seiner Meinung nach
läge der Ball ab jetzt in den Händen
der zuständigen Steyrer Staatsan-
waltschaft. Die Konsequenz aus der
Betrachtung des kleinen Gipfel-
teiles des Eisberges, den man aus
dem Volkshilfe-Rechnungshofbe-
richt sieht, kann nur heißen: Weg
mit dem roten Filz aus SPÖ und
Stadt, Sauberkeit muß wieder her.
Sachlichkeit ist nach wie vor
gefragt, man hat sie nur verloren.
Der Bürger will sie aber.
Ideenreichtum soll nicht zum
Vertuschen da sein. Unsere Stadt
verdient sich wirklich mehr und
Probleme gibt es wahrlich genug.
Aktivität für Steyr ist angesagt, nicht
Pamphlete verfassen, sondern
etwas tun. Herr Vizebürgermeister,
hast du etwa vergessen unser
Gespräch in Linz wegen der
Wohnungen, wo du so tust, als seid
Ihr die Schöpfer des Sonder-
wohnbauprogrammes? Wo ich Dich
gebeten habe, doch mehr Woh-
nungen zu akzeptieren und Du hast
gesagt, 150 Wohnungen sind für

uns teuer genug. Das ist der Geist, vor dem Euer Pamphlet geschrieben ist.

Das Verkehrskonzept muß her, damit es nicht noch mehr durch Maßnahmen, die Ihr willkürlich setzt und im nachhinein von dem wirklich gut honorierten Planer einarbeiten läßt, verändert wird. Der Ruf unserer Stadt als Skandalstadt muß weg. Er schadet nur den fleißigen Menschen in unserer Region. Die Causa Altersheim muß aufgearbeitet werden mit dem Ziel, Verbesserungen herbeizuführen, nicht Geschehnisse zu verheimlichen. Das Thema Verkehrsverbund muß konsequent verfolgt werden. Die Strukturen für die Zukunft sind zu legen und nicht die Spuren der Vergangenheit zu verwischen. Betriebsansiedlung und Wohnbau sollen die Themen der gemeinsamen Bemühungen sein und nicht geheime Kommandosachen von SPÖ-Fürsten.

Die Gemeinsamkeit muß wieder her, die seit dem Auftreten von Kollegen Leithenmayr so zu kurz kommt. Das sind meine Forderungen für die Zukunft für unsere Stadt Steyr, der wir verpflichtet sind, die der Summe aller ihrer Bürger gehört und nicht der sozialistischen Partei.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Nächster ist Kollege Vratny.

GEMEINDERAT SIEGFRIED VRATNY:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Im Rechnungshof-Endbericht über die Subventionen an den Verein Volkshilfe Steyr wurde nach meiner

Rechtsauffassung keine Gesetzesverletzung festgestellt. Allerdings wurde, wie schon erwähnt, bemängelt, daß bei einzelnen Unterstützungsaktionen keine Aufzeichnung bzw. Listen über die soziale Bedürftigkeit der Empfänger geführt wurden. Und daß es keine klare Trennung zwischen der Tätigkeit für die Volkshilfe und dem Dienst für den Magistrat gab.

Ich glaube der abgegebenen Darlegung des Bürgermeisters, wie er kürzlich in aller Öffentlichkeit erklärt hat, daß er persönlich schuldlos ist. Nach den nun in großer Anzahl vorliegenden Zahlungsbelegen ist, glaube ich, erwiesen - die liegen ja nicht umsonst da und ich bin überzeugt, daß diese Aufzeichnungen richtig sind - daß sich keiner persönlich an Volkshilfegeldern in Steyr bereichert hat.

Nach meiner Meinung sind jedoch die derzeitigen Subventionsrichtlinien zu ändern. Der Gemeinderat muß eine Subventionsordnung erlassen, die den Nachweis über die Verwendung der von der Stadt Steyr gewährten Subventionen vorsieht. Diese Subventionen müssen für Vereine, soziale Organisationen aber ebenso für die Wirtschaft gelten. Denn nach den derzeitigen Subventionsrichtlinien war nur ein Tätigkeitsbericht zu erbringen.

Ich bin für eine sachliche und wenn notwendig harte Kritik sowie für eine vernünftige Auseinandersetzung im Gemeinderat. Jedoch gegen Methoden des Fertigmachens von Personen bin ich ebenso. Im Wahlkampf, werte Damen und Herren des Gemeinderates, sollen Sachprobleme im Vordergrund stehen und daß wir in Steyr genügend Probleme haben, die

einer Lösung bedürfen.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN
LEITHENMAYR:

Danke sehr. Nächster ist Kollege
Oskar Holub.

GEMEINDERAT OSKAR HOLUB:

Es fällt mir heute sehr schwer, mich
zu konzentrieren. Ich sollte an sich
bei einem Malersymposium in
Krumau sein und hätte mich an sich
darauf gefreut, Bilder zu malen und
ein wenig in der Sonne zu sitzen. Ich
finde es auch relativ befremdend
und eigenartig, daß die Gemein-
deräte, vor allem die der
Oppositionsparteien, während der
Sommerpause zu einer Sitzung
verpflichtet werden, wo es an sich
die Aufgabe der sozialistischen
Fraktion wäre, ihre internen
Probleme im Zusammenhang mit
der Volkshilfeaffäre zu bereinigen.

Mir kommt es irgendwie eigenartig
vor, daß diese Sondersitzung 19
andere Punkte beinhaltet, wo
einfach überhaupt nicht genügend
Zeit ist, sich mit diesem Thema
ausführlich zu beschäftigen. Es
entsteht der Eindruck, daß das sehr
bewußt gestaltet worden ist.

Der zweite optische Eindruck im
Raum hier ist, man fragt sich, wo
sind die Steyrer Wäschemädel, die
das waschen sollen. Ich glaube, es
sollten nicht unbedingt diese Akten
beim Gericht, sondern in der
Waschmaschine landen. Sie sollten
einmal gereinigt werden, denn ich
glaube, daß sie etwas schmutzig
sind bzw. habe ich den Verdacht.
Ich kann mir kaum vorstellen....

BÜRGERMEISTER HEINRICH
SCHWARZ:

Kollege Holub, schauen Sie sich
diese an, bitte!

GEMEINDERAT OSKAR HOLUB:

Ich kann mir kaum vorstellen, Herr
Bürgermeister, daß Sie als sozia-
listische Fraktion nach massiven
Vorwürfen des Rechnungshofes
nicht in der Lage gewesen sind, bis
dato diese Rechnungen rechtzeitig
zu legen, sodaß der Rechnungshof
befriedigt ist. Heute auf einmal
kommen die ganzen Belege im
Körperl daher und Sie sagen uns,
wir sollten sie heute anschauen und
durchlesen. Es kann jeder Einsicht
nehmen. Sind wir hier tiefste
Provinz oder Kleinstadt?

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN
LEITHENMAYR:

Kleinstadt schon.

GEMEINDERAT OSKAR HOLUB:

Mir geht es auf jeden Fall schlecht
bei dieser Geschichte.

Der Rechnungshof hat die Miß-
stände klar dargestellt. Es ist sicher
nicht notwendig, daß man auf alle
Details eingeht. Es ist aber wichtig,
daß man klar sagt, daß die
verantwortlichen Stadtpolitiker als
Subventionsgeber und auch die
Organe der Volkshilfe Steyr, die ihre
Reaktionen schon selbst gezeigt
haben, daß die Kritik des Rech-
nungshofes auch von ihnen selbst
anerkannt wurde und wird. So hat
die Stadt Steyr seit 1990 der
Volkshilfe Steyr keine Subventionen
mehr gegeben. Weiters hat der
Vorstand der Volkshilfe Steyr in
einer Panikreaktion unter Zu-
rücklassung des neuen öster-
reichischen Volkshilfepräsidenten
Weidenholzer die Flinte in das Korn
geworfen. Auch die Geschichte mit
dem Treuhandgrund zeigt sehr wohl
auf, daß sich die sozialistische
Partei bewußt ist, daß sie hier Dinge

gemacht hat, die nicht in Ordnung waren.

Die aufgezeigten Mißstände haben nicht nur der Volkshilfe Österreichs, sondern vor allem anderen caritativen Vereinen in Österreich schweren Schaden zugefügt und damit nicht nur jenen Menschen, die auf deren Hilfe angewiesen sind, sondern auch das Ansehen der Stadt schwer geschädigt. Ich glaube, das ist ein ganz wichtiger Punkt, der im Zusammenhang vielleicht ein bißchen untergeht. In Gesamtösterreich haben sehr viele Leute für die Volkshilfe gespendet, es hat dieses berühmte Volkshilfepaket gegeben. Die Leute waren alle der Meinung, das geht z. B. nach Äthiopien. Da rettet man Hungernde usw. Und dann hört man, das wird verwendet für eine Weihnachtsfeier des ATSV Steyr oder für eine obskure Muttertagsaktion. Das sind ja nicht unbedingt die sozialen Aufgaben. Ich bin sicher, weil Herr Vizebürgermeister Leithenmayr letztes Mal gesagt hat, jetzt können wir nichts mehr Gutes tun und auch der Herr Bürgermeister hat das gesagt. Das klingt mir schon sehr weinerlich, wenn es auf einmal heißt, wir können nichts mehr Gutes tun, die Presse ist so böse, die Oppositionsparteien sind so böse. Ich glaube, daß einfach die SP Steyr da wirklich die eigenen Verflechtungen zwischen Magistrat und Volkshilfegelder gänzlich übersieht und einfach keine rigorosen Konsequenzen daraus zieht, sondern einfach darauf harrt, jetzt haben wir die Belege da und jetzt ist alles wieder ok. So einfach ist es nicht und so kann man nicht agieren. Es ist so, daß einfach jetzt die Caritas Probleme hat, daß andere Vereine,

die sammeln Probleme haben. Das ist alles ein Teil der Geschichte. Es gibt den großen Volkshilfe-Skandal österreichweit und da gibt es spezifisch in Steyr einen weiteren. Er wird österreichweit behandelt und es gibt strafrechtliche Konsequenzen. In Steyr ist das bis dato nicht der Fall, auch wenn noch Erhebungen laufen. Es ist nicht so, daß strafrechtlich keine Erhebungen weiterlaufen, sondern ganz im Gegenteil, das Justizministerium hat Order gegeben, daß die Staatsanwaltschaft Steyr weitere Erhebungen durchführt. Eigenartigerweise wurden nur die Funktionäre befragt.

Auch wenn sich bei den noch ausstehenden laufenden Erhebungen herausstellen sollte, daß kein strafrechtlich relevanter Tatbestand vorliegt ist doch klar, daß es auch eine politische Verantwortung gibt. Sie, Herr Bürgermeister, sind aber offensichtlich nicht bereit, diese wahrzunehmen. Auch wenn der Rücktritt einer Einzelperson das System, das durch zu lange alleine ausgeübte Machtausübung entstanden ist, nicht verändert, sind Sie, Herr Bürgermeister, als Repräsentant dieses Systems letztendlich verantwortlich. Ein Rücktritt Ihrerseits entspräche dieser Verantwortung.

Das ist die Meinung der GAL Steyr zu diesem Thema. Ich glaube, es ist allen in Steyr klar, daß das System krank ist und es weiß jeder in Steyr, daß er als SPÖ-Mitglied leichter eine Wohnung bekommt, daß er leichter einen Arbeitsplatz bekommt und daß er verschiedene andere Vergünstigungen erfahren kann. Es wäre an sich logisch, das System zur Verantwortung zu ziehen. Die Forderung nach Rücktritt der

sozialistischen Partei Steyr hin zum Fortschritt einer sozialdemokratisch transparenten Partei ist illusorisch. Da werden sicherlich - auch laut Grüner - die Wähler zu entscheiden haben. Ich wünsche mir das auch sehr, daß in Steyr endlich einmal dieses Prinzip, wen soll man wählen, ich arbeite in den Steyr-Werken, ich habe eine Wohnung von der Gemeinde und muß mehr oder minder SPÖ wählen, daß das einmal durchbrochen wird. Wir fordern Sie in diesem Zusammenhang auf, die Steyrer ehrlich und vollständig darüber zu informieren, wie lange sie über den 6. Oktober hinaus die schwere Last eines sozialistischen Bürgermeisteramtes tragen wollen. Es ist, glaube ich, schon eine Täuschung des Wählers, wenn intern im Gemeinderat jeder weiß, daß Sie sicherlich nächstes Jahr zurücktreten werden und Platz machen werden für Herrn Vizebürgermeister Leithenmayr. Ich finde es unfair, wenn auf Plakaten geworben wird nur mit Ihnen mit dem Versprechen, Arbeit und Wohnung. Wo ich mir denke, die sozialistische Fraktion hätte 6 Jahre Zeit gehabt, dieses Versprechen zu erfüllen.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Dir wäre lieber, wenn wir für Dich werben würden!

GEMEINDERAT OSKAR HOLUB:

Ich glaube, daß es günstiger wäre, wenn mehr Leute GAL wählen würden. Wir haben keine Lobbies hinter uns, Gott sei Dank nicht. Das ist das Schöne an uns, an den Grünen. Das ist das, wofür Du uns neidig bist.

Man könnte als Schlußwort sagen,

kennst Du, lieber Helmut, den Kinderspruch: Wer fürchtet sich vor dem schwarzen Mann; dann sagen die Kinder darauf: niemand; und wenn er aber kommt, dann laufen sie davon - das könnte man vielleicht so abwandeln, daß man sagt: wer fürchtet sich vor Schwarz, dann sagt jeder niemand; wenn aber Leithenmayr kommt, dann laufen sie davon. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Ich gebe den Vorsitz an Kollegen Holub ab und möchte mich selbst an der Diskussion beteiligen. Ich übernehme den Vorsitz und bitte um die Stellungnahme.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Hohe Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Heute steht in der AZ, man möchte es nicht glauben, rot ist Modefarbe in Steyr. Das paßt halt manchen nicht und noch dazu in der Vorwahlzeit. So wenige Wochen vor entscheidenden Wahlgängen scheint sich das wieder einmal ganz besonders bei den Debatten in den Vordergrund zu spielen.

So sind die Debatten auch, so werden sie geführt diese Debatten, nämlich völlig anders als während der übrigen 5 1/2 Jahre in diesem Gemeinderat, wo nahezu alle Beschlüsse einstimmig ...

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Das ist eine Unterstellung, Herr Leithenmayr. Ich habe z. B. das Budget nie mitbeschlossen!

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

..wo nahezu alle Beschlüsse einstimmig gefaßt wurden. Großes Einvernehmen hat immer geherrscht.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL
HOLUB:

.. und dann kam Hermann!

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN
LEITHENMAYR:

Natürlich hinter vorgehaltener Hand wird da – heute ist das zum ersten Mal in dieser Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht worden, daß eigentlich nicht nur Schwarz nichts ist, der zurücktreten soll, sondern der nächste, der kommt, der ist auch schon wieder nichts. Das ist doch völlig normal und wir sollten uns darüber nicht erregen. Wenn wir uns überlegen, wer sagt denn das? Nämlich diejenigen, die sich ausrechnen möchten, daß rot nicht mehr so modern ist, wie das heute der AZ steht.

Zu dieser Volkshilfeangelegenheit, das ist wirklich ein leidiges Thema und das wird schon sehr lange in den Medien abgehandelt. Es spricht übrigens auch nicht für die Journalisten, wenn sie immer dasselbe schreiben müssen. Aber die "Volkshilfeaffäre Steyr" ist doch in Wirklichkeit, meine Damen und Herren im Steyrer Gemeinderat, eine Nebenfront, eine Entlastungsfront für die Bundesvolkshilfeangelegenheit. Ich habe das eigentlich in dieser Deutlichkeit früher auch nicht so kapiert. Das ist eine Frage der Informationen, die man erhält oder nicht erhält. Jetzt habe ich einer Anregung eines bekannten Steyrer Journalisten folgend, habe ich mir über einen anderen Journalisten den Rechnungshofbericht der Bundesvolks-

hilfe besorgt. Der ist nämlich beauftragt worden vom Nationalrat. Den habe ich mir jetzt beschafft, natürlich streng vertraulich, denn normal bekommt man ihn nicht. Aber über Journalisten ist so etwas möglich und daher habe ich ihn in Händen. Als ich diesen Bericht studiert habe, meine Damen und Herren im Gemeinderat, sind mir schon einige Dinge klarer geworden, denn klar sieht man wahrscheinlich nie, denn der Mensch irrt bekanntlich so lange er lebt. Das werden hoffentlich auch einige andere tun, die heute schon gesprochen haben. Aber wenn man die Größenordnungen betrachtet, wird manches klar. Die Debatte wird geführt, als würde es um ein Vermögen gehen. Ich muß zur Ehrenrettung meines Kollegen Holub sagen, er hat gesagt, es geht nicht um so viel Geld, sondern um das Prinzip. Es geht um S 50.000 pro Jahr, damit wir das auch erörtern. 50.000 Schilling ist die Jahressubvention, die der Gemeinderat ausgeschüttet hat für die Volkshilfe.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:
Und Personalkosten!

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN
LEITHENMAYR:

Keine Personalkosten! 50.000 Schilling pro Jahr ist ausgeschüttet worden. Darüber können wir auch noch diskutieren.

Aber beschränken wir uns auf die Fakten, das wäre interessant. Es ist nämlich so, daß 50.000 Schilling ein Klacks sind, ein Klacks, meine Damen und Herren. Im Verhältnis zu den Summen, die im Zusammenhang mit der Volkshilfeuntersuchung der Bundesvolkshilfe

zur Debatte stehen. Nämlich im gleichen Betrachtungszeitraum 225,8 Millionen Schilling in 12 Jahren sind Bundesmittel an die Volkshilfe geflossen. Nachdem die Volkshilfe Österreich auch im Entwicklungshilfebereich tätig ist, ist das auch keine ganz einfache Geschichte gewesen, das Ganze zu überprüfen. Fest steht aber, daß da drinnen in diesem Bericht steht – und ich zitiere jetzt ausschließlich: Die Volkshilfe hat mehrfach die öffentlichen Mittel nicht mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmannes verwaltet. Das ist z. B. im Steyrer Volkshilfebericht nirgends angeführt. Es ist hier die Rede davon, daß ein Großteil der von der Volkshilfe bezahlten Flüge nicht durch einen Flugschein belegt werden konnte. Hier geht es um ziemliche Beträge. Es ist festgestellt, daß das Entwicklungshelfergesetz nicht eingehalten wurde, also Gesetzesbruch. Es geht aber noch weiter. Wenn man das liest, das sind amüsante Dinge, aber doch traurig. Unvermögen hat offenbar dort auch schon Platz gegriffen. Dann wurde für die Opfer der Dürrekatastrophe in Niceragua 200 Tonnen Reis gekauft, allerdings Bruchreis, der für den menschlichen Genuß nicht geeignet war. Aufgrund dessen ist er dann der Brauerei zugeleitet worden, damit man Bier daraus braut. Das ist festgestellt worden unter anderem in diesem Bericht. 11.000 Tonnen sind gleich verloren gegangen, weil diese Reislieferung schlecht verpackt gewesen ist.

Es geht so weiter in dieser Dichte.

STADTRAT ING. OTHMAR
SCHLOSSGANGL:
Unverständlicher Zwischenruf

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN
LEITHENMAYR:

Nein, Sie können mir anscheinend nicht richtig folgen, Herr Kollege. Ich will das Ganze nur relativieren, damit Sie nicht glauben, Sie sind der Wichtigste in der Volkshilfedebatte. Das, was wichtig ist, spielt sich in Wien ab auf der Ebene der Bundesvolkshilfe. Das ist eine Entlastungsfront, so macht man das manchmal in der Bundesolitik. Ich bin zwar noch sehr unerfahren, aber einige Erlebnisse habe ich auf diesem Gebiet schon gehabt und kenne das ein wenig, Herr Kollege Holub.

Ich habe das halt auch kennen gelernt vor ..

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HO-
LUB:

Das kennt Ihr sicher besser wie wir.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN
LEITHENMAYR:

Ich habe das kennengelernt, vor allen Dingen von Deinen Parteifreunden.

Ich möchte auch bemerken, wenn wir schon von Geld reden, was steht denn da drinnen? Da steht drinnen, im übrigen wies der Rechnungshof darauf hin, daß die Volkshilfe für Mittel von rund 6,2 Millionen Schilling keinen ordnungsgemäßen Nachweis erbracht hat. Aufgrund der Beanstandungen des Rechnungshofes werden vom Bundeskanzleramt, den Bundesministerien und vom österr. Sozialfonds für Kinder der Dritten Welt noch rund 2,2 Millionen Schilling von der Volkshilfe zurückzufordern sein. 700.000 Schilling wurden bereits zurückbezahlt, rund 15 Prozent wurde an Verwaltungsauf-

wand von den Förderungssummen, nämlich von der Volkshilfe, in Verrechnung gebracht. Auch das ist kritisiert worden.

Nun, meine Damen und Herren, das steht im Bundes-Volkshilfebericht. Und weil es dort stinkt offensichtlich, hat man sich auf die Steyrer Volkshilfe ganz besonders konzentriert, um hier die Entlastungsfront aufzumachen. Was steht drinnen? Das ist heute mehrfach zitiert worden. Der härteste Vorwurf ist eigentlich der, daß hier die Stadt - nicht nur die Stadt - sondern auch das Land Oberösterreich einen in der SPÖ befindlichen Ausschuß ohne Rechtspersönlichkeit gefördert hat, der eine vom Parteivermögen getrennte Vermögensmasse verwaltet hat. Das ist der stärkste Vorwurf, er ist als Punkt 1 angeführt. Herr Bürgermeister Schwarz hat darauf hingewiesen auf die historische Entwicklung, die auch kein Zufall war. In den Dreißiger Jahren gab es die legändere Nummer der Steyrer Zeitung, ein Aufschrei, ein Hilferuf an die Welt. Vor kurzem ist der wieder einmal abgedruckt worden, einige haben das sicher noch in Erinnerung. Das war eine fürchterliche wirtschaftliche Situation. Hunger und Not in unserer Stadt, die Steyrer Zeitung hat sich um Hilfe an die Welt gewandt. Ist das ein Wunder, meine Damen und Herren, daß sich hier die Arbeiterschaft in Steyr, die unter der Aussteuerung der Arbeitslosigkeit gelitten hat wie nirgends in Österreich, organisiert hat und daß sie eine Selbsthilfeorganisation auf die Füße gestellt hat und diese auch ordnungsgemäß bis zum Jahre 1934 geführt hat? Und daß sie nicht gesagt hat, wie von Kollegen Holub

zitiert wurde, daß sie auch nach dem Krieg - die Notzeiten waren ja nach dem Krieg nicht vorbei, ganz im Gegenteil - wieder errichtet wurde. Das ist unsere Geschichte in Steyr, wir haben uns immer dazu bekannt. Aber es ist doch nirgendwo auch nur der Ansatz in diesem Bericht herauszulesen, daß das ein strafbarer Tatbestand wäre. Es ist auch nicht das Wort Parteienfinanzierung in diesem Bericht zu lesen. Das gibt es da drinnen nicht. Es ist eigentlich schon nur mehr eine Beanstandung, daß hier der finanzielle Fluß nachgewiesen werden konnte, aber die tatsächliche Verwendung konnte nicht nachgewiesen werden bisher. Nun hat der Bürgermeister einen Korb voller Belege präsentiert und ich stelle fest, er interessiert in diesem Gemeinderat niemanden, und zwar von jenen, die bisher gesprochen haben.

GEMEINDERAT ROMAN EICH-
HÜBL:

Das ist eine Frechheit, was Sie behaupten.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN
LEITHENMAYR:

Das interessiert niemanden, denn alle haben abgelehnt, sich das anzuschauen.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL
HOLUB;
Nur die Ruhe bitte!

GEMEINDERAT ROMAN EICH-
HÜBL:

Ich beantrage eine Unterbrechung der Sitzung, damit wir uns die Belege anschauen können!

VIZEBÜRGERMEISTER KARL

HOLUB:

Vorsitzender bin momentan noch ich. War das ein Antrag zur Geschäftsordnung? Das war er nicht und ich bitte daher, Kollegen Leithenmayr fortfahren zu lassen.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Kollege Eichhübl, mir wäre das auch peinlich, wenn ich zuerst schon schreien würde, daß hier zurückgezahlt werden muß und wenn diejenigen, die belegen, wie das Geld verwendet wird, die Belege vorlegen, dann interessiert sich niemand. Sie haben zum Ausdruck gebracht, daß Sie das nicht anschauen wollen.

Es hat jeder das zum Ausdruck gebracht. Auf die Spitze hat es mein Kollege Holub gebracht, er hat gesagt, das sei ein Hohn.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Ist es auch!

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ein Hohn sei es, diese Belege hier im Gemeinderat vorzuzeigen, obwohl das von allen Fraktionen immer wieder verlangt worden ist und Kollege Eichhübl sogar ständig gesagt hat, wir sollten zurückzahlen.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Ein falsches Zitat, wie es Deine Art ist. Ich habe nicht gesagt, das ist Hohn, daß man das dem Gemeinderat präsentiert, sondern wo, wie und wann. So weit zum Stil.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Jeder hat so seinen Stil und keiner

kann aus seiner Haut heraus, das habe ich heute wieder bemerkt. Wir haben gesagt, wir werden nachweisen, wie der Endverbrauch dieser Mittel gewesen ist. Heute haben wir leider erst diese Belege zusammengebracht.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Blödsinn!

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wir haben das erst vor einigen Tagen zustande gebracht. Du kannst mir das glauben, Du kannst mir vieles nachsagen, aber nicht, daß ich lüge, mein Freund. Wir haben es erst jetzt zustande gebracht. Vielleicht kann man uns vorwerfen, daß wir nicht mit der notwendigen Energie diese Belege schon früher beigebracht haben. Aber wir waren der Meinung und das geht aus dem Punkt 6 des Rechnungshofberichtes hervor, 6.2, - mich wundert nicht, daß er nicht zitiert wurde von meinen Vorrednern - denn dort steht:

Wenngleich aufgrund der glaubwürdigen Angaben der Verantwortlichen der Volkshilfe Steyr

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Den Punkt habe ich vollinhaltlich vorgelesen.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Hast Du jetzt den Vorsitz oder bist Du mein Kommentator?

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Ich habe den Vorsitz und vom Vorsitz aus sage ich Dir, daß Du

Dich irrst. Ich habe den Punkt 6 vollinhaltlich vorgelesen. Du bist aber weiter am Wort.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wenn Du das wirklich gemacht hast, dann muß ich sagen, dann habe ich das überhört. Nachdem Du Dich heute sehr langatmig ausgedrückt hast, entschuldige ich mich sofort. Vielleicht gibt es eine andere Sicht der Dinge, wenn ich das noch einmal bringe und das steht da. Das entscheidende ist, daß hier aufgrund der Angaben der Verantwortlichen der Volkshilfe Steyr die Subventionen der Stadt ihren sozialen Zweck erreicht haben dürften. Das stellt sogar der Rechnungshof fest. Es ist allerdings bemängelt worden, daß für die Empfänger nicht genau feststellbar war, von wem er das bekommen hat, von der Volkshilfe oder von einer Beamtin oder von der SPÖ vielleicht. Das mag sein und darauf bezieht sich mein Bibelzitat, beim Schenken soll die linke Hand nicht wissen, was die rechte tut.

Da steht das drinnen, lieber Freund Kollege Eichhübl, daß sogar der Rechnungshof die Meinung vertritt, daß diese Mittel den Endzweck, den gewidmeten Endzweck erreicht haben dürften. Wir werden das jetzt beweisen, daß das tatsächlich so ist.

Der Bürgermeister hat gesagt, wir haben hier die Belege beigebracht und ich darf erläutern, daß das nicht so einfach ist. Manche können sich das Organisatorische vielleicht nicht so vorstellen. Mir ist klar, Kollege Holub, daß das bei Ihnen leichter ist, daß Sie die Belege auftreiben. Sie haben wahrscheinlich nicht so viele. Ihr verlangt das aber ganz

schön heftig, dafür, daß Ihr nur eine Bewegung seid, keine Partei!

Ich stelle nur fest, daß die SPÖ eine Traditionspartei ist und daß wir 58 Parteisektionen und Ortsorganisationen im Bezirk Steyr haben. Es handelt sich um eine Bezirks-Volkshilfe, nicht nur um eine Stadt-Volkshilfe. Wir haben 32 Organisationen im Pensionistenverband. Das sind lauter alte Leute und wenn 12 Jahre zurück untersucht werden soll, da gibt es schon manche nicht mehr, bedauerlicherweise. Es ist nicht so einfach, es gibt auch noch an die 30 Kinderfreunde-Ortsgruppen und noch die Gruppen der sozialistischen Frauen, es ist nicht einfach, diese alle abzuklappern und das ist eine Knochenarbeit und das hat ein wenig gedauert. Wir waren der Meinung, nachdem sogar die Herren des Rechnungshofes gesagt haben und das auch niedergeschrieben haben, daß der soziale Zweck erreicht worden wäre bzw. die Mittel die Endverbraucher erreicht haben dürften, so waren wir der Meinung, das wird dort akzeptiert. Aber wir haben das nicht auf uns sitzen lassen. Wir haben das Treuhandkonto gemacht, weil wir gesagt haben, sollten wir einen Beweis schuldig bleiben - man weiß das nicht so genau - wir glauben das zwar nicht, habern aber dann auch diese Mittel noch zur Verfügung, die wir neuerlich einem sozialen Zweck zuführen, weil wir auch den letzten Verdacht einer Parteienfinanzierung zurückweisen. Das haben wir, glaube ich, in aller Form gemacht.

Meine Damen und Herren, die Sache mit dem Filz ist auch eine solche Geschichte, und immer gleich Skandal schreien. Im

Ausland sagt man schon, die Österreicher sind eine Skandalrepublik. Damit erweisen wir uns wirklich gute Dienste. Immer wird gleich Skandal geschrien, das ist nicht in Ordnung. Man sollte das eigentlich mit Vorsicht tun und man sollte sich um die Beweise dafür kümmern, wenn man solche Behauptungen aufstellt. Es ist eine ganz klasse Geschichte, daß es einen öffentlichen Ankläger gibt. Eine großartige Sache, weil damit der Bürger die Chance hat, hier jedermann anzuklagen vor dem Volk, vor der Behörde. Das ist römisches Recht und das ist bis heute so. Nur steht dort auch drinnen, daß man die Beweise zu bringen hat, wenn man solche Anklagen hat. Beweise müssen gebracht werden. Wenn man die Beweise schuldig bleibt, so lange, wie das manche tun, aber immer noch genau so laut schreien, wie am Anfang, dann kommt das sehr in die Nähe der Verleumdung, meine Damen und Herren. Darüber muß man sich auch im klaren sein. Der Ruf der Personen, die da ständig angeschuldigt werden, der leidet schon darunter. Ob man das unter dem Titel durch die Gänge des Rathauses gehend und schulterklopfend - ich meine nicht die Schulter vom Bürgermeister, der braucht ja schon einen zweiten Achselpolster - als Freundschaft bezeichnen kann, wenn man ständig so eine Politik macht, das wage ich dahinzustellen, ob das das Wahre ist für die Stadt und für die Moral in der Politik, für die sich der neue ÖVP-Obmann so stark macht. Schlußsatz heutige öö. Nachrichten, christlich-soziale Politik. Ganz gut geschrieben, aber man sollte das auch so machen.

Lieber Kollege Eichhübl, ich möchte schon noch sagen, wenn Dein Landespartei-Vorsitzender, der ehemalige Kollege Fuchs, der da auch seine Spiele mit uns getrieben hat. Wenn der glaubt, er muß noch dem Staatsanwalt Nachhilfestunden geben, dann weiß sich der zu verteidigen, wie wir gehört haben. Der hat ihm nämlich ganz trocken gesagt, daß eine anonyme Anzeige nicht den Gehalt hat, als würde das der Rechnungshof tun. Wie sich aus dem Bundes-Rechnungshofbericht zeigt, hat der Rechnungshof ohnehin keine Hemmungen, hier eine Anzeige zu erstatten oder zu verlangen, daß das Geld zurückgezahlt werden muß, wenn es ungerecht subventioniert oder zweckentfremdet wurde von den Empfängern. Daher relativiert sich durch den Bundes-Rechnungshofbericht, der übrigens der richtige Bericht ist, der Steyrer Bericht ist ja nur ein Teilchen davon. Das Dickste ist der Umschlag, meine Damen und Herren. Und der kommt im Bundes-Rechnungshofbericht überhaupt nicht vor, so ein Klaks ist das in Wirklichkeit.

Sehen Sie, dann muß man die Relationen richtig erkennen. Wir haben immer einstimmige Beschlüsse gehabt auch für diesen Ausschuß innerhalb der SPÖ, der sich Wohlfahrtszwecken verschrieben hat. Jetzt soll mir noch einer sagen guten Gewissens herinnen in dem Gemeinderat, eine Dame oder ein Herr, daß jemand nicht gewußt hätte, an wen diese Subventionen fließen. Das haben, so glaube ich, doch alle gewußt.

Wenn es jemand nicht gewußt hat, dann ist er einigermaßen naiv, dann muß er sich in der Politik noch

etwas fortbilden. Wir wissen das in der Regel schon in einer so kleinen Stadt, wohin die Subventionen gehen - wir geben ja eine Million aus, - weil die Frage der fehlenden Belege und Abrechnungen usw. im Zusammenhang mit der Subventionsordnung auch vom Rechnungshof angetönt wurde. Wir haben keine unterschiedlichen Meßblatten verwendet für die Volkshilfe oder für sonst einen Verein. Wir haben auch diese Subventionsordnung zwar noch nicht geändert, aber die Praxis haben wir bereits geändert. Wir verlangen jetzt Belege von den Vereinen und es ist auch geschrieben worden, weil man sich an den Rechnungshof halten wollen, an diese Empfehlungen und an diese Kritikpunkte. Im übrigen möchte ich sagen, alles das, was in dem Rechnungshofbericht geschrieben wurde, ist schon alles abgestellt und geschehen. Der 28. Juni 1989 war überhaupt die Geburtsstunde der Steyrer Volkshilfe, statutenmäßig. Da war die Gründungsversammlung der Steyrer Volkshilfe. Vorher hat es diesen Verein in Steyr nicht gegeben. Ich habe das schon einmal zum Ausdruck gebracht, es hat ihn nicht gegeben. Es war eine Übergangszeit. Ich habe schon einmal gesagt, daß hier die SAH in der Volkshilfe aufgegangen ist aufgrund der historischen Entwicklung.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Subventionsnehmer war aber schon immer die Volkshilfe, nur gegeben hat es sie nicht.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Es stimmt, daß die Volkshilfe

statutenmäßig es noch nicht gegeben hat. Das kritisiert ja auch der Rechnungshof.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Aber auch mit Recht.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wir nehmen ja die Kritik zur Kenntnis, nur steht auch drinnen, daß bereits im Jahr 1988 der Mittelfluß von der Volkshilfe zu SP-Organisationen drastisch reduziert wurde und im Jahre 1989, als es die Volkshilfe gegeben hat, überhaupt keine Mittel mehr geflossen sind. Das muß man auch noch dazusagen, wenn man objektiv die Dinge beurteilen möchte. Wir werden - dazu bekennen wir uns - das werden wir auch in der Zukunft tun, und zwar Gutes tun, Herr Kollege Holub, da werden wir Altentage veranstalten, Pensionistennachmittage, Weihnachtsfeiern oder Kinderweihnachtsfeiern oder Muttertagsfeiern durchführen, weil Sie machen das ja nicht. Ich habe überhaupt nicht festgestellt, daß irgendwann, zu irgend einer Zeit auf diesem Sektor die Konkurrenz so groß gewesen wäre, daß jemand anderer solche Veranstaltungen durchgeführt hätte für die ärmeren alten Mitbürger, damit sie nicht so alleine sind. Das hat halt in Steyr die sozialdemokratische Partei überwiegend gemacht. Ich will das aber gar nicht so herausstreichen aus einem ganz einfachen Grund,...

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Das ist sowieso gescheiter!

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN

LEITHENMAYR:

.....weil es ganz normal ist, daß in einer Stadt, wo eine so starke sozialdemokratische weltanschauliche Mehrheit vorhanden ist, wie die sozialdemokratische Partei ist und ihre Sympathisanten natürlich auch diese Aufgabenstellung von dieser politischen Kraft in erster Linie wahrgenommen werden muß. Und dazu bekennen wir uns auch in der Zukunft.

Und, damit komme ich auf den Filz zu sprechen, es ist ganz normal, daß es keinen Verein gibt in Steyr, in dem nicht auch wahrscheinlich – wenn es nicht ein ausgesprochen politisch anders organisierter Verein ist – viele Sozialisten sind, weil die Bevölkerung in Steyr so ist. Das kann man nicht einfach abschaffen und wenn man das möchte, müßte man sagen, die sozialistische Partei sollte sich auflösen. Das ist geschehen, aber die sozialdemokratische Partei paßt auch wieder nicht und soll sich wieder verändern nach der Meinung von Kollegen Holub. Ich kann dazu nur eines sagen, Du hast wieder den Ostblock zitiert, die haben genug Schwierigkeiten.

Ich möchte aber auch bemerken, wenn wir dieses Thema schon diskutieren, die sozialdemokratische oder sozialistische Partei Österreichs hat sich in der Vergangenheit einige Verdienste erworben. Die politische Grundrichtung und der österreichische Weg, wie wir einmal stolz gesagt haben – auch die ÖVPLer im Ausland übrigens – daß das anders ausgeschaut hat als in anderen Ländern Europas, Osteuropas usw. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß die sozialdemokratische Partei schon einige Verdienste auf dem

Gebiet hat, und zwar vor Ort und sehr konkret. Das war gar nicht so einfach immer. Wir werden also auch die ganzen Veranstaltungen für die Mütter und die alten Leute in der Zukunft durchführen. Wir werden uns klar werden müssen, wie die Finanzierung stattfindet. Wir haben das auch im heurigen Jahr gemacht, auch ohne die S 50.000,-. Ein Wort zu den SPÖ-Mandatkonten, das muß man sich auf der Zunge zergehen lassen. Das kann man ganz leicht erklären. Es gibt bei der SPÖ Steyr ein Konto, das heißt blödsinnigerweise SPÖ-Mandatare. Dort zahlen die SPÖ-Mandatare, die Herren Bürgermeister, die Stadträte und Abgeordneten usw., alle, die eine Gage bekommen für die politische Funktion, ihre Parteisteuer hin. Da ist das geschehen. Das Geld wird nämlich auch zu einem Teil zumindest sozialen Zwecken zugeführt. Da braucht man sich nicht zu wundern, wenn so etwas passiert. Wir haben einen Wechsel im Sekretariat gehabt, bei anderen kommt das auch vor, habe ich mir sagen lassen. Da kann so etwas schon einmal passieren. Aber das ist auch alles genau nachweisbar.

Dann möchte ich noch sagen, wer meint, daß man solche Feiern nicht durchführen soll für die alten Leute, für die Armen und die sozialen Schichten, der möchte das sagen. Er soll aufstehen und soll das sagen, oder er soll das für uns machen.

GEMEINDERAT OSKAR HOLUB:

Ich glaube, daß es sehr sinnvoll ist, daß es solche Leistungen gibt, aber es ist sehr wesentlich, daß für die alten Leute tragbare Zustände eintreten – siehe Altersheim. Ich

glaube, daß die Versorgung der Alten viel zu wenig ist. Ich glaube, daß diese Aktionen sicherlich sehr schön und sinnvoll sind, aber daß das nicht alles sein darf.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB

Das ist ein sehr langer Zwischenruf.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich möchte noch ganz kurz etwas ausführen. Über den Rotfilz habe ich schon gesprochen, das ist nichts Grausliches, sondern das ist eine historische Entwicklung und eine Situation, ein Spiegelbild der politischen Verhältnisse in unserer Stadt. Aber er ist nicht nur bei uns so, in Steyr ist das ziemlich SPÖ-orientiert. Aber wenn wir uns etwas umsehen in unserem Bundesland, dann stellen wir fest, daß von den 445 Gemeinden eigentlich nur 57 SPÖ-orientiert sind, wenn ich das richtig im Kopf habe. In Sachfragen stimmst Du meistens mit mir überein, nur in politischen nicht. Da gibt es auch andere Gemeinden und im Land Oberösterreich ist es auch so, daß andere Mehrheiten sind und diese haben ganz bestimmte Präferenzen. Man soll das nicht so einseitig darstellen, so einäugig, das schmeckt mir überhaupt nicht. Ich habe schon mit manchen Leuten gesprochen, die sich beim Land Oberösterreich beworben haben um eine Stelle. Das war ein Elend für diese. Die Sozialisten haben da nicht unbedingt gerade einen Aufwind, wenn sie sich dort bewerben. In der OKA z. B., wo der Herr Landeshauptmann ist - ich schätze ihn übrigens als Staatsmann und Landeshauptmann sehr und daher

will ich auch nicht so etwas Schlechtes sagen. Ich sage so etwas nicht, er ist ein guter Mann. Wir haben verschiedene politische Ansichten in vielerlei Punkten, aber das ist der Stil, der mir nicht gefällt. Ich stelle nur fest, der Herr Landeshauptmann ist in der OKA Aufsichtsratspräsident und ist zugleich Landeshauptmann. Mein Freund, Norbert Garnsteiner, das war der Betriebsratsobmann der sozialistische in der OKA, daß vor einigen Jahren in einem Betriebszeitraum über 300 Einstellungen in der OKA vorgenommen wurden, es waren aber nur 4 Rote dabei. Mit der logischen Konsequenz, daß er als SPÖ-Betriebsratsvorsitzender abgewählt wurde. Was ist das für ein Filz? Ein Schwarzfilz? Als Generaldirektor war der Vorgänger der Herr Wenzl, der ist momentan noch bei seinen 70-Jahr-Feiern und ich bin ihm ein langes Leben vergönnt. Aber so zu tun aus Deiner Ecke, als wäre das ein Problem der Steyrer und Du redest uns fast weinerlich ins Gewissen, wir sollen doch in uns gehen und endlich anständige Menschen werden. Mein lieber Freund, das ist ein bißchen stark, das muß ich Dir schon sagen. Dir, lieber Freund Eichhübl, möchte ich sagen, ich war einige Jahre im Parlament - daher habe ich nicht immer Deinen lichtvollen Ausführungen lauschen können, Karl Holub - und habe festgestellt, daß der Herr Minister Fri-schenschlager in seiner kurzen Amtszeit den halben Generalstab ausgetauscht hat. Da sind nach seinem Abgang lauter Blaue dort gesessen. Das kann von vielerlei Leuten, die unverdächtig sind, bestätigt werden. Er hat das sehr schnell gemacht.

Und damit Du nicht alleine bist in dem Reigen, möchte ich zum Grünen Holub sagen, ich bin bei Deinen Parlamentsfreunden gesessen, das habe ich mir auch angeschaut. Es war auf jeden Fall unterhaltsam, denn Politik muß einen gewissen Unterhaltungswert haben, sagt ein befreundeter Journalist.

Mein Freund, Oskar Holub, ich darf Dir sagen, die sind kaum im Parlament gewesen, dann haben sie einen riesigen Krawall gemacht und haben pro Kopf ihrer Abgeordneten im Parlament - so viele sind es dann auch wieder nicht - dreimal so viel Grund- und Büroflächen beansprucht wie die anderen Parteien im Parlament.

GEMEINDERAT OSKAR HOLUB:

Wir haben kein Geld. Die GAL Steyr hat keine Bürofläche im Rathaus Steyr, Herr Vizebürgermeister.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Bei uns sind lauter ehrenamtliche Funktionäre mit Ausnahme der Bürgermeister, die hauptamtlich sind. Für die anderen ist kein Bürobedarf gegeben gewesen. Das wird Deiner Partei vorbehalten sein, wenn Ihr einmal an die Macht kommt, das wird aber noch etwas dauern, habe ich das Gefühl.

Ich möchte zum Schloß kommen, meine Damen und Herren!

Mein Generaleindruck von Euren Debattenbeiträgen war nicht, daß Ihr die Wahrheit sucht, Kollege Vizebürgermeister Holub, Kollege Gemeinderat Oskar Holub und Kollege Gemeinderat Oskar Holub. Ihr sucht nicht die Wahrheit in dieser Debatte, Ihr sucht das politische Kleingeld für den 6.

Oktober und so ist die Volkshilfedebatte für mich einzustufen.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Der Redner hat ausgesprochen. Als Nächster hat sich Kollege Spöck gemeldet.

Ich kann damit den Vorsitz wieder zurückgeben an Kollegen Leithenmayr.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Vorerst ein paar Bemerkungen zum Geschäftsführenden Vizebürgermeister Leithenmayr. Im Parlament hat er wahrscheinlich sehr viel Zeit gehabt, wie wir heute gehört haben, wahrscheinlich auch aufgrund seiner Wortmeldungen, wie wir auch gelesen haben.

Von Kollegen Vratny an und für sich habe ich nichts anderes erwartet. Über den Bundesbericht über die Volkshilfe weiß ich nicht Bescheid, ich kenne ihn nicht. Es ist auch sehr traurig, wenn darin Flugschein, Reislieferungen usw. kritisiert worden sind. Wie gesagt, ich kenne ihn nicht. Wir diskutieren heute und haben ihn vorige Woche bekommen, den Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes der Republik Österreich im Bezug auf die Stadtgemeinde Steyr, Verwaltungsjahr 1990. Ob er jetzt vollständig ist dieser Bericht oder nicht, entzieht sich auch meiner Kenntnis. Wir haben ihn so zugestellt bekommen. Sollte er nicht vollständig sein, würde sich unter Umständen die ganze heutige Debatte erübrigen und wir müßten den vollständigen Bericht abwarten. Ich glaube aber, die Grundzüge sind zumindest

drinnen und sind auch, werte Kolleginnen und Kollegen, in meinen Augen ersichtlich und daher auch meine Wortmeldung.

Nochmals betont, wegen der Einmaligkeit der Aufzeigung einer Verfilzung. Kollege Holub hat schon vor Wochen darüber gesprochen und Kollege Eichhübl hat das auch heute betont. Eine Verfilzung zwischen Stadtgemeinde, SPÖ, Vereinen und Personen. Der Rechnungshof nennt es in seinem Bericht auf Seite 4 Punkt 3.4 "finanzielle Verflechtung zwischen Volkshilfe und SPÖ Steyr". 46 Prozent der Volkshilfegelder gingen an die SPÖ und ihr nahestehende Organisationen. Sicherlich - ich kann mich nicht mehr auf jeden einzelnen Punkt der Subventionen erinnern - werden wir der Subvention grundsätzlich an die Volkshilfe zugestimmt haben, aber ich für meine Person war so naiv, daß ich nicht gewußt habe, daß 46 Prozent wieder weitergehen an die sozialistische Partei. Ich war in diesem Punkt naiv, das gebe ich offen zu.

Werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, nochmals, man führe sich vor Augen: Wer entschied über die Weitergabe der Mittel? An die SPÖ entschied der Bezirksparteivorstand, an die nahestehenden Organisationen der Volkshilfeausschuß. Das ist eine Personengleichheit mit den Funktionären der SPÖ und bei Einzelunterstützungen entschied der geschäftsführende Obmann. Richtigerweise müßte man seit einer gewissen Zeit sagen, die geschäftsführende Obfrau, im Einvernehmen mit den Vorsitzenden. Soweit zur Weitergabe der Mittel.

Zurecht - das ist in meinen Augen heute nicht entkräftet worden, - hat der Rechnungshof erkannt, daß die Verwendungsnachweise trotz intensiver Bemühungen durch die Stadt oder die SPÖ - man kann das nicht genau sagen - fehlen. Aus den vorgelegten Kopien wurde lediglich der Nachweis des Geldflusses, nicht jedoch die Verwendung ersichtlich. Zum heute vorgelegten Korb bin ich auch der Meinung, wie das bereits Kollege Holub betont hat, dieser hätte rechtzeitig dem Rechnungshof vorgelegt werden müssen. Der muß darüber entscheiden. Ich bin mir auch sicher, wenn die Frist, die der Rechnungshof zur Vorlage von diversen Belegen vorgelegt oder die Frist gewährt hätte, man hätte sicherlich eine Fristverlängerung seitens des Rechnungshofes bekommen, um den einen oder anderen Beleg zu bekommen. Das ist aber nicht gemacht worden. Diese Belege, wenn sie stimmen - wir können das heute nicht überprüfen - hätten zum Rechnungshof gehört.

Zu den angesprochenen Feiern, Muttertagsfeiern, Weihnachtsfeiern usw. Ja, Herr Kollege geschäftsführender Vizebürgermeister Leithenmayr, auch der Seniorenbund führt solche Muttertags- und Weihnachtsfeiern im Casino durch. Wahrscheinlich kennen Sie diese Feiern nicht, aber der Besuch dort ist immer ausgezeichnet, zum Unterschied aber zu diesem heutigen Komplex der Volkshilfe werden diese Feiern selbst vom Seniorenbund finanziert.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Wahrscheinlich auch ohne Verwendungsnachweis!

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:
Das ist der große Unterschied. Aber es gibt auch noch andere Organisationen. So ist es wiederum nicht.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Aber eine Subvention nehmen Sie auch. Alles was recht ist, so etwas Scheinheiliges!

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Werte Kolleginnen und Kollegen!

Der Rechnungshof stellt zurecht die Förderungswürdigkeit an die Volkshilfe in Frage, da ein Subventionsnehmer verhalten ist, eine Subvention selbst widmungsgemäß zu verwenden.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLLUB:

Der Seniorenbund hat niemals einen Sportverein gesponsert.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Verlangt Ihr vielleicht eine Einzelbestätigung für jeden Kuchen, wie Ihr das uns vorwerft?

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Gleichzeitig zur Parteienfinanzierung, die angesprochen wurde von Vizebürgermeister Leithenmayr. Gleichzeitig mit diesen an die SPÖ von der Volkshilfe weitergeleiteten Mitteln gingen, wie vom Rechnungshof aufgezeigt wurde, auch Mittel an die SPÖ und ihr nahestehende Organisationen. Also der Rechnungshof hat hier sehr wohl sowohl eine Parteienfinanzierung festgestellt.

Zu den angesprochenen Einzelunterstützungen. Diese erfolgten in vielen Fällen durch Vertrauensleute

der sozialistischen Partei, wie auch der Rechnungshof festgestellt hat. Für den Empfänger waren das natürlich in logischer Weise Zahlungen von der sozialistischen Partei.

Die angesprochenen Subventionsrichtlinien, die vom Rechnungshof gefordert worden sind. Diese wurden richtigerweise vom Kontrollamt schon jahrelang gefordert. Mit solchen Richtlinien wäre eine solche Parteienfinanzierung - vielleicht - schwerer möglich gewesen.

Abschließend, Werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, zum Punkt "weitere Unterstützungen". Die laufenden Geschäfte der Volkshilfe wurden von einer Magistratsbediensteten, damals Gemeinderat, jetzt Landtagsabgeordnete, in erheblichem Maß - wie der Rechnungshof feststellt - in der Dienstzeit abgewickelt. Auch die Einrichtungen des Magistrates standen für diese Tätigkeit zur Verfügung.

Werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, es wurde den Verantwortlichen im Haus der Boden zu heiß, daß die überwiegende Dienstzeit von Frau Schreiberhuber in Anspruch genommen worden ist und man hat eine Versetzung von der Magistratsdirektion

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Überwiegend steht nirgends bitte!

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:
beantragt. In erheblichem Maß ist für ein

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Aber nicht überwiegend.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:
..... großer Teil der Arbeitszeit.

BÜRGERMEISTER HEINRICH
SCHWARZ:

Ich bitte Dich, daß Du Dich ein wenig mäßigst, weil überwiegend ist etwas anderes als erheblich.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:
Überwiegend ist für mich eine sehr sehr große Zeit. Wenn der Rechnungshof feststellt, eine Bedienstete ist in erheblichem Maß in der Dienstzeit mit anderen Agenden beschäftigt, dann ist das sicherlich ein Punkt, der scharf zu kritisieren ist.

Werte Kolleginnen und Kollegen, abschließend möchte ich noch sagen, im Rechnungshofbericht selbst bzw. laut Auskunft von Herrn Magistratsdirektor-Stellvertreter bei der letzten Prüfungsausschusssitzung wurde zwar seitens des Rechnungshofes keine Anzeige bei der Staatsanwaltschaft erstattet – heute habe ich anderes gehört. Ich bin aber trotzdem aufgrund des Vorgesagten der Meinung, daß eine Rückerstattung zumindest der 46 Prozent, die von der Volkshilfe an die SPÖ weitergeleitet worden sind und wo laut Rechnungshof – das haben nicht wir festgestellt – der Verwendungsnachweis fehlt, eine Pauschale zurückgezahlt werden muß und ebenso eine pauschale Rückerstattung der Personalkosten für die Arbeiten für die Volkshilfe, die die überwiegende Dienstzeit der Gemeindebediensteten, damals Gemeinderat, jetzt Landtagsabgeordnete, in Anspruch genommen worden ist.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN
LEITHENMAYR:

Danke sehr. Zu Wort gemeldet hat sich Kollege Sablik.

STADTRAT ERICH SABLİK:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich hätte mich nicht zu Wort gemeldet, aber nachdem heute der Unterhaltungswert im Vordergrund steht, wie ich bemerke, mache ich es trotzdem. Wenn hier Worte fallen, die ganz eindeutig die Stellung der alten Bürger in Steyr ins Eck stellen, die ganz eindeutig darauf hinzielen, die alten Bürger zu diskriminieren, wie hier die Grünen. Was ist denn ein schmutziger Beleg? Ein schmutziger Beleg ist ein gefälschter. Was ist eine obskure Muttertagsfeier? Erklären Sie mir das einmal. Ich werde darauf noch zurückkommen. Es gehört gesagt, daß hier nicht der Unterhaltungswert der Politik im Vordergrund stehen soll, sondern daß es darum geht, aufzuzeigen, daß wir in Steyr sehr viele Menschen haben, die Not leiden. Aber nicht nur körperliche, materielle Not, sondern die seelische Not leiden. Wenn Sie, Herr Gemeinderat Holub, bei jeder Gelegenheit fordern, daß die psychische Betreuung im Altenheim verstärkt werden soll und ich Ihnen hier attestiere, daß Sie recht haben, dann müssen Sie uns aber auch zubilligen, daß sich die alten Leute in Steyr selbst organisiert haben, um in ihrem Kreis diese seelische Not untereinander zu lindern. Diese seelische Not entsteht nicht, weil er vielleicht um S 1.000,-- mehr als die Mindestpension von S 6.000,-- im Monat hat. Es gibt auch keine reichen Pensionisten im Kreis des Pensionistenverbandes. Ich habe viele Freunde beim Seniorenbund

der ÖVP. Auch dort sind kleine Gewerbetreibende mit niedrigsten Pensionen beisammen und auch dort gibt es keine reichen Pensionisten. Aber es gibt eines, daß die jungen Löwen der ÖVP und von anderen Parteien einfach diese Not nicht mehr sehen wollen, sondern daß sie diese alten Leute alleine wursteln lassen, wie sie mit ihren finanziellen Ausgaben zurande kommen. Das ist die Wahrheit. Es ist so, daß man nicht sagen kann, wieviel verdient einer und wie gut geht es ihm. Wenn wir in Steyr beim Pensionistenverband nachweisbar ca. 3.500 Mitglieder haben, dann resultiert das daraus, daß eben eine sozialdemokratische Arbeiterschaft heute alt geworden ist. Wenn eine Muttertagsfeier zwecks Austausch von Gedanken – ein kleines Plauscherl ist oft wichtiger wie das teuerste Medekament – stattfindet und dort die Leute zusammenkommen und man gibt ihnen nach gutem alten österreichischem Brauch einen Kaffee und vielleicht ein Stück Gugelhupf, so bin ich dort bemüht, meinen alten Müttern eine kleine Geste des guten Willens mit einer kleinen Bwirtung zu geben. Das, meine Damen und Herren, kostet Geld, sehr viel Geld. Es sind nicht immer Mütter, Gemeinderat Eichhübl, es sind auch unsere Tanten und andere Frauen, die zur Mutterschaft nicht gelangen konnten, weil in den Kriegen, die Eure Partei so verherrlicht, sie ihre Männer verloren haben. Die sind auch einsam, sind aber keine Mütter, aber zu den Muttertagsfeiern sind sie eingeladen. Wenn wir quer durch die Stadt betteln gehen, der Seniorenbund und der Pensionistenverband und sporadisch auch einige Pensio-

nisten von den Freiheitlichen, obwohl von anderen Parteien die Pensionistenorganisationen kaum vorhanden sind, dann sage ich hier danke den Gewerbetreibenden, die uns Spenden geben und danke den Privaten, die uns auch Geld geben. Natürlich gehen wir auch zu den sozialen Institutionen und bitten um eine Unterstützung. Wir schicken viele Leute von uns zur Caritas und hier sage ich danke, daß die Caritas in vielen Fällen geholfen hat, wo es die Volkshilfe nicht konnte. Das heißt, wir haben hier auch einen Filz, aber einen sozialen Filz, der das gegenseitige Helfen in Steyr erleichtert. Ich schäme mich überhaupt nicht, daß ich als Vertreter des Pensionistenverbandes hier danke sage der Volkshilfe und der Vorlauforganisation, weil die uns das erst ermöglicht hat. Durch Zuwendungen, die hier schon besprochen worden sind. Es möge keiner kommen und sagen, wir hätten hier ein Register schaffen sollen und nur die Reichen einladen. Nur die Pensionisten, die ganz Armen. Das ist ein Blödsinn, wer das sagt – und sei es auch ein Rechnungshofbeamter – der hat überhaupt kein Hirn, wenn er so etwas sagt oder niederschreibt. Ich lade jeden von uns ein, der hier sitzt – ÖVP, Blaue, Grüne – kommt und schaut Euch eine Veranstaltung des Pensionistenverbandes an, wie ich schon Zeuge von Veranstaltungen war des Seniorenbundes. Auch dort singt der Pfarrer nicht von der Kanzel herunter und auch bei uns wird die rote Fahne nicht gehißt und die internationale Hymne gesungen. Es wird hier die seelische Not durch Gesellschaft gemindert und diese Ausgrenzung der alten Leute nehmen wir ganz einfach nicht hin.

Wir nehmen nicht hin, daß eine Organisation in den Dreck gezogen wird, die nichts tut wie Gutes. Wer geht denn von den Familien, wenn es sie noch gibt, zu den Sterbenden in das Krankenhaus? Die Vertreter der Pensionistenorganisationen halten denen die Hand. Wer geht denn in das Altersheim, wen sehe ich dort oben? Keinen von Euch Jungen. Ich sehe Sie nicht, Gemeinderat Holub und ich sehe Dich nicht, lieber Gemeinderat Eichhübl.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich war einige Male oben, da habe ich aber Dich auch nicht gesehen!

STADTRAT ERICH SABLIK:

Da war ich gerade am Klo!
Aber das soll kein Spaß sein, sondern ich sage, daß die Alten, die Verlassenen in Steyr, die bei uns im Altenheim oder in Wohnungen leben, seelische Betreuung brauchen und daß leider nicht zur Kenntnis genommen worden ist, daß diese alten Leute, ganz egal, welcher politischen Partei sie im Erwerbsleben angehört haben, unter Konsumverzicht und unter Verzicht auf persönliches Wohlergehen dieses Österreich aufgebaut haben, dieses Steyr groß gemacht haben und daß sie ein Recht darauf haben, von der Allgemeinheit Geld zu erhalten.

Wenn ich eine Subvention morgen beantrage für den Pensionistenverband, dann stimme ich auch einer Subvention für den Seniorenbund oder den Ring freiheitlicher Pensionisten oder wie sie heißen mögen zu. Weil eben jeder von der Stadt ein Anrecht hat auf solch einen Zuschuß.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Das steht ohnehin nicht zur Debatte.

STADTRAT ERICH SABLIK:

Daher bekenne ich mich aber auch dazu und weise die Anschuldigungen der anderen Parteien mit einem schwachen sozialen Gewissen zurück.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es eine weitere Wortmeldung? Kollegin Ehrenhuber bitte.

STADTRAT INGRID EHRENHUBER:
Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren!

Seit Ende der Siebziger Jahre werden in den einzelnen Stadtteilen von Steyr aber auch in den Gemeinden des Bezirkes Steyr jährlich ca. 15 - 20 Muttertagsfeiern abgehalten, wozu von den sozialistischen Frauen je nach Größe der Veranstaltung, je nach Teilnehmerzahl ein Zuschuß in der Höhe von 500 bis 2.000 Schilling gewährt wird. Der überwiegende Teil der Kosten für die Programmgestaltung bzw. für die Bewirtung der Gäste mit Kaffee und Kuchen wird von den Sektionen, von den Mandatären übernommen. Muß doch oft alleine für die Programmgestaltung bzw. für die Musik zwischen 1.000 und 3.000 Schilling bezahlt werden. Natürlich wird jede Veranstaltung entsprechend abgerechnet und ich kann nur von meinen Sektionen auf der Ennsleite sprechen, daß die Unterlagen aller Muttertagsfeiern, die Abrechnungen, hier beim Akt zur Einsicht aufliegen. Ganz besonders möchte ich aber darauf

hinweisen, daß diese Muttertagsfeiern überwiegend und zum Großteil von älteren, meist alleinstehenden Frauen und Müttern besucht werden, die überaus glücklich und dankbar sind, wenn sie einen Nachmittag bei Kaffee und Kuchen, mit entsprechendem Programm und vor allem in fröhlicher Runde, verbringen können. Darin sehen wir unsere Aufgabe, wie sie auch Kollege Sablik bereits angeschnitten hat.

Wir wollen damit dazu beitragen, daß sich die Menschen wohlfühlen, daß sie sich geborgen fühlen und vor allem aber, daß sie sich nicht einsam und verlassen fühlen. Sehr nette Kontakte werden bei derlei Veranstaltungen geknüpft, es werden Sorgen und Nöte bzw. Wünsche geäußert und wir haben dann die Möglichkeit, diesen entsprechende Hilfe angedeihen zu lassen.

Ich möchte auch noch auf eines hinweisen, daß jeder Besucher bei unseren Veranstaltungen sehr herzlich willkommen ist und es wurde und wird niemals ein Mitgliedsnachweis verlangt oder darum gebeten.

Die zweite Jahreszuwendung in der Höhe von ca. 10.000 Schilling erhielten wir aus Mitteln der Volkshilfe und wurde diese ausschließlich für eine Weihnachtsaktion zur Betreuung über 80jähriger, vorwiegend alleinstehender Frauen, verwendet. Jährlich wurden, soweit wir es erfassen konnten, über 200 alleinstehende Frauen über 80 Jahre anlässlich der Weihnachtsfeiern besucht. Damit wurde es uns einerseits möglich, einen Einblick über die Lebens- und Wohnverhältnisse unserer älteren Mitbürger zu gewinnen, ihre

Probleme und Sorgen kennenzulernen, aber auch entsprechende Hilfe angedeihen zu lassen und sich ihrer Anliegen anzunehmen. Unsere betagten Mitbürgerinnen erhielten bei dieser Gelegenheit auch immer ein kleines Präsent überreicht. Ich bin mir sicher, daß es bei manchen oft das einzige Weihnachtsgeschenk, der einzige Besuch anlässlich der Feiertage war. Ich kann Ihnen versichern, daß wir jedenfalls viel Freude und Dankbarkeit bei diesen betagten Menschen ernten. Daß es bei solchen Anlässen natürlich nicht möglich ist, eine entsprechende Bestätigung für ein empfangenes Geschenk zu verlangen, müßte doch verständlich sein.

Ich darf aber auch darauf hinweisen, daß mit dem Geschenk ein entsprechendes Schreiben übergeben wurde, in dem nicht nur die besten Wünsche zum Ausdruck kamen bzw. wir unsere Hilfestellung anboten wurde, sondern daß darin immer darauf verwiesen wurde, daß sich der sozialistische Wohlfahrtsverband Volkshilfe an dieser Aktion beteiligte.

Damit kann nicht gesagt werden, daß unsere betreuten Mitbürger nicht wußten, von woher das Geld kam und daß finanzielle Mittel aus der Volkshilfe dafür zur Verfügung gestellt wurden.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Nächster ist Kollege Tatzreiter, ich erteile ihm das Wort.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich möchte im Zusammenhang mit der Rechnungshofdiskussion bezüglich Volkshilfe einige Klarstellungen über gewährte Subventionen an die Kinderfreunde, Bezirksorganisation Steyr, treffen, die, so glaube ich, bei objektiver Betrachtung ohne Zweifel die widmungsgemäße Verwendung der erhaltenen Subventionen nachweist. Erlauben Sie mir, bevor ich auf die Verwendungsnachweise näher eingehe, einige grundsätzliche Mitteilungen bzw. Erläuterungen zu machen. Zum ersten möchte ich Sie namens der Kinderfreunde, so wie der Bürgermeister, einladen, in die vorliegenden Belege Einsicht zu nehmen.

Außerdem wurde der Verwendungsnachweis in Form von Originalbelegen bereits im Spätherbst des Jahres 1990 an die damalige Geschäftsführerin und Vorsitzende, Frau Landtagsabgeordnete Schreiberhuber, übergeben, die diese wiederum über Verlangen an die Landesleitung der Volkshilfe Oberösterreich weiterleitete. Ein Faktum ist, daß bei der Landesleitung Oberösterreich diese Belege zur Einsicht durch Kontrollorgane der OÖ. Landesregierung vorgelegt sind, da bis zum heutigen Tag weder seitens der OÖ. Landesregierung noch der Volkshilfe die Kinderfreunde eine Mitteilung erhielten, daß die gewährten Subventionen nicht ordnungsgemäß belegt wurden. Es kann mit Recht davon ausgegangen werden, daß der widmungsgemäße Nachweis erbracht wurde, zumal sämtliche Belege an die Kinderfreunde wieder zurückgegeben wurden.

Drittens: Erlauben Sie mir eine kurze Darstellung zwecks besserem Verständnis für meine folgenden

Ausführungen, wie sich die Struktur der Kinderfreunde in der Bezirksorganisation in Steyr darstellt. Die Bezirksorganisation Steyr der österr. Kinderfreunde besteht derzeit aus 20 Ortsgruppen. 7 Ortsgruppen befinden sich in der Stadt Steyr, 9 im Gebiet des Steyrtales und 4 Ortsgruppen im Gebiet des Ennstales. In den Ortsgruppen werden 35 Kindergruppen geführt, die wöchentlich von über 600 Kindern besucht werden und von über 200 ehrenamtlichen Mitarbeitern betreut werden.

Der Mitgliederstand der Bezirksorganisation der Kinderfreunde beträgt rund 1.500 Mitglieder. Jährlich führen die Kinderfreunde rund 300 öffentliche Veranstaltungen, wie z. B. Kinderfeste, Ferialaktionen und andere Veranstaltungen, wie Elternabend, Spielbusaktionen usw., durch, an denen rund 12.000 Kinder und 11.000 Erwachsene teilnehmen. Ich sage das deshalb hier vor diesem Gremium, um nicht Werbung für die Kinderfreunde zu machen, sondern um zu verdeutlichen. Da ich mir sicher bin in der einen oder anderen Zeitung morgen zu lesen, auch die Kinderfreunde können keinen Verwendungsnachweis erbringen. Ich bin sicher, daß die gewährten Subventionen der Volkshilfe an die Kinderfreunde in keiner Relation zu den tatsächlichen Aufwendungen für die Menschen in unserer Region stehen.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, im folgenden möchte ich Ihnen einige Zahlen über die gewährten Subventionen seitens der Volkshilfe an die Kinderfreunde zur Kenntnis bringen, sie liegen ja ohnehin in den Ordnern schwarz auf weiß auf.

Vorausschicken möchte ich, daß ich

die von mir genannten Beträge mit Originalrechnungen belegen kann. Die Kinderfreunde haben in den letzten 7 Jahren insgesamt 89.000 Schilling erhalten, nur um das zu verdeutlichen. Teile ich diese Subventionen auf die 20 Ortsgruppen auf, so entfällt ein jährlicher Anteil von 635,71 Schilling auf jede Ortsgruppe. Dem möchte ich nur eine einzige Aktion der Kinderfreunde gegenüberstellen, nämlich die Weihnachts-Buchaktion, bei der jedes Kind unserer Mitglieder - aber auch andere haben das schon erhalten - ein Buch nach eigenem Wunsch erhält. Das ist ein Betrag für die Kinderfreunde, der auch im gleichen Zeitraum zu erkennen ist, von S 4.000,--. Meine Damen und Herren, wie gesagt sind beim zuletzt von mir genannten Vergleich keine Ferienaktionen, Spielbusaktionen etc. enthalten. Nur alleine die Weihnachtsbuchaktion. In Summe liegen Belege über einen Betrag von 425.000 Schilling vor und dieser Betrag ist ausschließlich für soziale Zwecke gewidmet gewesen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates, es ist meines Erachtens Auffassungssache, was man als widmungsgemäßen Nachweis anerkennt oder nicht. Auch die Kinderfreunde haben nicht, so wie von den Kritikern gefordert, von jedem einzelnen Kind eine Bestätigung verlangt, daß es hilfsbedürftig ist oder gar von deren Eltern einen Nachweis verlangt, daß sie Sozialhilfeempfänger sind. Es kann jedoch mit Recht davon ausgegangen werden, daß bei rund 23.000 Menschen, die jährlich die Angebote der Kinderfreunde in Anspruch nehmen, so wie bei rund

1.500 Familien, die Mitglied der Kinderfreunde sind, ein gar nicht so geringer Anteil davon wirklich hilfsbedürftig ist. Die finanziellen Aufwendungen der Kinderfreunde für diesen Personenkreis übersteigen bei weitem jenen Betrag, davon bin ich fest überzeugt, der von der Volkshilfe den Kinderfreunden gewährt wurde.

Weiters bin ich überzeugt, daß die Kinderfreunde auch aufgrund des relativ geringen Betrages von jährlich rund 630 Schilling pro Ortsgruppe ihre sozialen Aufgaben auch in Zukunft voll wahrnehmen werden, weil sich die Kinderfreunde nicht vorstellen können, daß sie künftighin ihren Grundsatz, dem sie sich verschrieben haben, und zwar für die Ärmsten zu sorgen bzw. sie zu unterstützen, vergessen werden. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Danke sehr. Eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht vor.

Der Bürgermeister wünscht ein Schlußwort.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Es war zu erwarten, daß diese Diskussion auch einen gewissen emotionellen Stellenwert hat, das ist verständlich. Nicht nur wegen der Thematik, sondern auch wegen der bevorstehenden Wahlauseinandersetzung. Das ist auch klar, daß sich das irgendwo niederschlägt. Einen Teil der Diskussionsbeiträge ordne ich daher in diesen Bereich ein.

Ich möchte aber doch auf einige Hinweise etwas näher eingehen.

Kollege Eichhübl hat darauf hin-

gewiesen, daß Kollege Landesrat Reichl, unser Freund, seinerzeit zurückgetreten ist und ich darf sagen - das habe ich auch bei meiner Pressekonferenz damals zum Ausdruck gebracht vorige Woche - daß für Landesrat Reichl diese Situation bei der Volkshilfe letztlich der Ausschlag war, der ausschlaggebende Punkt, seinen Rücktritt zu erklären. Er hat aber sich dasselbe mitgemacht 1 Jahr lang, was ich mir mitgemacht habe. Und ich verstehe sehr wohl seine Aktion und seine Reaktion, die er damals gesetzt hat.

Zu den Subventionsrichtlinien darf ich sagen, daß wir - das habe ich einleitend auch schon erklärt - bereit sind, diese Richtlinien in Zusammenarbeit mit allen Fraktionen im Gemeinderat auszuarbeiten und ich stehe nicht an, nochmals darauf hinzuweisen, daß wir - falls die vorliegenden Belege nicht ausreichen sollten - natürlich für nicht belegte Ausgaben bereit sind - das darf ich namens der sozialistischen Partei zum Ausdruck bringen - eine entsprechende Zurückzahlung vorzunehmen. Ich glaube aber, daß aufgrund der Ausführungen ausreichend nachweisbar ist, daß diese Mittel ausschließlich nicht einer Partei, sondern ausschließlich bedürftigen Menschen und bedürftigen Gruppen, die bedürftige Menschen betreuen, zugute gekommen sind.

Zu Kollegen Karl Holub möchte ich sagen, daß ich nach wie vor der Auffassung bin, daß wir die Probleme in Steyr miteinander lösen sollten. Das ist auch unser Slogan, das möchte ich sehr deutlich sagen. Ich stehe dazu und darf Dich einladen, am 4. September ist die Schlußbe-

sprechung des Rechnungshofes über den vorliegenden Bericht. Vorher hat es nicht sehr viel Sinn, wenn man darüber spricht. Da sind ein Vertreter des Rechnungshofes da und ich darf Dich einladen, bei dieser Besprechung dabei zu sein. Dort wird die Endfassung des Berichtes besprochen, so wie das immer bei Rechnungshofprüfungen der Fall ist.

Ich habe gesagt, wir haben in keiner Weise Parteienfinanzierungen vorgenommen und ich darf sagen, daß die Vorlage der Belege heute kein Gag ist, wie das so manches Mal dargestellt wird. Es wurde von allen Fraktionen immer wieder verlangt, wann werden denn endlich diese Belege vorgelegt. Wir haben immer betont, auch gegenüber dem Rechnungshof, daß diese Mittel sozialen Zwecken ausschließlich zugeführt wurden, auch vor dem Endbericht. Ich brauche mich nicht wiederholen, am 24. Juli habe ich diesen Endbericht bekommen und nachher haben wir gesagt, wenn es im Endbericht auch noch so ausschaut - es hätte ja sein können, daß eine andere Formulierung gewesen wäre - dann werden wir diese Belege vorlegen. Dieser Wäschekorb voll ist deswegen so voll, weil es im einzelnen so kleine Beträge sind. Ich glaube nicht, daß einer von Ihnen unterstellt, daß besondere Notfälle, wie der Ankauf von Rollstühlen, der Ankauf von Krankenbetten, daß Kohlenaktionen, Krankenbesuche usw. nicht soziale Aktionen sind. Das hat auch der Rechnungshof bestätigt, daß das der Fall ist. Ich möchte sehr deutlich darauf hinweisen, daß die Subventionsempfänger ausschließlich bedürftige Menschen waren.

Eines darf ich auch noch sagen zur sogenannten Verfilzung. Alle Funktionäre der Volkshilfe waren bisher immer auch Funktionäre der sozialistischen Partei und die Beschlüsse sind nicht unter einem Glassturz gefaßt worden, auch jene, die die Volkshilfe betreffen. Sondern diese Beschlüsse sind gefaßt worden in den Bezirksausschußsitzungen, wo etwa 120 Menschen teilnehmen oder in Bezirkskonferenzen, wo 400 bis 500 Leute dort sind. Der Aufteilungsschlüssel ist sehr wohl auch in diesen Konferenzen sehr genau besprochen, behandelt und beschlossen worden und auch von der Landesvolkshilfe bestätigt worden.

Die sozialistische Arbeiterhilfe hat diese Aktionen gemacht. Der Schlüssel stimmt nicht ganz, den Kollege Vizebürgermeister Holub gesagt hat, bei der Haussammlung ist es so, daß 30 Prozent der Volkshilfe verblieben sind, 30 Prozent an die Landesvolkshilfe weitergeleitet wurden und 40 Prozent der sammelnden Organisation verbleiben. Auch das wurde immer wieder betont und das bestreiten wir nicht. Die sammelnden Organisationen waren die Kinderfreunde, die Pensionisten, die Frauen und natürlich alle Sektionen und Ortsorganisationen, einige hunderte solche Einrichtungen. Das Motiv, daß viele hunderte jährlich sammeln gegangen sind, war, daß Mittel bereitgestellt wurden auch für den internen Bereich, auch für den Sektionsbereich, für den einzelnen Pensionistenverbandsbereich, den Kinderfreundebereich für solche soziale Zwecke. Das ist doch ganz klar ist, wenn ich sage, ich sammle - das sind ja keine riesigen Beträge, die die einzelnen be-

kommen haben - vielleicht S 10.000,-- und S 4.000,-- bleiben für ein Jahr dieser Sektion. Diese Sektion hat in ihrem Bereich viele Fälle, die zu betreuen sind. Da sind Krankenbesuche zu machen. Ist das schlecht, wenn man hinausschaut und zu einem Menschen, der bedürftig ist geht? Das waren ja nicht nur Mitglieder. Diese Mittel sind ausschließlich für soziale Zwecke verwendet worden, aber das ist nicht Thema dieses Rechnungs-hofberichtes. Sondern dieser Bericht hat nur die Subventionsgewährung der öffentlichen Hand an die Volkshilfe beinhaltet. Das sind immerhin von 13 Jahren, darauf hat schon Kollege Leithenmayr hingewiesen - nicht weiß ich wie hohe Beträge. Ich möchte ausdrücklich darauf hinweisen, daß diese Spendengelder auch an Leute gegangen sind, die uns nicht nahegestanden sind. Daß uns aber in Steyr sehr viele nahe stehen, ist aufgrund der Bevölkerungsstruktur kein Wunder. Ist es vielleicht etwas Schlechtes, wenn ein Mensch, der sich zu einer Gemeinschaft bekennt erwartet, daß ihn diese Gemeinschaft unterstützt, wenn er in Not ist? Ist das so etwas Schlechtes? Viele sind dabei und erwarten sich das, die sind auch von der ÖVP, von der FPÖ und den Grünen bzw. den Kommunisten. Das ist doch klar, wenn jemand in einer Notsituation ist, daß er zu seinen Freunden geht, daß er zu der Gemeinschaft geht, zu der er sich bekennt, daß sie ihm hilft. Das ist doch eine logische Sache und ich wehre mich dagegen, daß man das nicht mehr tun darf. Da hört sich eine wesentliche, maßgebliche Aufgabe von Gemeinschaften auf. Das gilt für einen Sportverein genau so

wie für eine andere Organisation, z. B. den Siedlerverein, den Kriegsofferverband, den Zivilinvalidenverband oder ähnliches. Das ist doch logisch daß ich dorthin gehe, wo ich mich aufgehoben fühle. Das ist doch nichts Schlechtes und außerdem möchte ich sagen, es war zwar nicht der Regelfall, aber Karl, auch du hast mir einige Male Leute geschickt. Da hast du gesagt, ginge da nicht etwas aus der Volkshilfe? Es stimmt, das war nicht der Regelfall, aber es ist vorgekommen. Auch da haben wir nicht nein gesagt haben.

Ich möchte noch dazusagen, daß ich glaube, Deine Feststellung, daß die Steyrer SPÖ eine Umbenennung in eine sozialdemokratische Partei nicht verdient, ist schon eigenartig. Die sozialdemokratische Partei hat schon einmal so geheißen, in der Zwischenzeit hat sie sozialdemokratische Partei geheißen und es wird von der ÖVP fast ein akrobatischer Schwenk von der ökosozialen Marktwirtschaft zur christlich-sozialen Partei versucht zu machen. Ich darf sagen, diese Änderung muß Euch erst gelingen. Wir haben die Voraussetzungen für diese Namensänderung erfüllt.

Ich möchte auch noch sagen, daß mir die Dinge sicher nicht entgleiten. Ich glaube nicht, daß das der Fall ist und werde mich bemühen, meiner Aufgabe nach wie vor gemeinsam mit meinen Freunden nach-zukommen.

Zu Kollegen Oskar Holub darf ich sagen, daß es, glaube ich, nicht sehr aktuell ist, wenn man sagt, die Sommerpause ist nicht geeignet für Sitzungen. Ich glaube, daß gerade die vorliegende Aktualität dazu prädestiniert ist, eine Sitzung ein-

zuberufen. Ich möchte mich auch bei Ihnen bedanken, daß Sie Ihren Urlaub unterbrochen haben. Aber das ist auch die Aufgabe eines Gemeinderates, daß er in solchen Situationen auch anwesend ist.

Ich möchte auch sehr deutlich distanzieren von den Vorkommnissen bei der Bundesvolkshilfe. Das habe ich bereits mehrmals getan. Zu den Erhebungen, die derzeit angeblich seitens der Staatsanwaltschaft durchgeführt werden, kann ich nur sagen, daß ich darüber nur aus der Presse weiß. Die Staatsanwaltschaft hat mit mir noch nie seit dem vergangenen Jahr einen persönlichen mündlichen telefonischen oder schriftlichen Kontakt aufgenommen. Das möchte ich zu diesem Punkt auch noch anführen.

Kollege Holub, Sie haben mich schon mehrmals gefragt, wie lange ich denn noch bleibe. Das hängt von 3 Dingen ab. 1. So lange ich das Vertrauen habe von meinen Leuten, von unserer Gemeinschaft. 2. Vom Wahlergebnis und 3. hängt es von meinem Gesundheitszustand ab. Aber eine Erklärung kann ich Ihnen geben, aller Voraussicht nach werde ich 1997 nicht mehr kandidieren.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den Antrag, daß der Bericht des Rechnungshofes in der vorliegenden Form zur Kenntnis genommen wird.

Wer für die Annahme dieses Antrages ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung? Danke. Wer ist dagegen? Stimmenthaltung wird auch nicht geübt, der Antrag ist einstimmig angenommen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH
SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Im nächsten Antrag darf ich Sie bitten die Zustimmung zu erteilen zum Ankauf von 150 Stück Wahlzellen und die Vergabe dieses Auftrages für die Herstellung der Stimmzettel und Kundmachung für die Gemeinderatswahl am 6. 10. 1991.

Der Antrag lautet:

2) Wahl-2200/91

Ankauf von 150 Stück Wahlzellen sowie Vergabe des Auftrages für die Herstellung der Stimmzettel und Kundmachungen für die Gemeindertswahl am 6. Oktober 1991.

Der Gemeinderat wolle beschließen: Die Bürgermeisterverfügung vom 3. Juli 1991, womit wegen Dringlichkeit gem. § 46 Abs. 7 des Statutes für die Stadt Steyr nachstehendes angeordnet wurde, wird hiemit genehmigt:

"Aufgrund des Amtsberichtes des Statistischen Referates vom 2. 7. 1991 werden im Zusammenhang mit dem Ankauf von 150 Stück Wahlzellen und der Herstellung der amtlichen Stimmzettel, der Musterstimmzettel sowie der Kundmachungen über den Gemeindevorwahlvorschlag für die Gemeinderatswahl in Steyr nachstehende Aufträge vergeben:

1. Firma Metallbau Fratu für die Herstellung von 150 Wahlzellen zum Preis von

329.121,--

2. Firma Raumausstattung Otto Löger für die Herstellung von 150 Stück Sichtschutz für Wahlzellen zum Preis von

117.000,--

3. Vereinsdruckerei Steyr für die Herstellung der amtlichen Stimmzettel, der Musterstimmzettel sowie der Kundmachungen über den Gemeindevorwahlvorschlag für die Gemeinderatswahl in Steyr zum Preis von 41.124,--

Zum genannten Zweck wird eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 487.300,--

bei der VASSt. 1/0240/728000.1 bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Ich darf um Annahme dieses Antrages ersuchen.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLLUB:

Der Antrag steht zur Debatte. Wünscht jemand dazu zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Gibt es eine Gegenstimme gegen diesen Antrag? Ich sehe keine. Stimmenthaltung? Keine, somit einstimmig beschlossen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH
SCHWARZ:

Im nächsten Antrag darf ich Sie bitten, dem Abschluß eines Baurechtsvertrages mit dem Verein Forschungs- und Ausbildungszentrum die Zustimmung zu geben.

Ich glaube, es ist jedem Gemeinderat und jeder Fraktion der Inhalt des Amtsberichtes bekannt und ich darf mich daher auf die Verlesung des Antrages des Stadtsenates beschränken.

3) Bau2-6446/86

Verein FAZAT; Abschluß eines

Baurechtsvertrages mit der Stadt Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschließen: Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 29. Juli 1991 wird dem Abschluß des in der Anlage beigeschlossenen Baurechtsvertrages zwischen der Stadt Steyr einerseits und dem Verein Forschungs- und Ausbildungszentrum für Arbeit und Technik - FAZAT - andererseits vollinhaltlich zugestimmt. (BEILAGE)

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Der Antrag steht zur Diskussion, wünscht jemand eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gibt es eine Gegenstimme? Das ist auch nicht der Fall. Stimmenthaltung? Auch keine, somit ist der Antrag einstimmig beschlossen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wir kommen nun zum Ergänzungsantrag, hier darf ich berichten, daß wir für Angelegenheiten des zentralen Altersheimes einen gemeinderätlichen Ausschuß einrichten wollen. Dazu darf ich sagen, daß in unserem zentralen Altersheim viele ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger wohnen und im Gegensatz zur Unterbringung in einem Krankenhaus es einer spezifischen Betreuung und Pflege bedarf. Der Verbleib in diesem Heim soll nach Möglichkeit die Wohnsituation von zuhause simulieren, zumindest simulieren, und die Betreuung und Pflege dem jeweiligen Zustand der Bewohner angepaßt sein. Aufgrund dieser Umstände und der in den letzten Wochen bekanntgewordenen Unzukömmlichkeiten erscheint es

notwendig - ich glaube, in der Diskussion werden wir noch näher darauf eingehen - für die Angelegenheiten des Zentralaltersheimes der Stadt Steyr einen gemeinderätlichen Ausschuß gemäß § 36 Abs. 1 des Statutes für die Stadt Steyr einzurichten.

3a) Präs-925/91

Einrichtung eines Ausschusses für Angelegenheiten des Zentralaltersheimes

Dieser Ausschuß soll, so wie die anderen, gemäß § 36 eingerichteten Ausschüsse, aus 12 Mitgliedern bestehen, von denen 9 Mitglieder von der SPÖ, 3 Mitglieder von der ÖVP zu nominieren sind. Ebenso sollen als Mitglieder mit beratender Stimme die Vertreter der GAL, der KPÖ und FPÖ in diesen neu zu errichtenden Gemeinderatsausschuß einbezogen werden. Nach Rücksprache mit den politischen Fraktionen des Gemeinderates wurden von diesen folgende Personen für die Angelegenheiten des Zentralaltersheimes namhaft gemacht:

SPÖ: Vizebürgermeister Hermann Leithenmayr, Stadtrat Ingrid Ehrenhuber, Stadtrat Leopold Tatzreiter, Stadtrat Dkfm. Mag. Helmut Zagler, Gemeinderat Edith Radmoser, Gemeinderat Anna Jeloucan, Gemeinderat Franz Enöckl, Gemeinderat Johann Manetsgruber und Gemeinderat Josef Brandstötter.

ÖVP: Vizebürgermeister Karl Holub, Gemeinderat Wilhelm Spöck und Gemeinderat Christine Wieser.

Mitglieder mit beratender Stimme: Gemeinderat Oskar Holub, Gemeinderat Siegfried Vratny und Gemeinderat Roman Eichhübl.

Die Beschlußfassung für die Einrichtung eines derartigen gemeinderätlichen Ausschusses obliegt § 36/1 des Statutes für die

Stadt Steyr dem Gemeinderat.
Ich möchte abschließend zu meinem Bericht noch bekanntgeben, daß ich glaube, daß eine solche Einrichtung gerechtfertigt ist. Die Probleme werden in Zukunft aufgrund der sich ständig verändernden Altersstruktur sicherlich nicht geringer, sondern es bedarf einer ständigen Beaufsichtigung dieser Entwicklungen. Dazu ist es gerechtfertigt, daß sich ein eigener Ausschuß ausschließlich mit dieser Problematik beschäftigt.

Ich bitte um die Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wer wünscht das Wort? Kollege Vratny bitte.

GEMEINDERAT SIEGFRIED VRATNY:

Geschätzte Herren Bürgermeister, werte Damen und Herren des Gemeinderates!

Zu den Vorkommnissen im Zentralaltersheim möchte ich eindeutig feststellen, es wäre wirklich zu einfach, sich an den Bediensteten, an den Schwestern und am Verwalter abzuputzen. Das Problem der extremen Überbelastung des Altersheim-Personals muß von den Politikern der Stadt, vom gesamten Gemeinderat, gelöst und getragen werden. Ich begrüße daher die Installierung eines gemeinderätlichen Altersheim-Ausschusses, fordere gleichzeitig einen erhöhten Pflegeaufwand für unsere alten und kranken Mitbürger im Zentralaltersheim.

Außerdem verlange ich erneut, daß die Minderheitsfraktionen des Gemeinderates endlich ein Vertreterrecht im gemeinderätlichen Per-

sonalausschuß bekommen. Um die Finanzmittel für eine Personalaufstockung im Altersheim zu sichern, könnte ich mir vorstellen, daß die nebenberuflichen Stadtsenatsmitglieder, wie Bürgermeister Holub und die SPÖ- und ÖVP-Stadträte auf ihre zu hohen Bezüge verzichten und die Hälfte ihrer Politikerbezüge für die sofortige Erhöhung des Altersheimpersonals zur Verfügung stellen. Ich bin der Meinung, daß für eine nebenberufliche Tätigkeit als Vizebürgermeister oder Stadtrat ein Einkommen von 12.000,- bis 20.000 Schilling ausreichend ist.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Der nächste zu Wort gemeldet ist Kollege Eichhübl. In Vorbereitung Kollege Spöck.

Ich habe die Reihenfolge so gesehen und nachdem ich Vorsitzender bin, wird das so stattfinden. Ich bitte um Verzeihung.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Nun ist es soweit, daß man auch für die Angelegenheiten des Zentralaltersheimes einen eigenen Ausschuß einrichten muß, weil durch die Kritik des Rechnungshofes Mißstände im Altersheim öffentlich bekannt geworden sind und offensichtlich jetzt die Verantwortlichen zum Handeln gezwungen werden. Bezeichnend aber ist, daß die Kritik des Rechnungshofes zurückgehalten wurde gegenüber anderen politischen Parteien und Mandataren, aber auch dem dafür zuständigen Ausschuß bzw. dem

Gemeinderatsgremium. Außerdem – das möchte ich auch hier nicht verheimlichen – wundern sich sehr viele Steyrer Bürger darüber, daß die Kritik über Mängel im Altersheim, die schon lange hinter vorgehaltener Hand, aber auch von Angehörigen der betroffenen Heimbewohner geäußert wurden, erst jetzt an das Ohr der Verantwortlichen dringen. Probleme wie sich jetzt herausstellt, gibt es und gab es viele. Nicht nur im baulichen und technischen Bereich, sondern vor allem bei der Betreuung durch Personalmangel. Es erhebt sich schon die Frage, ob der richtige Weg, um zu einer Verbesserung der Betreuung zu kommen, der ist, daß man die Oberschwester der 1. Pflegeabteilung kündigte. Eine Oberschwester, die immer wieder auf die Personalprobleme hingewiesen hat, wie sie auch in einem Presseinterview bekanntgegeben hat.

Wenn man schon glaubt, einen Schuldigen in der Person der Oberschwester gefunden zu haben, die im übrigen die ihr angelasteten Vorwürfe bestreitet und den Magistrat klagt, wie man hört, stellen sich in diesem Zusammenhang für mich mehrere Fragen. Wo bleibt die Verantwortung des Verwaltungsleiters und der zuständigen Stadträtin? Warum wurde vom Verwaltungsleiter gegen diese Mißstände nichts unternommen? Waren ihm diese Mängel bekannt, hat er die politisch Verantwortlichen informiert? Diese Fragen, meine Damen und Herren des Gemeinderates, sind zu klären und daraus ebenfalls personelle Konsequenzen zu ziehen.

Eines, meine Damen und Herren des Gemeinderates, darf jedenfalls

sicher nicht passieren, daß dieser Skandal auf dem Rücken des Personals, das sich um unsere älteren Mitmenschen sehr bemüht, ausgetragen wird. Noch viel weniger aber auf dem Rücken der Heimbewohner. Wenn dies tatsächlich so sein sollte – ich sage jetzt tatsächlich – daß der Personal- und Finanzreferent Vizebürgermeister Leithenmayr meint, daß ein Personalzuwachs nicht im Interesse der Stadtfinanzen läge und er damit eine mangelhafte Pflege und Betreuung der Heimbewohner herbeiführt oder damit entschuldigen möchte, würde ich ihm dringend empfehlen, sich die Subventionsliste an SP-Vereine oder nahestehende Organisationen näher zu betrachten und anzusehen. Da gäbe es nämlich eine Reihe von Einsparungsmöglichkeiten, um nur einen Bereich anzusprechen.

Abschließend darf ich festhalten, daß ich mich dafür ausspreche, einen Ausschuß für Angelegenheiten des Zentralaltersheimes einzurichten. Ich verschweige aber nicht, daß ich enttäuscht darüber bin, daß es eines Ausschusses deshalb bedarf, weil die Verantwortlichen nicht in der Lage sind, unseren älteren Mitbürgern eine ihnen zustehende menschenwürdige Pflege und Betreuung zukommen zu lassen.

Ob man durch kleinere Abteilungen oder durch mehr und besser geschultes Personal zu einer notwendigen Verbesserung der Betreuung kommt, darf nicht zu lange überlegt werden. Die Einstellung eines eigenen Kostenrechners für das Zentralaltersheim halten wir für nicht richtig, weil dies mit neuerlichen finanziellen Belastungen verbunden wäre. Allerdings

muß rasch etwas geschehen, um die aufgezeigten Mängel zu beseitigen. Dafür gibt es ja zuständige bezahlte Verantwortliche. Denn es sollen - da werden wir uns sicherlich alle einig sein - die älteren Mitbürger unter bestmöglichen Bedingungen ihren Lebensabend im Heim, soferne das nicht im Familienverband möglich ist, verbringen können.

Wir alle, ganz gleich welcher politischen Anschauung, sind es unseren alten und älteren Mitmenschen schuldig, daß sie nicht zum ungeliebten Anhängsel unserer Wohlstandsgesellschaft werden.

Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Kollege Spöck bitte.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:
Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Skandalöse Zustände im Steyrer Altersheim, wie man in der Presse gelesen hat und wie wir heute schon von meinem Vorredner, von Kollegen Eichhübl, gehört haben. Wie Kollege Vizebürgermeister Holub zum Teil schon bereits am 11. Dezember 1986 in der Budgetsitzung aufgezeigt hat, z. B. das Wecken um 3.30 Uhr und der Baderhythmus von teilweise 4 - 6 Wochen.

Skandalöse und erschütternde Zustände, wie in der Nacht waren bei einem Stand von mehr als 100 Patienten nur 1 Diplomschester und 1 Stationsgehilfin im Dienst. Darüber hinaus die unordentliche Führung des Suchtgiftbuches und Schlampereien bei der Material- und Geräteverwaltung. Die Art der

Warenausschreibung, fehlende Betriebskostenabrechnung, große Mängel bei verwaltungsorganisatorischen Abläufen und und und. Ich und wir alle müssen uns hier in der Gemeinde fragen - teilweise hat diese Problematik auch schon Kollege Eichhübl richtig aufgezeigt - was hat die seit Jahren laut Gehäftseinteilung zuständige Stadträtin für das Zentralaltersheim gemacht? Sie war ja, wie wir heute schon gehört haben, sehr oft im Zentralaltersheim anwesend. Ich kann mir einfach nicht vorstellen, daß ihr diese erschütternden Zustände nicht aufgefallen sind. Entweder sie wußte davon und hat nichts unternommen, oder sie hat sich halt zu wenig mit ihren Aufgaben als zuständige Stadträtin befaßt.

In beiden Fällen würde ich an die politische und moralische Verantwortung appellieren. Ich frage mich, wir müssen uns fragen, es gibt eine Magistratsabteilung V mit einem sogar stellvertretenden Magistratsdirektor und Wohlfahrtsdirektor, einen Obersenatsrat bzw. da dieser seit längerem krank ist, einen Stellvertreter. Ich frage nach der Dienstaufsicht. Wußte er von diesen jahrelangen Mißständen? Warum hat er nicht gehandelt, warum haben sie alle nicht gehandelt, müßte man richtigerweise sagen, denn in den letzten Monaten hat es ja seinen Stellvertreter betroffen. Auch hier, werte Kolleginnen und Kollegen müßte es Konsequenzen geben. Oder noch krasser, ich frage mich und wir müssen uns fragen, worin bestand die Arbeit der Verwaltung des Altersheimes, an der Spitze sogar mit einem Regierungsrat, Oberamtsrat? Daß der Verwalter von all diesen

aufgezeigten skandalösen Mißständen nichts gewußt hat, das glaube ich nicht, das kann es einfach nicht geben. Warum hat er sie nicht schon beseitigt, zumindest aber lautstark aufgezeigt?

Werte Kolleginnen und Kollegen, auch der Personalreferent in Person des Geschäftsführenden Vizebürgermeisters Hermann Leithenmayr, trägt hier zumindest eine politische Verantwortung im Bezug auf Personal. Ich erinnere nur an das Stichwort Teilzeitbeschäftigung und Zivildienstler. Das wurde des öfteren hier in der Gemeindestube schon gesagt. Diesem Problemkreis ist nicht nähergetreten worden.

Werte Kolleginnen und Kollegen, abschließend als Obmann des Prüfungsausschusses - Kollege Eichhübl hat das ebenso bereits betont - möchte ich noch sagen, Teile dieser Mißstände hat das Kontrollamt in einem Prüfbericht vom 17. Juli 1991 aufgezeigt. Die Presse und die Herren Stadtsenatsmitglieder der sozialdemokratischen Fraktion kennen diesen Bericht, haben ihn teilweise sogar in Händen, nur Teile der Prüfungsausschußmitglieder und deren Obmann haben ihn bis jetzt noch nicht gesehen. Mit der Begründung der Turnus-Ausschußsitzungen, die aber sicher für normale Prüfungsfälle reicht, nicht aber bei solchen Tragödien, die Menschen betreffen. Wir werden diesen Bericht zumindest bei der nächsten Prüfungsausschußsitzung sehen und auch behandeln.

Werte Kolleginnen und Kollegen, all diese aufgezeigten Mißstände, vor allem deren Beseitigung,- die moralische und politische Verantwortung muß jeder Betroffene mit sich selber ausmachen - zeigen die

Wichtigkeit der Errichtung eines Ausschusses für die Angelegenheiten des ZAH, den wir heute beschließen. Man kann nur hoffen, daß dieser Ausschuß auch tatsächlich vor den Wahlen noch tätig wird.

Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Kollege Oskar Holub ist der Nächste, bitte.

GEMEINDERAT OSKAR HOLUB:

Ich finde es positiv, daß es zur Errichtung dieses Ausschusses kommt, auch wenn das nicht unbedingt notwendig gewesen wäre, weil ich doch denke, daß im Wohlfahrtsausschuß genügend Platz gewesen wäre, um diese Thematik zu behandeln.

Im Wohlfahrtsausschuß geht es immer um die Küche und irgendwelche Warmhaltebehälter, aber so fundiert wird nie über die Probleme des Altersheimes in Steyr gesprochen. Das ist überhaupt noch nie vorgekommen. Ich habe mir jetzt sagen lassen müssen von Vizebürgermeister Leithenmayr bei der letzten Fraktionsobmannbesprechung, daß es seit dem letzten Jahr, seit dem Bericht des Rechnungshofes, ungefähr über 10 - ich habe gehört, es waren 15 - interfraktionelle Sitzungen innerhalb der SP gegeben hat. Mich verwundert schon sehr, daß der Ausschuß, also der Wohlfahrtsausschuß, der doch zuständig wäre auch für das Altersheim, das nie behandelt hat und das dort nie besprochen worden ist.

Da ist es wieder wie bei der Volkshilfe, das ist einfach parteiintern behandelt worden. Andere

Mitglieder des Gemeinderates waren nicht einmal informiert. Das ist für mich schon der größere Skandal bei der Geschichte. Das andere ist das Menschliche. Allerdings möchte ich einräumen, daß sicherlich diese vielzitierte Geschichte mit den 6 Wochen nicht gebadet, daß ich weiß von Praktikantinnen, die im Altersheim arbeiten, daß es oft sehr schwierig ist, alte Leute zu überreden, sich baden zu lassen. Ich glaube, daß das nicht unbedingt ein Vergehen oder Übersehen der Angestellten oder Stationschwestern etc. ist, sondern daß sicherlich auch anderes mitspielt.

Was wesentlich ist, ist, daß das Personal im Altersheim – das weiß jeder im Gemeinderat, der sich damit beschäftigt hat – seit Jahren überfordert ist, daß viel zu wenig Fachpersonal vorhanden ist. Seitens der GAL habe ich schon von dieser Stelle aus gesagt, daß es dringend notwendig ist, daß Physiotherapeutinnen oder -therapeuten, Ergotherapeuten, Sozialarbeiter- oder -arbeiterinnen eingestellt werden und daß eine zweite psychosoziale Achse entwickelt wird als Nebenstruktur neben der hierarchischen Schwesternstruktur. Es war ganz klar, weil Sie, Herr Bürgermeister, einmal gesagt haben, wir haben ohnehin schon alles probiert, weil wir einmal eine Sozialarbeiterin eingestellt haben. Es war ganz klar, daß eine Sozialarbeiterin, die frisch von der Schule kommt und man diese der Hick-Hack-Ordnung der Schwesternschaft entgegenstellt, daß die zum Scheitern verurteilt ist und letztendlich gekündigt hat. Es wäre dringendst notwendig und es wäre heute besser als morgen, daß seitens des Personalreferates im

Zusammenhang mit den fachkompetenten Personen ein Konzept erarbeitet wird, zumindest für die Übergangszeit, wie das passieren kann und wie eine optimale Pflege im Altersheim gewährleistet wird.

Zum Argument, es gäbe kein Personal. Ich glaube, daß es wirklich schwierig ist, daß man einen Physiotherapeuten und Fachpersonal in der momentanen Situation dazu motivieren kann, ins Altersheim zu gehen. Das ist mir klar, denn das Altersheim hat einen sehr schlechten Ruf, hat ihn immer gehabt. Durch die Geschichten der letzten Zeit ist das Image vom Altersheim noch schlechter geworden. Das andere Argument stimmt und ist auch klar, daß halt es für Schwestern weniger schön ist oder weniger erstrebenswert ist, in einem Heim zu arbeiten, wo man eben weiß, daß alte Leute sterben, als in einem Krankenhaus, wo man das Erfolgserlebnis der Gesundung miterleben darf.

Generell möchte ich sagen, ich glaube, daß beim Altersheim schon sehr lange verabsäumt worden ist, die Strukturen zu verändern, vor allem dieser Vereinsamung im Altersheim entgegenzutreten. Ich glaube nicht, daß es damit getan ist, daß manchesmal Besuche durch Politiker im Altersheim erfolgen, wo gratuliert wird, wo dann gedankt wird. Es muß dabei auch jedem klar sein, daß die Leute, die im Altersheim ihren Platz haben, auch abhängig sind von den Politikern. Aus diesem Grund wird es ihnen schon sehr schwer fallen, persönlich Kritik zu äußern. Das ist auch klar, ich glaube aber, daß das notwendig gewesen wäre und einsehbar gewesen sein müßte erstens einmal durch den Verwalter

des Altersheimes, der merkwürdigerweise, obwohl die ganzen Kritikpunkte vom Rechnungshof schon längst bekannt waren, vor kurzer Zeit erst zum Regierungsrat ernannt worden ist. Das ist schon etwas leichtfertig und das ist noch ein geringer Ausdruck dafür. Ich glaube, ich bin nicht unbedingt ein Freund von ständigen Rücktrittsaufforderungen, aber in diesem Bereich ist es wirklich notwendig und ganz klar, denn es bleibt einem Oppositionspolitiker nichts anderes übrig, als daß man im Bereich Altersheim Konsequenzen persönlicher Art stellt und verlangt. Das betrifft erstens einmal den Verwalter des Altersheimes. Er ist anscheinend seiner Dienstaufsichtspflicht nicht nachgekommen oder war dazu nicht in der Lage. Das würde bedingen, nachdem es ein pragmatisierter Beamter ist, daß er seitens des Magistrates versetzt wird, z. B. in das Archiv oder woanders hin. Auf jeden Fall glaube ich nicht, daß er in der Lage war und ist, das Altersheim in der Form zu leiten, daß eine optimale Behandlung der Altersheimbewohner gewährleistet ist.

Zweitens, es war mir immer im Gemeinderat schon sehr unklar, wer eigentlich für das Altersheim zuständig ist, politisch. Ist das der Herr Stadtrat Sablik, ist das die Frau Stadtrat Ehrenhuber. Es hat immer eine große Vermischung gegeben. Mir ist natürlich bewußt, daß die Frau Stadtrat Ehrenhuber politisch zuständig ist. Ich denke mir, so leid es mir tut und ich mag die Frau Stadtrat nicht persönlich verletzen, das möchte ich auch sagen, aber ich finde in diesem Bereich, daß Sie Ihrer Verantwortung nicht nachgekommen sind. Ich fordere Sie daher

zum Rücktritt auf.

Ich glaube, daß Sie sich viel zu sehr um die Küche gekümmert haben, um diverse Details, wo auch massiv kritisiert wird im Rechnungshofbericht, daß die Kosten explodiert sind und daß bauliche Maßnahmen seit Jahren nicht durchgeführt wurden, die notwendig gewesen wären.

Ich kann es mir einfach nicht ersparen, das ist wirklich so etwas Konkretes, wo ich mir denke, da muß ein Politiker einfach auch Verantwortung übernehmen.

Das zum Altersheim.

An sich wünsche ich mir, daß in Zukunft die mobile Altenbetreuung weiter ausgebaut wird. Ich glaube, da hat die Stadt etwas Gutes begonnen, aber ich glaube, daß das verstärkt forciert gehört und das Zweite, was auch der Rechnungshof fordert, ist mehr oder minder das, was ich schon gesagt habe, daß es dringendst notwendig ist, daß dezentrale Altenhäuser in den einzelnen Stadtteilen es geben soll. Das steht mehr oder minder wortwörtlich drinnen. Da muß sich einfach etwas tun. Ich glaube nicht, daß dem Problem damit zu begegnen ist, daß man nur einen Ausschuß bildet und dann wird groß darüber diskutiert, sondern daß es notwendig ist, wesentliche Veränderungen ursächlicher Art herbeizuführen.

Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr.

Nächste ist Frau Kollegin Stadtrat Ehrenhuber.

STADTRAT INGRID EHRENHUBER:
Sehr geehrte Herren Bürgermeister,

meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Erlauben Sie mir, daß ich zu den in letzter Zeit kritisierten Zuständen im Altersheim Stellung nehme. Vorerst wurde bereits angesprochen die Kostenüberschreitung beim Küchenneubau. Dazu möchte ich feststellen, daß grundsätzlich die Budgeterstellung im Sommer erfolgt und es wurde damals davon ausgegangen von einer Sanierung unserer Küche im Ausmaß von 300 m². Ohne entsprechende Angebote ist es natürlich schwierig, entsprechende Kosten zu erfassen und es ist sehr oft auch aus Zeitgründen eine Detailplanung nicht möglich. So war es auch in unserem Fall. Die genaue Planung wurde erst im Herbst begonnen bzw. wurde erst im Herbst ein Projektant mit der Planung beauftragt. Hier kamen sehr viele Aspekte dazu, die vorher nicht abzusehen waren. Es kann schließlich nicht mehr von einer Sanierung unserer Küche gesprochen werden, sondern es war letztendlich eine komplette Erneuerung unserer Küche im Zentralaltersheim. Es wurde die Nutzfläche von 300 m² auf 590 m² erweitert. Daraus alleine ergaben sich Mehrkosten in Höhe von von 2,475.000 Schilling. Im Keller wurden 3 neue Regallagerräume mit Be- und Entlüftung adaptiert, ein Regenauffangbecken zur Kanalentlastung wurde errichtet, was ebenfalls Kosten von 200.000 Schilling verursachte. Es wurde die Neugestaltung der Außenanlage durch eine neue Verladerampe mit hydraulischem Hubttisch erweitert. Gleichzeitig wurde mit dem Umbau auch ein Fensteraustausch im gesamten Bereich der Küche vorgenommen, die Stahl- und Holzfenster wurden

durch Kunststoff-Fenster ersetzt. Es mußte die Brandmeldeanlage ausgeweitet werden, es wurde ein Lift in den Keller bzw. die Krankenstation eingebaut, der alleine Kosten in Höhe von S 900.000,-- verursachte. Wir hatten bisher nur einen Lift zur Verfügung, mit dem sowohl die Essenslieferung als auch das Personal bedient wurde. Weiters war es notwendig, Warmhaltecontainer anzuschaffen, denn Sie wissen alle, daß während des Umbaus unsere Küche von der Kantine des Hauptwerkes mit Essen versorgt wurde. Es mußten entsprechende Warmhaltecontainer angekauft werden. Dieser Ankauf wurde vorgezogen insofern, daß diese Behälter jetzt verwendet werden für die Versorgung unserer Bediensteten im Magistrat bzw. für unsere Kindergärten, nachdem die bisher in Verwendung gestandenen Behälter ohnehin schon zum Auswechseln waren.

Es mußten sämtliche Leitungen ausgewechselt werden und ich darf darauf hinweisen, daß vor allem der Altbau, wo sich unsere Küche befindet, vor der Jahrhundertwende errichtet wurde und sich katastrophale Zustände in dieser Hinsicht ergeben haben. Die Leitungen, die verlegt waren, mußten einfach ausgewechselt werden. Es wurden auch im Zuge des Umbaus die Räumlichkeiten für die Heim- und Hauskrankenpflege errichtet, wofür ebenfalls Mittel in Höhe von S 300.000,-- aufgewendet werden mußten. Schließlich und endlich haben wir einen ganz besonderen Punkt der Hygiene zugeschrieben und Hygiene kostet ebenfalls ihren Preis. Dies zur Kritik der Kostenüberschreitung in der Küche. Sie sehen, wieviele Aspekte dazu-

gekommen sind, die bei der vorher vorgesehenen Sanierung nicht zu erfassen und auch nicht absehbar waren.

Zur Kritik bezüglich des frühen Waschens möchte ich feststellen, daß wir seit mehr als zwei Jahren einen ganz genauen Arbeitsablauf aufliegen haben, der vorsieht, daß mit dem Waschen um 6.30 Uhr begonnen wird. Der Nachdienst endet um 7 Uhr, um 6.30 Uhr kommt das Personal und erst ab diesem Zeitpunkt werden unsere Heimbewohner gewaschen. Herr Dr. Nones hat immer wieder auf die Einhaltung dieser Weisung hingewiesen und ich muß sagen, mir ist bisher wirklich nichts bekannt geworden, daß das nicht eingehalten wird. Es stimmt, daß früher sehr früh mit dem Waschen begonnen worden, aber seit 2 Jahren ganz sicher nicht mehr. Damit möchte ich diesen Punkt abschließen.

Die langen Badeintervalle wurden sofort nach Bekanntwerden abgestellt, ich habe mich sofort persönlich eingeschaltet, habe Gespräche mit den Stationsschwestern geführt, es wurde das Kontrollamt eingeschaltet und hier wurden diese Aufzeichnungen, die Ihnen aus der Presse bekannt sind, geführt. Wir haben reagiert, es waren Gespräche mit dem Personal und ich darf darauf hinweisen, daß diese Badeintervalle sicherlich nicht auf Personalmangel zurückzuführen sind, denn in der 2. Abteilung ist praktisch das Baden im großen und ganzen in Ordnung. Sicherlich ist der Begutachtungszeitraum jetzt in den Sommermonaten etwas anders, da es ja in dieser Zeit Personalschwierigkeiten durch Urlaube usw. gibt. Ich darf sagen, daß wir in der vergangenen Woche ein entspre-

chendes Gespräch mit den Stationsschwestern geführt haben und Einvernehmen darüber besteht, möglichst wöchentliche Badeturnusse zu erreichen. Als Toleranzgrenze wären 10 Tage zu nennen und es muß außerdem wöchentlich ein entsprechender Bericht von jeder Abteilung gegeben werden, wieviel Prozent und wieviele Bewohner in der Vorwoche gebadet wurden. Einen Personalbedarf können wir in der Heimabteilung feststellen. Ich glaube, Sie erinnern sich, daß ich schon sehr oft immer wieder darauf hingewiesen habe, daß wir auch in unserer Heimabteilung sehr viele Bewohner haben, die aufgrund ihres Gesundheitszustandes in die Pflegeabteilung verlegt werden müßten. Aufgrund der langen Warteiste, wir haben in den letzten Wochen ca. 40 dringende Fälle vorgemerkt, war eben oft eine Verlegung der Bewohner der Heimabteilung in die Pflegeabteilung nicht möglich.

Hier wollen wir insofern Abhilfe schaffen, daß wir 2 Badeschwestern, 2 teilzeitbeschäftigte, zusätzlich aufnehmen, um auch hier in der Heimabteilung entsprechend den Baderhythmus einhalten zu können. Nochmals möchte ich wirklich feststellen, daß wir in letzter Zeit, wenn uns Klagen zu Ohren gekommen sind, in erster Linie geklagt wurde über das Essen und ich kann hier auch nicht verschweigen, daß es sicherlich im Rahmen des Küchenumbaus, im Rahmen der Umstellung zu verschiedenen Schwierigkeiten gekommen ist. Einerseits waren verschiedene Geräte in der Küche noch nicht vorhanden aufgrund von Lieferschwierigkeiten, die es leider überall gibt, andererseits muß man sich auf neue

Geräte entsprechend einarbeiten. Nach Rücksprache mit unserem Küchenchef sind derzeit alle Geräte vorhanden, alle Geräte funktionieren und alle Geräte werden auch verwendet.

Eine Verbesserung hinsichtlich des Essens konnten wir außerdem erreichen durch die Einstellung einer Diätassistentin im April dieses Jahres und damit ist vor allem am Sektor der Diätverpflegung eine sehr große Verbesserung erreicht worden, es ist das Angebot an Diätessen ein entsprechend reichlicheres.

Bezüglich der aufgezeigten Baumängel, wie es immer heißt, möchte ich sagen, es geht hier in erster Linie um die Brandschutzanlage, die uns vorgeschrieben wurde. Zwei Brandschutztüren wurden bereits im Altbau installiert. Es ist alles ausgeschrieben, mit dem Beginn der Arbeiten wird im Herbst begonnen. Ich darf aber auch hier darauf hinweisen, daß alleine die Rauchabschlußtüren und die Abzugsöffnungen Kosten in Höhe von 950.000 Schilling verursachen werden.

Bezüglich des Notstromaggregates ist ebenfalls bereits ein Projektant damit beauftragt, das Vorprojekt läuft und die Kosten für das Notstromaggregat einschließlich der notwendigen Elektroinstallation werden sich ebenfalls auf 2,3 Millionen beziffern. Wir haben festgelegt in mehreren Gesprächen, daß das Notstromaggregat ausreichen sollte, erstens die Fluchtwegorientierung sicherzustellen. Es muß gewährleistet sein, daß im Brandfall auch ein Lift benützbar ist und eben die medizinischen Geräte, die wir jetzt sehr oft im Einsatz haben - Sie

wissen, wir haben sehr oft Patienten mit Sondenernährung in unserem Haus - und diese Geräte müssen vom Notstromaggregat abgedeckt werden können. Wie gesagt, wir haben für das Notstromaggregat entsprechende Mittel im Budget vorgesehen, die heuter noch ganz sicher in Anspruch genommen werden.

Bezüglich des Personals darf ich noch darauf hinweisen, daß wir seit November des vergangenen Jahres für das Personal sogenannte In-Trainingskurse veranstalten, um das Personal auf die neuen Situationen, auf die Bedürfnisse unserer alten Menschen hin entsprechend zu schulen.

14 derartige Veranstaltungen wurden bereits durchgeführt, wobei jeweils etwa 10 bis 15 Schwestern daran teilnehmen. Wir wollen diese Kurse weiter ausbauen und wollen auch einen Kurs hinsichtlich Supervision anbieten. Frau Dr. Scholte seitens des Landes, das kann ich auch berichten, hat bezüglich unseres Altersheimes einen entsprechenden Bericht verfaßt und sie stellt unserem Heim und auch dem Pflegepersonal ein sehr gutes Zeugnis aus.

Zum Nachtdienst darf ich erwähnen, sicher haben wir für den Nachtdienst in der Abteilung für 100 bzw. 90 Personen eine Diplomschwester und eine Stationsgehilfin im Nachtdienst eingeteilt. Ich möchte später noch darauf zurückkommen auf die Aussage des Beratungsteams, welches vergangene Woche unser Haus besichtigt hat. Bezüglich der Medikamentenverteilung, die auch immer wieder angesprochen wurde, darf ich sagen, daß das nicht stimmt, daß die Heimbewohner die Medi-

kamente erhalten und nicht wüßten, wann sie einzunehmen wären. Ich habe vergangene Woche noch einmal in allen Abteilungen mich vergewissert und wurde von den Diplomschwestern dahingehend bestätigt, daß die Medikamente am Morgen vor dem Frühstück, mittags und vor dem Abendessen um ca. 16.15 Uhr und falls Medikamente noch für die Nacht notwendig sind, diese von der Diplomschwester um etwa 19 Uhr zur Verteilung gelangen.

Abschließend darf ich feststellen, daß die langen Badeintervalle keineswegs zu akzeptieren sind, wenngleich unsere Bewohner mindestens zweimal täglich gründlich gewaschen werden. Hätte es tatsächlich so arge Mißstände gegeben, wäre dies sicherlich auch der Steyrer Ärzteschaft aufgefallen. Es besuchen doch immerhin etwa 20 Ärzte regelmäßig ihre Patienten in unserem Heim. Hätte es derartige grobe Mißstände gegeben, wäre das sicherlich auch unserer Ärzteschaft aufgefallen. Dennoch, wir haben auf alle berechtigten Vorwürfe sofort reagiert bzw. sind einige Vorwürfe, wie Sie meinem Bericht entnehmen konnten, überhaupt erledigt worden bzw. es laufen die entsprechenden Gespräche, um eine Lösung bzw. Behebung der noch bestehenden Mängel zu erreichen. Ich darf aber auch hier noch etwas erwähnen. Über Einladung und Aufforderung des Magistrates Steyr hat am vergangenen Donnerstag das öö. Alten- und Sachverständigen-Beratungsteam unser Altersheim besucht. Es war also nicht so, wie in den Zeitungen zu lesen war, daß sich ein Untersuchungsausschuß des Landes mit unseren Mißständen

beschäftigt. Dieses Beratungsteam wurde von uns eingeladen, schon lange bevor diese Vorkommnisse bekannt waren. Nur war vorerst vorgesehen, aufgrund von Terminschwierigkeiten, daß dieses Team erst im Herbst zu uns ins Haus kommt. Aufgrund der Vorfälle wurde gebeten, sie möchten sich gleich mit unserer Situation auseinandersetzen. Es waren zwei Landesbeamte, eine Soziologin, eine Sozialarbeiterin und eine Amtsärztin bei uns im Haus. Es wurde hier festgestellt, der schriftliche Bericht liegt bei meinen Unterlagen auf, daß alle Bewohner ordentlich und fachgerecht gepflegt sind und daß unser Heim über einen sehr hohen Stand an Diplomschwestern und sozialem Hilfsdienst verfügt und im Vergleich um öö. Durchschnitt über einen sehr hohen Personalstand verfügt. Wir haben keine personalintensiver zu pflegenden Bewohner als in anderen Heimen, sodaß der Bereich der körperlichen Pflege, wozu auch das regelmäßige Baden gehört, leicht abgedeckt und auch noch Personalkapazität zur intellektuell-geistigen und psychosozialen Betreuung vorhanden sein müßte. Das Gespräch ergab aber auch, daß infolge des enormen Nachfragedruckes nach Pflegeplätzen und der relativ raschen Entlassung aus den Spitälern große Anforderungen an unser Heim gestellt werden, die sich alleine aus der jährlichen Sterberate dokumentieren.

Im Zusammenhang mit der bekannten Bevölkerungs- und Altersstruktur hält auch das Beratungsteam die von der Stadt Steyr seit langem geforderte Errichtung einer geriatrischen Abteilung am Landeskrankenhaus Steyr für besonders dringend. Im öö.

Krankenanstaltenplan 1990 ist diese Geriatrie am Landeskrankenhaus Steyr bis zum Jahre 2000 mit 25 Betten vorgesehen. Landesrat Klausberger hat daher aufgrund der aufgezeigten Probleme dies sofort zum Anlaß genommen, um bei der OÖ. Landesregierung zu ersuchen, die im Landeskrankenanstaltenplan vorgesehen Errichtung einer Geriatrie in Steyr so rasch wie möglich zu realisieren.

Einzigster Kritikpunkt, wenn ich das nennen darf, im ganzen Bericht dieses Beratungsteams war, daß unser Haus zu groß ist. Ich glaube das wissen wir und das hat sich aufgrund der Entwicklung einfach so ergeben. Wir wissen alle, daß es günstiger wäre, kleinere, überschaubarere Einheiten zu haben.

Ein weiterer Punkt ist, daß wir unser Heim spitalmäßig führen. Diese beiden Punkte wurden von dem Beratungsteam als verbesserungswürdig ausgesprochen und angesprochen.

Es wurde aber auch darauf hingewiesen, daß sich vor allem bezüglich des Nachtdienstes sehr viele Heime dies zum Vorbild nehmen könnten, daß wir eine Diplomschwester und eine Stationsgehilfin im Nachtdienst eingeteilt haben. Es wurde auch bestätigt, daß die Medikamentenverteilung ordnungsgemäß erfolgt.

Bezüglich der Badeintervalle wurde ebenfalls festgestellt in diesem Bericht, daß inzwischen diese langen Badeintervalle abgestellt sind. Es liegt mir auch - ich habe heute den neuen Bericht des Kontrollamtes bekommen, aus dem ebenfalls eine vermehrte Badetätigkeit bestätigt wird. Auch bezüglich der Medikamentenver-

teilung, der Verabreichung von Insulinspritzen sind keinerlei Beanstandungen von diesem Beratungsteam gemacht worden. Sie sehen also, daß wir wirklich den Vorwürfen und der geäußerten Kritik sofort nachgegangen sind, daß wir uns bemühen, entsprechende Verbesserungen zu erreichen. Sicherlich, es ist immer verschiedenes verbesserungswürdig. Wir werden uns bemühen, aber ich kann noch einmal sagen, sofern mir eine Kritik zu Ohren gekommen ist, bin ich immer sofort dieser Sache nachgegangen und habe versucht, hier entsprechend das abzustellen.

Danke schön.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Kollege Vizebürgermeister Holub.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Einige Dinge sollten wir schon noch ansprechen. Daß ich geraume Zeit versuche, die Pflegeumstände im Altersheim hier im Plenum zur Diskussion zu bringen, daran werden sich die meisten erinnern, mittlerweile auch Du, weil Du es gelesen hast.

Die Dinge haben sich im Grunde genommen nicht verändert. 1986 habe ich die Dinge, die jetzt über die Zeitungen zu lesen waren, daß das Vorwürfe der Personalvertretung bzw. des Kontrollamtes an einer Pflegegruppe im Haus waren, in der Budgetsitzung angezogen. 1987 habe ich über weiteres gesprochen. Ständig habe wir auch nach

der Supervision gerufen, weil wir glauben, daß das Pflegepersonal im zentralen Altersheim vor der wirklich schwierigen Betreuungsaufgabe dort in höchstem Ausmaß unterstützungsbedürftig ist.

Die Meinung von meinem Cousin Oskar Holub, der gemeint hat, daß das Pflegepersonal an sich im Altersheim vor einer sehr negativ beeindruckenden Situation steht, weil der positive Ausgang der Pflegebehandlung halt sehr sehr selten ist, ist absolut richtig. Dennoch sagen viele im Pflegeberuf erstaunlicherweise, wenn die Rahmenbedingungen im Heim und im Heimdienst geändert würden, so würden sie den Dienst im Heim als einen herausragenden ansehen, weil er der menschlichste von allen Pflegediensten sein könnte. Das ist keine Erfindung, die ich mir aus den Fingern sauge, sondern das ist tatsächlich Feststellung vom Krankenpflegepersonal. Wenn wir jetzt vor der Tatsache stehen, daß wir trotz finanzieller Zulagen gegenüber dem allgemeinen Pflegedienst noch immer nicht über den Zustrom verfügen, den wir gerne hätten für diplomiertes Pflegepersonal, so wird es höchste Zeit sein, auch darüber nachzudenken, welche sonstigen Bedingungen hier einem Engagement im Altersheim im Wege stehen.

Es wird sicherlich nicht in der Küche liegen, es wird sicherlich nicht in einer Personalvertretung liegen. Übrigens Personalvertretung, ich möchte wirklich wissen, was Euch veranlaßt, diesen Brief der Personalvertretung verdeckt zu halten. Alle Zeitungen schreiben, die Personalvertretung hat verursacht und das Kontrollamt hat verursacht, daß

ein klärendes Gespräch mit einer Krankenschwester stattgefunden hat. Man hat sogar sehr drastische Personalmaßnahmen getroffen, indem man die Frau von heute auf morgen auf die Straße gesetzt hat, im Einvernehmen, sie hat das unterschrieben. Niemand außer dem engen Kreis der sozialistischen Fraktion hier weiß, worum es überhaupt gegangen ist. Niemand weiß, worüber dieser sozialistische Geheimarbeitskreis überhaupt sich Gedanken macht. Heute vormittag habe ich durch einen Journalisten, der nicht aus Steyr ist, der auch nicht für eine Steyrer Zeitung schreibt, einen Teil des Kontrollamtsberichtes bekommen und habe dem Bürgermeister gezeigt, wie der aussieht. Nicht unseres Steyrer Kontrollamtsberichtes, sondern des Rechnungshofberichtes über die Einschau beim zentralen Altersheim. In vielen Teilbemerkungen, die man als aufmerksamer Zuhörer hier im Rathaus hört, kommt immer wieder der Hinweis, ja der Rechnungshof verlangt das, wenn man irgend etwas gesagt hat. Der Rechnungshof verlangt das offensichtlich schon seit einem Jahr und nicht ein einziges nicht-sozialistisches Gremium in diesem Gemeinderat hat jemals die Chance bekommen, sich damit auseinanderzusetzen.

Der Gesundheitsreferent der Stadt Steyr ist nach dem Jahr 1987 darauf aufmerksam gemacht worden, daß er zwar Gesundheitsreferent ist, daß aber seine Einmischungen und sein Interessieren für das zentrale Altersheim ungebührlich wären, weil er damit seine Ressortkompetenz überschreitet. Man hat Leute in dem dann doch kompetenten

Beamtenkreis darauf aufmerksam gemacht, daß sie mit mir diese Problematik nicht besprechen müßten.

Auf der anderen Seite muß ich mir den Vorwurf machen lassen, daß ich als Gesundheitsreferent hier untätig gewesen wäre. Ich finde dieses Zusammentreffen von Zufällen, wenn man es so nennen will, nicht ganz fair und nicht ganz richtig. Die Dinge, die wir hier immer angezogen haben, einfach als Anwürfe auf aufmerksames Personal und auf politische Mehrheiten darzustellen, das finde ich wirklich nicht ganz korrekt, so wie mir das widerfahren ist. Und dann gebraucht Dich die Personalvertretung als Ausweg, damit Ihr Dinge in die Wege setzen könnt. Die Vorgangsweise ist mir nicht klar. Das ist mir wirklich nicht klar. Es ist mir nicht klar, warum man über die finanziellen Gegebenheiten im zentralen Altersheim, die angezogen wurden durch den Rechnungshof, wie ich seit heute weiß, hier interne Beratungen trifft, ohne die Organe, die die Verantwortung dann tatsächlich tragen, nämlich sowohl der Wohlfahrtsausschuß als auch das kollegiale Gremium Gemeinderat, damit nur im geringsten zu befassen. Das ist es nämlich, was ich Euch vorwerfe. Ihr bildet Euch allen Ernstes ein, nur Ihr seid die Stadt, nur Ihr entscheidet, was geschieht, nur Ihr verändert, nur Ihr denkt, nur Ihr erreicht etwas. Was Ihr erreicht, das seht Ihr - Schlagzeilen erreicht Ihr und wirklich Störungen von zwischenmenschlichen Beziehungen hier in diesem Gemeinderat. Auch bei Leuten, die mehr als kooperativ Euch zur Seite gestanden sind. Das werdet Ihr auch weiter erreichen, wenn Ihr

diese Alleingang-Mentalität Euch macht. Im Grunde genommen, die politische Minderheit hat keinen Grund, sich vor dieser offensichtlich auftuenden Gangart zu fürchten, die da manche sich herbeisehnen. Die politische Minderheit, auch wenn sie Stadtsenatspartei ist, hat keinen Grund, der Konfrontation aus dem Wege zu gehen. Ich mache nur darauf aufmerksam, liebe Freunde, denn den Ton, den Franz Weiß hier herinnen - Herr Magistratsdirektor sei mein Zeuge und die wenigen Kollegen des Gemeinderates, die von damals noch hier sind - spielte, dem Ton hat die ÖVP noch immer standhalten können. Wenn Ihr das wollt, dann bitte. Nur eines, dem Steyrer und der Steyrerin dient das nicht, darüber solltet Ihr auch nachdenken.

Ich glaube, noch eines sagen zu müssen, nicht zu dürfen. Diese Spiele oben im Altersheim mit dem Verdeckt halten, mit unter den Tisch schieben, mit einen zugrunde richten halb. Diese Spiele sind unwürdig, liebe Freunde, sie werden nämlich am falschen Rücken ausgetragen. Am Rücken der Patienten, deren Pflege man vernachlässigt hat, so höre ich, daß das also noch immer war, sonst hätten nicht die Personalvertretung und das hohe Kontrollamt keine Veranlassung zur Intervention gesehen und auf dem Rücken des Pflegepersonals, das in einer sehr schwierigen Situation ist. Wenn, liebe Freunde, der Rechnungshof aussagt, daß das Heim total sanierungsbedürftig ist, so sollten wir darüber doch einmal reden, das wird ja viele viele Millionen Schilling kosten. Wenn ich heute vormittag aus diesem Papier lese, daß das Dach fast ein Totalschaden ist, dann verstehe ich

Euch nicht, warum wir das im Gremium noch nie erörtert haben. Wenn ich höre, daß alle Fenster im Nord-, im West- und im Osttrakt ausgetauscht werden müssen, dann verstehe ich nicht, was Euch da zur Geheimhaltung veranlaßt. Ich verstehe das nicht. Das steht seit einem Jahr im Rechnungshofbericht. Wenn Ihr darüber nicht sprecht, haltet Ihr geheim. So ist und bleibt es und diesen Vorwurf müßt Ihr Euch machen lassen. Wenn Ihr glaubt, Ihr könnt den Betriebswirt mit der Kommunalfinanzierung jetzt als Ausrede gebrauchen, jetzt ist ohnehin ein betriebswirtschaftlicher Leiter für das Altersheim vorhanden, dann täuscht Ihr die Öffentlichkeit auch. Der hat das mit untersucht, ist schon gut, ist schon recht. Aber so viel damals bei der Einstellung dieses Herrn gesagt wurde, bekommt der ganz andere Aufgaben, als nur das Altersheim zu betreuen. Wenn man mir Vorwürfe macht, ich der Karl Holub, ginge jetzt plötzlich auf den Verwalter Kolb los, dann finde ich das wirklich ganz erstaunlich. Ich habe nie ein böses Wort über den Herrn Kolb gesagt. Aber eines muß ich schon sagen, eine gewisse Verantwortung, von der wird er sich nicht wegwischen können. Eine Verantwortung dürfen wir ihm nicht auferlegen, das ist die Verantwortung über die medizinische Pflege der Patienten im Zentralaltersheim. Das ist bitte nicht Sache des Verwaltungsbeamten, der diese Verwaltungseinheit Altersheim führt. Alles andere mag stimmen. Vom Öl, das man im Keller vergessen hat vor vielen Jahren, die Anekdote wird uns einigen noch in Erinnerung sein und dafür noch Belobigungen erwartet,

bis hin zu den diversen Unzukömmlichkeiten, zu den Kücheninvestitionen, die vielleicht doch fragwürdig waren, weil sich für das Essen keine Verbesserung ergeben hat. Ich habe das staunend von Dir, Frau Stadtrat, gehört, daß Du sagst, es wird das Essen schon besser werden. Aber die neue Küche gibt es seit über einem Jahr! Es mag sein, daß es besser ist. Der Rechnungshof berichtet allerdings in diesem Papier Die alten Leute sagen noch immer, daß sie abends sehr oft kaltes Essen bekommen und daß das Essen in dieser Küche für die Mehrheit der Heimpatienten noch immer sich nach dem Standard ausrichten muß, der über die Magistratsverpflegung sich ergibt, weil es halt außer Haus abgegebene Portionen in sehr großer Anzahl gibt. Die Qualität eines seniorengerechten Essens, überhaupt eines bettlägerigen Senioren, ist eine ganz andere wie die eines werktätigen Menschen. Hier ist einer der klassischen Gegensätze, über die man wirklich diskutieren müßte, das verspreche ich mir von dem Ausschuß, der jetzt vom Bürgermeister sofort zugesagt wurde, als ich ihn verlangt habe. Ein Kompliment an den Bürgermeister, der das auch wirklich gemacht hat. Ehre wem Ehre gebührt und Ehre wann Ehre gebührt. Das muß wirklich auch gesagt werden. Aber eines wird durch diesen Ausschuß, wenn er konstituiert wird, nicht vom Tisch kommen können, daß die Vergangenheit auch untersucht werden muß. Wenn ich Leithenmayr zitieren darf, der Mensch lernt aus seiner Vergangenheit – in der vorvergangenen Sitzung hast Du das gesagt – und er lernt auch aus den Fehlern der Vergangenheit. Das ist mein Zusatz

dazu. Wenn wir nicht diese Vorgänge der Vergangenheit gewissenhaft aufarbeiten, dann werden wir den Weg in die Zukunft weiter taumeln, so wie wir jetzt in der Pflege im Altersheim getaumelt sind. Das sollten wir eigentlich vermeiden, denn dort geht es um die ärmsten der armen Menschen, nämlich um die, die sich selbst nicht versorgen können. Es wird Großes geleistet im Altersheim, das möchte ich auch sagen. Die Kubitusbehandlung, die die gerade jetzt geschaffte Krankenschwester eingeführt hat, ist eine hervorragende und ist von mehreren Pflegeheimen in der Methodik übernommen worden. Das ist bitte auch einmal zur Ehrenrettung von jemandem zu sagen.

Ich weiß bis heute nicht, welche konkreten Vorwürfe man dieser diplomierten Krankenschwester macht, beziehe auch nicht Partei für oder gegen sie, weil ich schlicht und einfach nichts weiß. So wird es allen anderen Kollegen, die nicht in der sozialistischen Fraktion sitzen, auch gehen. Das ist ein Zustand, der nicht in Ordnung ist. Es ist ein Zustand, der nicht in Ordnung ist, daß mit dem größten Wirtschaftskörper, Einzelwirtschaftskörper, den die Stadt, abgesehen von den städtischen Unternehmungen, vom Bilanzvolumen her und vom größten Einzelwirtschaftskörper her - es ist ein Unrecht, daß dieser Einzelwirtschaftskörper so unter Ausschluß der Allgemeinheit im Kollegium behandelt wird. So sollte man miteinander nicht umgehen.

Ich glaube, daß wir noch sehr sehr viel Arbeit haben und ich würde Euch wirklich einladen, lest die Protokolle nach von 1986, 1987,

1988 und 1989 und das letzte Mal 1990 in der Budgetsitzung, wo wir immer wieder Stellung bezogen haben zu den Pflegenotwendigkeiten im Altersheim, zu den Erweiterungsmöglichkeiten und vor allem zu den Unterstützungsmöglichkeiten und -notwendigkeiten für das dort tätige Personal. Und meine eigene Wahrnehmung ist, daß das auch ein Teil der Fehler, die oben passiert sind, ist und daher rührt, daß man von der Verwaltung her die Notwendigkeiten der Küche über die Notwendigkeiten der Pflegestellen und den Dienstrhythmus den Küchenerfordernissen untergeordnet hat. Ich weiß nicht, ob das schon geändert ist, das kann ich nicht sagen. Aber den Dienstrhythmus dem Küchenrhythmus unterzuordnen, das hat auch eine tiefe Begründung, die ich schon geliefert habe, weil nämlich der Verwalter für das kommerzielle Abwickeln befugt ist und auch in der Lage sein sollte - er war es nicht immer - aber für die Pflegeaufsicht und für den Pflegedienst gibt es andere Zuständige. Das kann auch nicht irgendein Gemeinderatsmitglied sein, der kann auch nicht nachschauen gehen, weil er dazu auch nicht bevollmächtigt ist, nachschauen, ob die Pflege in Ordnung ist. Aber da hätte der Herr Amtsarzt, wenn es wirklich Übelstände gegeben hätte, ziemlich deutlich und ziemlich laut das Recht haben müssen, sich zu äußern. Wenn er es nicht gehabt hat, verstehe ich es nicht und wenn er es nicht getan hat, obwohl er sich äußern hätte können, dann verstehe ich das noch weniger. Dafür, glaube ich, wird er sich vor dem Ausschuß rechtfertigen können, um nicht zu sagen müssen.

Vieles wird noch zu besprechen sein. Die Supervision zum Beispiel, die wir seit Jahren fordern, die jetzt einzuführen, das ist ein Versäumnis, das ich einfach nicht begreife. Ihr nehmt die Nöte der Menschen nicht ernst, wirklich nicht. Sonst hättet Ihr das gemacht. Warum erst jetzt wird das Beratungsteam eingeschaltet? Sicher, das ist vorgezogen aufgrund der Vorfälle. Aufgrund welcher Vorfälle, die nur Euch selbst bekannt sind? Warum erst jetzt wird über das alles diskutiert? Weil irgend jemand nicht dicht war oder weil irgend eine Zeitung Unterlagen bekommen hat, die ihr nicht zugehören, die ihr nicht zugemittelt würden? Nennt man das Vertrauensbruch? Irgendwie lustig ist das schon, wenn man von einer Linzer Redaktion, einer Linzer Zeitung, Unterlagen aus dem Gemeinderat der Stadt Steyr bekommen muß, weil man sie da nicht bekommt. Das sagt alles und mehr sage ich jetzt auch nicht mehr.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Der Nächste am Wort ist Kollege Sablik.

STADTRAT ERICH SABLIK:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nur ganz kurz dazu. Wir haben sehr viele Dinge gehört, die schon in Richtung 6. Oktober gesprochen worden sind.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Die sind in Richtung Dezember 1986 gesprochen worden!

STADTRAT ERICH SABLIK:

Sie sind in Richtung 6. Oktober gehend, Gemeinderatswahl, damit

das in das Protokoll kommt, damit man 1 Jahr später wieder mit dem Finger daraufzeigen kann und behaupten kann, wir haben das schon immer gesagt. Ich denke an die ganzen Forderungen, die Otto Tremel, der heute hier als Pressevertreter sitzt, erhoben hat in diesem Kreis. Die uns noch in den nächsten 20 Jahren eindecken mit Forderungen, wo er immer wieder sagen kann vom Pensionistenbankerl aus, ich war der Erfinder dieser Forderung. So reihe ich auch Teile dieser Ausführungen, die wir zuletzt gehört haben, ein.

Wenn mein Freund Leithenmayr bei Pressemitteilungen gesagt hat, die im Zusammenhang mit den Vorkommnissen im Altenheim stehen, wir haben einen sozialistischen Arbeitskreis gehabt, der in 12 Sitzungen diese Themen aufgearbeitet hat und mich als Vorsitzenden genannt hat, dann stehe ich natürlich dazu, daß ich dort drin war. Übrigens auch die Referentin, Frau Stadtrat Ehrenhuber und andere. Es gab nichts Geheimes, sondern wir waren ein arbeitsfähiges Team, das den Bürgermeister bei schwierigen Entscheidungen beraten hat. Das war unsere Aufgabe ..

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Mit der Personalvertretung!

STADTRAT ERICH SABLIK:

Ich glaube, diese Aufgabe haben wir zur Zufriedenheit des Bürgermeisters auch erfüllt. Daß uns im letzten Rest der Aufarbeitung, nämlich bei der Pflegeabteilung, das wichtigste Instrument, nämlich die Pflegedienstleiterin, durch Freitod abhanden gekommen ist, und zugleich die ausgeschiedene Stationsschwester

die Presse informiert hat, das sind Zufälle, mit denen man im Leben nicht rechnen kann. Warum wurde dieser Arbeitskreis geschaffen, weil der Wohlfahrtsausschuß zu diesen Fragen nicht arbeitsfähig war, denn das große soziale Gewissen, das Euch heute hier heraufstreibt zum Podium, um zu sagen, wir haben das alles gewußt und gefordert und Euch aufmerksam gemacht. Dieses große soziale Gewissen ist im täglichen Arbeitsablauf im Wohlfahrtsausschuß dann weniger stark ausgeprägt und vorhanden.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLLUB:

War dieses Thema oft auf der Tagesordnung?

STADTRAT ERICH SABLİK:

Ich habe mir das herausgeschrieben und da gebe ich Dir 5 Kopien der 5 letzten Wohlfahrtsausschußsitzungen, da ist die Zusammenkunft im Altenheim, wo wir die Küche besichtigt haben und zugleich probegegessen haben, nicht vermerkt. Das hat mehr Unterhaltungswert gehabt und nicht Informations- oder Arbeitswert. Für mich ist eine Arbeit in einem Ausschuß dann, wenn eine tragfähige Entscheidung zu gewissen Themen herauskommt. Das ist nicht mehr gewährleistet gewesen in der letzten Zeit. Wenn ich sagen darf, daß am 1. März 1990 von der ÖVP nur die Kollegin Wieser da war, von der FPÖ niemand, von der GAL niemand und von der KPÖ Kollege Tremel. Am 21. Mai habe ich zur Sitzung in das ZAH eingeladen mit allen möglichen Informationsmöglichkeiten, wie Besichtigung der neuen Küche, Besichtigung des Projektes, damit die Leute informiert

sind. Da war nämlich von der ÖVP, FPÖ, GAL und KPÖ niemand da.

Am 2. 10. war von der ÖVP Kollege Wallner da, FPÖ hat gefehlt, von der GAL Kollege Houb und von der KPÖ Kollege Tremel. Am 28. 2. 1991 Kollegin Wieser, Kollege Strasser, die Kollegen Eichhübl, Holub, Vratny. Da haben wir ersprießliche Arbeit geleistet und am 8. 4. 1991 waren sie schon wieder abhanden. Da waren Kollegin Wieser und Kollege Strasser da, die FPÖ hat gefehlt, die GAL war nicht da und bei der KPÖ Kollege Vratny, der natürlich sich erst einarbeiten muß. Es wurde jeder eingeladen, nachgewiesen mit eingeschriebenem Brief.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Darf ich einen Terminvorschlag machen?

STADTRAT ERICH SABLİK:

Jetzt möchte ich einmal zu Ende reden. Bei der ÖVP ist schwaches soziales Gewissen ablesbar. Die einzige Kollegin Wieser, die sich wirklich engagiert, die habt Ihr abgeschossen, die ist gar nicht mehr auf der Gemeinderatsliste, weil sie den Fehler hat, eine Frau zu sein, und sie hat zu sozialen Themen Stellung genommen. Wo ist sie denn bei Eurer neuen Liste? Sie ist darauf nicht vorhanden.

Bei der FPÖ war Kollege Eichhübl völlig beschäftigt, die Pfeile abzuwehren, die auf ihn hereinprasseln und die er nach hinten geschoben hat. Ich kann Dich ja auffordern, Du kannst die Schwester, die aus der Station 1 ausgeschieden ist, und so eine große Koryfäe im Baden von alten Leuten ist, als Quereinsteiger - da gehst Du ein wenig zurück, das

bist Du ja schon gewöhnt – bei Euch nehmen. Dann habt Ihr eine Fachkraft in Eurer Partei.

Bei der GAL muß ich sagen, Kollege Holub ist heute wahrscheinlich das letzte Mal da, wir wissen nicht, wer nachkommt. Aber bis die wieder gelernt haben, was soziales Gewissen ist, sind sie selbst schon in einem Alter, wo sie pflegebedürftig sind.

Am 8. 4. haben wir z. B. gesprochen über das Problem mit den schlagwütigen Jugendlichen, die aus der Umgebung nach Steyr kommen, die sogenannten Hooligans.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Das sagt aber zum Altersheim nicht sehr viel.

STADTRAT ERICH SABLİK:

Das sagt überhaupt nichts, aber auch das ist ein Problem. Wenn nämlich morgen eine alte Frau von Hooligans niedergeschlagen wird, wie das in Linz leider vorkommt, was wird denn dann sein? Der Wohlfahrtsausschuß hat sich nicht befaßt mit dieser Frage. Wir befassen uns außer dem ZAH auch noch mit anderen. Das möchte ich Euch mit auf den Weg geben. Schaut Euch die Protokolle an, ich lade Euch ein, beim neuen Wohlfahrtsausschuß so mitzuarbeiten, wie Ihr davon redet.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es eine weitere Wortmeldung? Kollege Oskar Holub bitte.

GEMEINDERAT OSKAR HOLUB:

Dazu möchte ich kurz etwas sagen,

wenn es um den Vorwurf des mangelnden Engagements geht. Bei den Wohlfahrtsausschüssen war bisher die Thematik Warmhaltebehälter, Brennstoffaktion, irgendwelche Osteraktionen und Zentralaltersheim-Küche oder irgend so etwas. Es hat wirklich nicht sehr viele andere Themen gegeben, Herr Stadtrat..

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Säuglingspakete haben wir auch noch gehabt!

GEMEINDERAT OSKAR HOLUB:

Ich möchte mich noch einmal dezidiert äußern und feststellen, da ich im Wohlfahrtsausschuß immer Themen angerissen habe, wo anscheinend der Wohlfahrtsausschuß das gar nicht gewohnt ist, daß man solche Dinge behandelt, wie z. B. die sogenannten Hooligans, Skinheads, Neonazis oder wie man die immer nennt. Ich muß Stadtrat Sablik einerseits Dank aussprechen, daß er sich dieses Themas angenommen hat, das muß ich auch offen sagen. Weiters muß ich feststellen, daß zu dieser Sitzung, wo Sie kritisieren, daß ich nicht da war, daß ich eine fehlerhafte Einladung bekommen habe, wo ich geglaubt habe, das ist eine ganz andere Sitzung - Sie haben das nicht extra hineingeschrieben. Ich glaube, es hat da auch bei anderen Kollegen Mißverständnisse gegeben. Das war an einem Arbeitstag, da hätte ich wieder einmal auf das Arbeiten verzichten müssen und damit auf S 1.500,-- und darauf bin ich angewiesen, ich habe leider nicht eine hohe Stadtratsgage oder irgend welche andere Gagen und

kann nicht jederzeit weg. Wenn ich gewußt hätte, daß in diesem Ausschuß das behandelt worden wäre, wäre ich gekommen. Aber eine massive Kritik, das habe ich zuerst angesprochen und auch Kollege Vizebürgermeister Holub, die Frage ist wirklich noch offen, warum ist im Wohlfahrtsausschuß das ganze Thema Altersheim nie behandelt worden? Es ist wirklich sehr eigenartig und befremdend und ich glaube, daß wirklich Ihrerseits und von der Seite der Stadträtin Ehrenhuber unklar ist, wer wirklich für das Altersheim zuständig und wer kompetent ist.

STADTRAT ERICH SBLIK:

Das geht aus der Geschäftseinteilung des Stadtsenates hervor.

GEMEINDERAT OSKAR HOLUB:

Sie vertreten das auch oft im Wohlfahrtsausschuß und decken das ab. Wenn ich höre - Sie Frau Stadtrat sind nicht auf meine Rücktrittsforderung eingegangen und haben sehr lange über die Küche gesprochen ..

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das ist im Statut nicht vorgesehen!

GEMEINDERAT OSKAR HOLUB:

Sie haben davon gesprochen, daß Leitungen ausgewechselt werden, Sie haben aber nicht davon gesprochen, ob es nicht doch überlegenswert wäre, in diesem Bereich bei der Leitung etwas auszuwechseln. Da geht es wirklich nur um die baulichen Maßnahmen, um die Küche, um das Essen, so ungefähr nach dem Thema oder Motto "Liebe geht durch den

Magen". Es wird nicht gesprochen über die psycho-soziale Situation der Heimbewohner. Im Rechnungshofbericht steht eine ganz massive Kritik diesbezüglich drinnen, daß eben vorgeschlagen wird, daß der Heimalltag aufgelockert wird, daß mehr passiert. Ich habe diesen Bericht vor mir liegen. Da steht das ganz massiv drinnen und in der Richtung wird überhaupt nichts unternommen. Das einzige Ergebnis, das passiert ist, ist da, wo weiß ich wer drinnen ist, wo gar nicht klar ist, wer da zusätzlich eingeladen ist. Wahrscheinlich ein Vertreter vom Pensionistenverband oder sonst irgendwo. Genau so wie im Umweltausschuß z. B. die Leute vom Militär drinnen sitzen und von der Polizei, wo ich mich auch frage, ob das immer notwendig ist, ob es sinnvoll ist, daß es einen Ausschuß gibt, wo 30 Leute drinnen sitzen, wo man nicht mehr diskutieren kann. Im Umweltausschuß z. B. sitzt auch der Herr Riha drinnen.
Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich danke auch. Ich sehe keine Wortmeldung mehr, daher darf ich den Vorsitz abgeben, um selbst einige Bemerkungen zu machen.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Ich übernehme den Vorsitz und bitte Kollegen Leithenmayr um seinen Vortrag.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich wurde jetzt mehrmals angesprochen und zitiert, unter anderem wieder in der Steyrer Zeitung unter der Überschrift "Der Übermut muß

endlich gebrochen werden". Das scheint ein Zitat zu sein, weil es unter Anführungszeichen steht, von meinem Kollegen zur Rechten. Es ist aber im Artikel selbst auf keinen Übermut Bezug genommen. Aber so ist das halt mit den Headliners, die machen halt solche Überschriften sagt man normalerweise. Aber unter Anführungszeichen gesetzt ist das offensichtlich Dein Originalton, Kollege Holub. Der Übermut muß endlich gebrochen werden. Ich sehe nicht, wo es da einen Übermut gibt in dieser Frage. Es ist richtig, daß Mißstände in unserem Altersheim aufgetreten sind. Es ist so, daß nach Beseitigung der wesentlichsten Mißstände - ich werde noch darauf zurückkommen - das gelaufen ist und von der ÖVP, ich glaube von Kollegen Schloßgangl, in Deiner Abwesenheit, weil Du auf Urlaub warst in Ungarn - dort hat man Dir aufgespielt, und zwar ein bestimmtes Lied - ich nenne keine Namen. Es ist so. Du warst nicht da und ich konnte mit Dir nicht darüber reden. Aber Kollege Schloßgangl hat die Meinung vertreten, die SPÖ hat trotz wiederholter Kritiken im Gemeinderat nie etwas getan und das ist zurückgewiesen worden. Daraufhin habe ich gesagt, ich entsinne mich nicht, daß ich eine Kritik im Plenum des Gemeinderates gehört hätte. Ich bin, das muß ich sagen, als Heimkehrer erst wieder seit Februar 1990 hier im Haus und daher hat man nachgelesen, das ist ja heute schon zitiert worden, wir lesen uns ja gegenseitig vor, was wir gesagt haben und was in den Zeitungen steht. Bis jetzt war das nicht so, aber das ist die neue Politik. Da hat zum Budget Kollege Vizebürgermeister Holub am 11. 12. 1986 Kritik geübt,

nicht nur, sondern auch Lob verteilt. Er hat einige Worte zum derzeitigen Leistungsumfang gesagt im Altersheim. Natürlich werden die Patienten sorgfältig gewartet und betreut, das beinhaltet auch das tägliche Waschen. Ein wenig bedauerlich ist, daß mancherorts im Zentralaltersheim um 3.30 Uhr, liebe Kolleginnen und Kollegen, haltet Euch das vor Augen, Waschbeginn ist. Das beinhaltet die Tatsache, daß die Patienten regelmäßig gebadet werden. Im erhebenen Durchschnittsfall ist das alle 14 Tage. Allerdings bei einer Gruppe von Patienten ist der Baderhythmus schlechtestenfalls 4 - 6 Wochen. Es ist also ungeheuer notwendig, den Leistungsumfang exakt zu definieren und auch den dafür notwendigen Personalbedarf zu erheben. Ich meine aber, daß einmal baden wöchentlich tatsächlich Mindeststandard sein sollte und daß ein Waschbeginn um 6 Uhr früh ein zumutbarer Zeitpunkt ist als der um 3.30 Uhr. Es wird notwendig sein, eine bessere Diensterteilung zu treffen. Das wurde bei dieser Sitzung gesprochen und dann gibt es noch einen Schlußsatz, wo Du darauf hinweist, daß diese Leistung auch ohne Personalaufstockung und ohne Personalmehraufwand mit einer rationelleren Diensterteilung im Interesse der alten und schutzbedürftigen Mitbürger getan werden kann.

Das hast Du dann 1 Jahr später bei der Budgetrede im Dezember 1987 gesagt, wo Du dieses Thema noch einmal angesprochen hast.

So gesehen ist es zweifelsohne richtig, was ich gesagt habe, daß ich mich nicht erinnern kann, weil ich damals nicht die Ehre hatte, in die-

sem Gemeinderat mitzuwirken. Das heißt natürlich nicht, daß man nicht woanders auch etwas tun kann in der Politik. Du kommst ja von dieser Nichtmitwirkung meinerseits in Deinen lichtvollen Ausführungen als Zuhörer als stiller zu dem Schluß, daß hier meine Dienstzeit so kurz ist. In eigener Sache ist das ungut, aber ich möchte doch darauf hinweisen, daß ich mich seit 1967 in Gemeinderäten befinde. Es war einmal der Gemeinderat von Sierning, die haben auch ein Altersheim und ich kenne die Probleme, denn zum Schluß war ich Fraktionsvorsitzender meiner Fraktion, und zwar habe ich 10 Jahre lang einige Erfahrungen gesammelt. Ich war dann von 1979 bis 1983 in diesem Gemeinderat, zwischen-durch war ich 7 Jahre im Parlament und habe diese unerfahrenen Hände, wie Du sagst, auf den Tisch des hohen Hauses gelegt und jetzt bin ich wieder zurückgekehrt. In Wirklichkeit zitiert Ihr Euch selbst aus dem Jahre 1986 und 1987, das ist der Schnee, meine lieben Freunde, von vorgestern. Jedenfalls der vom alten Jahr oder vom vorvorgehenden Jahr, es ist nichts Neues. Das Problem ist aufgetaucht kurzfristig, und zwar im Zusammenwirken - für mich jedenfalls - mit der stellvertretenden Stationsschwester, die uns erklärt hat, wir haben vorher einmal eine Beschwerde gehört, der wir auch nachgegangen sind, daß das mit dem Badebetrieb nicht funktioniert in der Station I. Das Nächste, das wir gehört haben, war unsere Stadträtin, die gekommen ist und mitgeteilt hat, daß die stellvertretende Stationsschwester der Abteilung I offiziell kundgetan hat, daß der Baderhythmus 6

Wochen und mehr beträgt. Daraufhin habe ich nicht gewartet, bis das Kontrollamt irgendwelche Interventionen macht oder die Personalvertretung, sondern wir haben sofort eine Weisung erteilt, daß das Kontrollamt diese Situation überprüft. Das ist an einem einzigen Tag geschehen, wofür ich dem Kontrollamt wirklich Dank sage. Ganz rasch ist das geschehen und es ist tatsächlich festgestellt worden, daß diese Mißstände vorliegen, die aufgetreten sind. Sie sind uns kundgetan worden, wir haben das überprüft und zudem haben wir dann auch noch ein Gespräch geführt, das habe ich geführt, weil Kolleginnen aus diesem Bereich zu mir gekommen sind und erklärt haben, daß manches im argen liegt. Und zwar hat sich das beim traurigen Ereignis begeben bei der Beerdigung der Frau Krönigsberger, welche nur kurze Zeit als Pflegedienstleiterin bei uns beschäftigt war. Da wurde mir gesagt, sie hätten das Anliegen, mit mir über verschiedene Umstände im Zentralaltersheim zu reden. Ich habe 3 Tage später mit den Damen einen Termin vereinbart und die haben mir eine Reihe von weiteren Mißständen kundgetan. Ich habe gefragt, ist das auch nicht nur die Meinung von zwei Leuten, sondern ist das die allgemeine Meinung? Mir wurde damals glaubhaft versichert, das sei die Meinung einer großen überwiegenden Mehrheit der Belegschaft. Rund 33 von insgesamt etwa 40 haben das zum Ausdruck gebracht. Dann hat es nur mehr 2 Stunden gedauert, bis wir reagiert haben, Wir sind nicht in irgend einen Ausschuß gegangen, wir haben das Problem nicht prolongiert, sondern wir haben

sofort gehandelt und haben gesagt

...

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HO-
LUB:

Ihr habt das doch 6 Jahre
prolongiert!

Wenn wir das 6 Jahre prolongiert
hätten, dann wärest Du sehr
schwach, wenn das so gewesen
wäre. Du hast ja 1 Jahr später selbst
festgestellt, daß die Badeprobleme
bereinigt sind, daß wir jetzt eine
Baustelle dort haben und und ...

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HO-
LUB:

Ich habe gesagt, daß nicht mehr um
1/2 3 Uhr gewaschen wird, sondern
um 1/2 6 Uhr.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN
LEITHENMAYR:

Du hast selbst festgestellt, ..

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HO-
LUB:

Wenn Du mich schon zitierst, dann
richtig.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN
LEITHENMAYR:

Du hast gesagt, daß sich eben
Verbesserungen ergeben haben.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HO-
LUB:

Ja und? Weil ich ein ehrlicher
Mensch bin, sage ich es halt, wenn
etwas besser wird.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN
LEITHENMAYR:

Einverstanden, aber Du kannst nicht
sagen, es ist nichts geschehen. 6
Jahre zu warten, das wäre wirklich
falsch. Es hat sich auch gezeigt, daß
diese Mißstände vor allen Dingen

nur in der Abteilung I sind. Und
erlaube mir, daß ich das aus meiner
Sicht schildere. In dieser Zeit habe
ich den Bürgermeister vertreten und
ich habe einen Handlungsbedarf
gehabt. Wir haben festgestellt
aufgrund des Kontrollamtes und
aufgrund der Feststellungen der
Belegschaft in dieser Abteilung, daß
Mißstände auftreten und wir haben
den Auftrag gegeben, sofort diese
Mißstände abzustellen. Wir haben
die Stationsschwester Maritta ge-
fragt, - das ist im inneren
Dienstweg passiert - was sie zu
diesen Mißständen sagt und sie hat
allen diesen Mißstände nicht wi-
dersprochen. Das war so, sie hat
das zur Kenntnis genommen. Wir
haben auch nicht gesagt, sie soll
das Altersheim verlassen, sondern
wir haben die Meinung vertreten,
daß diese Schwester unter den Um-
ständen diese großen Mängel, die
übrigens jetzt die Presse und auch
die politischen Fraktionen zum Teil
als Skandal bezeichnen, verschul-
det hat. Wie das offensichtlich ge-
worden ist, haben wir das sofort
abgestellt. Sofort. Nicht vorher ist da
etwas in den Medien gewesen. Ich
muß auch noch eines sagen zu dem
Bericht, zum Rechnungshofbericht,
der ständig zitiert wird. Ich kann nur
eines sagen, ich habe schon einmal
gesagt, ich lüge nicht. Ich kann Dir
nur eines erklären, ich war sehr
überrascht, daß bei der letzten
Pressekonferenz, die wir durch-
geführt haben im Zusammenhang
mit dem RH-Bericht über die
Volkshilfe, als der Bürgermeister
vom Urlaub zurückgekehrt ist - das
habe ich Dir übrigens gesagt, wie
die Vorgangsweise sein wird, bevor
Du auf Urlaub gegangen bist, damit
das auch kundgetan ist. Ich habe
natürlich, wie Du Dich abgemeldet

hast, gesagt, ich werde dem Bürgermeister empfehlen, sofort an die Öffentlichkeit zu gehen mit dem Rechnungshofbericht. Ich werde ihm auch empfehlen, eine Gemeinderatssitzung einzuberufen.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Ich habe Dich gebeten, ihm auszurichten, daß ich ihm das auch empfehle.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich gehe davon aus, - das ist nett von Dir - und möchte festhalten, daß wir das sowieso gemacht haben. Du hast gesagt, Du wirst das fordern und erzwingen in der Zeitung. Ich habe Dir gesagt, weil ich die Zusammenarbeit ...

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Falsch, junger Mann, ich habe ausdrücklich gesagt, wenn der Bürgermeister nicht von sich aus selbst das einberuft, dann kann nur die ÖVP eine Sitzung verlangen, weil Du dazu 9 Unterschriften brauchst. Bitte immer richtig zitieren.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Schau, ich habe die Zeitungen gelesen, da ist drinnen gestanden ...

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Du mußt noch viel lernen, da steht das übrigens drinnen, was Dir fehlt.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das kann sein, aber ich kann Dir

sagen, ich war in der Zwischenzeit auch zufällig auf Gebührenurlaub, so etwas haben wir in diesem Land, und bin gerade zu dieser Sitzung jetzt zurückgekommen. Von der Steyrer Zeitung habe ich nur den für mich wichtigsten Artikel gelesen, das war der.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Aber nicht vollständig, weil sonst wüßtest Du Bescheid.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich habe noch nicht alles lesen können, ich habe heute schon viel zu tun gehabt. Den Rest sagst Du mir ja dann. Ich kann nur dazu bemerken, daß ich einige dieser Äußerungen als untergriffig bezeichne, die da drinnen stehen. Das ist eigentlich nicht der Ton gewesen, den wir früher in dieser Frage in der Auseinandersetzung gehabt haben. Ich bin schon einmal darauf eingegangen, es ist so, wenn Dir 24 Jahre politische Tätigkeit nicht genügen, dann muß ich das zur Kenntnis nehmen. Mein Glück ist allerdings, daß ich von Dir und Deinesgleichen wahrscheinlich nicht gewählt werde - von einem Teil vielleicht trotzdem, wer weiß, die Hoffnung soll man nicht aufgeben - aber in erster Linie werden es die Mitglieder und Sympathisanten der sozialdemokratischen Partei sein, die darüber zu entscheiden haben werden. Ich kann mich eigentlich nur bemühen, das habe ich überall getan, auch im Parlament - Herr Kollege Spöck, dort kann man nicht so leicht aufzeigen, da wird man eingeteilt in einem Ausschuß oder nicht, ich sage Ihnen das nur ..

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:
Ich habe das nur einmal gelesen.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN
LEITHENMAYR:

Sollten Sie einmal hinkommen, was nicht sehr wahrscheinlich ist, aber dann werden Sie das erleben. Das ist dort so, es ist halt ein wenig anders.

Ich möchte in diesem Zusammenhang sagen, daß wir unmittelbar gehandelt haben. Daß die Schwester Maritta aus eigenen Stücken weggegangen ist, weil sie nicht mit ihren Untergebenen, mit denen sie ständig Reibereien gehabt hat, arbeiten wollte wahrscheinlich. Dafür habe ich noch Verständnis. Daß sie aber dann selbst zur Zeitung geht und ihr eigenes Unvermögen dort in irgend einer Form deponiert, das kommt mir schon ein wenig merkwürdig vor. Eine Klage gegenüber dem Magistrat, das ist heute von Kollegen Eichhübl ...

GEMEINDERAT ROMAN EICH-
HÜBL:

Das ist in der Zeitung gestanden.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN
LEITHENMAYR:

Ich habe auch gelesen, wer der Rechtsbeistand ist. Ich hoffe nicht, daß diese Frau benützt wird im Vorwahlkampf und daß das ihr zum Vorteil gereicht, daß sie sehr schwer - obwohl Pflegepersonal gesucht wird - einen Arbeitsplatz bekommt. All das, was ihr zur Last gelegt wurde, hat sie selbst bestätigt und ist dokumentiert. Ich glaube nicht, daß es gut ist, wenn man in dieser Weise umgeht.

Ich möchte überhaupt bemerken,

daß ich da in noch einer fälschlichen Weise zitiert wurde. Du hast gesagt, wenn es stimmt, daß ich mich gegen Personalaufnahmen gewehrt hätte.....

GEMEINDERAT ROMAN EICH-
HÜBL:

Das ist auch in der Zeitung gestanden.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN
LEITHENMAYR:

Kollege Holub bringt das ganz direkt zum Ausdruck, er unterstellt mir das schon. Ist das richtig, daß ich ..

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HO-
LUB:

Willst Du das gleich vorlesen?

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN
LEITHENMAYR:

Da die Finanzen und die Struktur der Kosten vor der Struktur der Pflege und der Menschlichkeit gereicht wurden ..

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HO-
LUB:

Das war ja einige Zeit so, daß Kollege Wippersberger ...

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN
LEITHENMAYR:

Es dürfe nicht so sein, so steht da, daß Pflege deshalb mangelhaft geleistet werde, weil ein Personalreferent feststellt, daß ein Personalzuwachs nicht im Interesse der Stadtfinanzen läge.

Dazu muß ich sagen, daß das natürlich völlig unzutreffend ist und darauf lege ich gesteigerten Wert. Ich habe zu keinem Zeitpunkt die Meinung vertreten ...

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HO-

LUB:

Es steht kein Wort von Leithenmayr.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN
LEITHENMAYR:

Ein Personalreferent, gibt es noch
einen?

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HO-
LUB:

Das war konkret in den Jahren nach
1987, da wird sich die Frau Stadtrat
Ehrenhuber noch erinnern.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN
LEITHENMAYR:

Jetzt reden wir schon wieder vom
Jahr 1987. Wir haben jetzt 1991,
Herr Kollege, und wir sind einige
Wochen vor einer Wahl und in
diesem Zusammenhang bekommt
das eine merkwürdige Bedeutung,
sind Sie mir nicht ungehalten. Ich
möchte festhalten, ich habe mich
niemals dagegen ausgesprochen,
daß hier Pflegepersonal eingestellt
und ersetzt wird. Niemals, zu keiner
Zeit. Ich bin allerdings auch im
Altersheim einmal falsch inter-
pretiert worden, und zwar - auch
das möchte ich hier erklären - im
Zusammenhang mit einem plötz-
lichen für mich unverständlichen
Personalbedarf in der Küche. Ich
muß darauf hinweisen, daß mir
mitgeteilt wurde, als ich damals
meine Funktion angetreten habe,
und im Budget ein Betrag von etwas
weniger als 7 Millionen drinnen
gestanden ist für die Instandsetzung
und Erneuerung der Küche. Das hat
dann 14 Millionen und etwas
gekostet. Da wurde auch zugrunde
gelegt eine Wirtschaftlich-
keitsbetrachtung dergestalt, daß
durch die Rationalisierung - es soll
eine der modernsten Großküchen
Österreichs werden und Geld haben

wir dafür wirklich genug aus-
gegeben - zwischen 3 und 6
Arbeitskräfte so in etwa eingespart
werden. So etwas freut mich zwar
nicht immer, ist mir aber nicht ganz
fremd. Nachdem ich aus einem
Indusriebetrieb komme und weiß,
welche Berechnungen einer Ratio-
nalisierungsinvestition zugrunde
gelegt werden.

Dann plötzlich brauchen wir zwei
Leute mehr ist gesagt worden. Ich
habe dann gemeint, so kann das
nicht gehen. Irgend jemand hat
vorher die Meinung vertreten, wir
bräuchten weniger Leute. Wenn wir
jetzt mehr brauchen, dann muß es
einen Grund geben. Der würde mich
sehr interessieren. Hat die Planung
nicht gestimmt, machen wir neue
Leistungen? Das wären mögli-
cherweise alles Begründungen. Ich
habe gesagt, in der Küche wehre
ich mich gegen eine Personal-
aufstockung aus den genannten
Gründen und ich glaube, das ist so
richtig. Im Pflegebereich haben wir
immer besetzt, im Gegenteil, wir
haben auf alle Kritikpunkte in
Wirklichkeit reagiert. Ich möchte
bemerken, daß wir, als die Kritik laut
geworden ist über das Essen, eine
Diätassistentin eingestellt haben.
Die haben wir gar nicht gleich
bekommen, das war gar nicht so
leicht. Es ist die Frage einer
Pflegedienstleitung aufgetaucht,
eine Diskussion, die sich
hingezogen hat bis in das Jahr 1986
oder 1987. Jetzt hat man eine
eingestellt, weil sich die Frau
angeboten hat. Leider war das, wie
man gesehen hat, kein glückliches
Unterfangen. Vor allen Dingen nicht
für sie selbst, was ich sehr bedaure.
Ich muß allerdings eines sagen, ich
habe diese Frau nicht erfunden,
aber ich habe sie mit meinen

ganzen Kräften unterstützt, damit sie die Füße auf den Boden bringt. Mit meinen ganzen Kräften, aber nicht nur im Haus, sondern ich bin auch hinaufgefahren und habe mit den Diplomschwestern und mit allen gesprochen. Nicht nur ich, auch der Magistratsdirektor, auch der Personalchef und auch Herr Dr. Nones und die Referentin. Wir haben uns sehr bemüht, daß wir dieser Frau helfen, damit sie ihre Funktion sozusagen erfüllen kann. Wir haben das gemacht.

Heute ist schon von Kollegen Eichhübl gesagt worden, er hält nichts davon, daß man dort eine Kostenrechnung macht.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Daß man extra dafür jemanden einstellt!

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Doch nicht für eine Kostenrechnung, da könnten wir ja eine Beratungsfirma anheuern für ein so temporäres Anliegen. Wir brauchen - das war meine Meinung von Anfang an - für viele Entscheidungen des Stadtsenates eine qualifizierte Kraft, die eine Kostenrechnung macht, die eine Folgekosten-, eine Gebührenkostenkalkulation und alle diese Dinge macht. Wir brauchen das, damit wir auch hier möglichst keine Fehlentscheidungen treffen. Aus diesem Grund haben wir den aufgenommen und sein erster Auftrag, das ist der Punkt auf den es in diesem Zusammenhang ankommt, war, sich mit der Kostensituation im Altersheim zu beschäftigen, was er auch getan hat. Aber auch noch nicht abschließend, sondern diese Dinge

muß man im Vergleich sehen. Weil wir gerade beim Vergleich sind und dabei, daß behauptet wurde, ich würde mich gegen zusätzliches Personal wehren. Das ist von Kollegen Vratny gesagt worden, extreme Überbelastung des Personals. Es wurde auch von Kollegen Eichhübl die Personalfrage angezogen. Und wäre das von mir so geschehen, wie das in der Zeitung zitiert wurde, dann würde er das schärfstens ablehnen usw. Ich möchte bemerken, dieses Team, von dem die Rede war, Beratungs- und Kontrollteam oder wie das immer heißt, ist eine Einrichtung auf Landesebene, die gibt es, das ist mir bekannt seit ca. 4 - 6 Wochen. Ich habe das nicht früher gewußt und wir haben uns darüber unterhalten. Wir haben dann auch sofort einen Brief geschrieben, daß wir die Herrschaften einladen. Das war vor Krönigsberger, vor allem diese Umstände, die unglücklicherweise zustande gekommen sind.

Die Herrschaften waren da und da gibt es einen Schrieb, der mir vorliegt. Es hat unter einem Dr. Prazda, Oberregierungsrat, das hat auch die Frau Kollegin Ehrenhuber zitiert, eine Betrachtung stattgefunden und ist ein erstes Gutachten erstellt worden, das mir vorliegt. Im Bezug auf die Personalsituation sagen die Herrschaften folgendes. Das ist interessant in dem Zusammenhang, in dem ich zitiert wurde und interessant für alle Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat. Da steht: Zur Personalsituation ist festzustellen, daß dieses Heim über einen sehr hohen Anteil an Diplom-Krankenschwestern und Sanitätsdienst Helfern verfügt und im Vergleich

zum öö. Durchschnitt etwa über die doppelte Pflegepersonaldichte verfügt.

GEMEINDERAT ROMAN EICH-HÜBL:

Von wann ist dieser Bericht?

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Vom 8. 8. 1991, er ist aktuellst, ich habe das gerade in die Hand bekommen vor dieser Sitzung. Es geht weiter: Auch beim Gesamtpersonal liegt es bei weitem über dem landesweiten Durchschnitt. Wenn nun verschiedentlich großer Personalmangel angekreidet wird, ist dies dem Team nur durch die für Heime generell ungünstige Spitalsstruktur - die Kollegin Ehrenhuber hat das erwähnt - verschärft durch möglicherweise ungünstige Dienst-einteilung, - ein heftiger Vorwurf, der die Schwester Maritta getroffen hat unter anderen, - keine Pflegedienstleistung - diese Stelle haben wir mittlerweile einmal besetzt gehabt und in der Zwischenzeit wieder österreichweit ausgeschrieben, wie auch den Verwalterposten, was nicht alle freut, aber wir haben jedenfalls reagiert und gehandelt - und die ungünstigen räumlichen und/oder ausstattungsmäßigen Verhältnisse halbwegs erklärlich. So ist zum Punkt Personal die Frage. Organisatorische Verbesserungen werden der Stadt dringend empfohlen. Es liegt also im Organisationsbereich, meine Damen und Herren, nicht daran, daß wir dort zu wenig Leute haben, weil Leithenmayr zu wenige einstellt. So einfach sind die Dinge nicht.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

So haben es die Leute oben von der Abteilung erzählt. Mit dem mußt Du auch leben. Das ist möglich, daß die Leute das so erzählt haben. Aber ich gehe davon aus, daß die Bürgermeister und die Damen und Herren Stadtsenatsmitglieder und Gemeinderäte nicht nach dem gehen, was irgend jemand erzählt, sondern daß sie interessiert sind an den Fakten und daher habe ich das jetzt berichtet. Ich bin sehr dafür, daß dieser Ausschuß tätig wird. Wir haben dort ein großes Unternehmen, da sind wir einer Meinung. 62 Millionen Schilling Umsatz, da hat man einiges zu tun und man hat das laufend zu tun. In einem Betrieb können sich sehr rasch irgendwelche Probleme und Schwierigkeiten einstellen. es wird laufend erforderlich sein, die Dinge im Auge zu behalten und die Strukturen vor allen Dingen zu ändern und das ist in Wahrheit die Schwierigkeit. Ich möchte besonders bemerken und zwar zur Ehrenrettung der Kollegin Ehrenhuber, sie ist immer gekommen und hat gesagt, wir brauchen zusätzliche Einrichtungen, wir müssen schauen, daß polizeiliche Auflagen erfüllt werden und das muß in das Budget hinein. Es spricht kein Mensch davon, daß im Budget das schon drinnen ist im vergangenen Jahr. Wir haben das gemeinsam beschlossen und das ist in Realisierung. Wir haben 14,2 Millionen ausgegeben für die Sanierung der Küche. Da fehlt nur mehr das Flugdach. Wir haben das Tablettssystem momentan in Vorbereitung für den Einsatz. Es ist natürlich ein Etappenplan notwendig. Bei 15 Millionen pro Jahr, das ist ein gewaltiger Brocken und wir sind

weit davon entfernt, daß wir Verantwortung für unsere älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger weglegen wollen. Ganz im Gegenteil, das müssen wir sicher in Schuß bringen und weil wir dort ein altes Haus und veraltete Strukturen haben, das ist zwar momentan in Kritik und wahrscheinlich nicht unberechtigt, nur es spricht dafür, daß in der Stadt Steyr sehr früh – das ist das Verdienst von unseren Vorgängern, ganz egal, wo sie gesessen sind in diesem Gemeinderat – daran gedacht wurde, für die älteren Mitbürger und Mitbürgerinnen solche Einrichtungen zu schaffen, wie wir sie haben. Wenn wir heute und die ganze Zeit her eine Warteliste von 80 bis 100 oder mehr Menschen haben, wo uns die Angehörigen täglich bestürmen, daß wir die in das Altersheim aufnehmen, und wenn ich daran denke, daß ein Teil davon aus den Umlandgemeinden kommt, die solche Einrichtungen überhaupt nicht haben, dann möchte ich schon darauf hinweisen, daß es insgesamt gesehen eine gute Einrichtung ist, eine hervorragende Einrichtung, die viele gerne so hätten. Daß es auch immer Schwachstellen gibt, möchte ich nicht verheimlichen und das war auch nie in unserer Absicht. Da haben wir einen Handlungsbedarf gehabt und wir haben das gemacht. Ich habe sofort entsprechende Anweisungen erteilt, weil ich nicht der Meinung bin, daß man das vielleicht, weil Haupturlaubszeit ist und man schlecht einen Ausschuß machen kann, jetzt irgendwann einmal behandelt. So war die grundsätzliche Einstellung von mir, wie wir darangegangen sind an dieses Problem. Ich sehe überhaupt keinen Grund, das zu ver-

heimlichen. Gerade bei den Investitionen muß sowieso alles beschlossen werden, was über S 5.000,-- ist, wir brauchen uns da nichts vorzumachen.

So schauen die Dinge aus und wir haben, da stimme ich bei, mit dem zentralen Altersheim – wobei der Name schon kritisiert werden kann – allerhand zu tun.

Was den Rechnungshofbericht anbelangt, der ist von mehreren Stellen zitiert worden. Das ist kein Rechnungshofbericht, das sind Unterlagen für einen Entwurf des Rechnungshofberichtes. Ich versichere, daß ich diesen Rechnungshofbericht nicht gekannt habe vor meinem Urlaub. Ich war sehr überrascht und da komme ich zurück auf die Pressekonferenz, die wir gemeinsam der Bürgermeister und ich, durchgeführt haben wegen dem Rechnungshofbericht Volkshilfe, was mir ein damals Anwesender Steyrer Journalist gesagt hat. Wenn ich gerne möchte, dann kann er mir diesen Entwurf, eine Kopie dieses Entwurfes übermitteln. Da war ich einigermaßen erstaunt, daß so etwas in den Händen der Presse ist. Ich habe bis zu diesem Zeitpunkt, das versichere ich, und auch sonst niemand von der sozialistischen Fraktion, mit Ausnahme des Bürgermeisters, der den Brief mit dem Begleitschreiben in Händen hat, daß das zur Erarbeitung eines Entwurfes dient und über den eine Schlußbesprechung stattfinden soll. Der Bürgermeister hat das auf die Beamtenebene, so bin ich informiert, weitergegeben, um die Beamtenstellungnahme dazu abzugeben. Dann wollen wir ein Gespräch darüber führen und dann soll es die Schlußbesprechung geben. Irgendwann im September.

Das erste Mal habe ich davon in der Zeitung gelesen, von hydraulischen Badewannen und solchen Dingen.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Das glaube ich nicht.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das glaubst Du nicht? Naja, aber wenn Du sagst, daß ich die Unwahrheit sage, dann verlange ich von Dir, den Beweis anzutreten. Das ist nicht in Ordnung, ich habe nämlich noch nie einen Ansatz gemacht, daß Du sagen könntest, ich lüge. Ich habe den Rechnungshofbericht bis zum Antritt meinesurlaubes nicht gelesen und ich habe Kollegen Schmidl um ein Uhr Mittag gebeten, daß er ihn mir noch schnell kopiert. Ich habe ihn mir nämlich in den Urlaub mitgenommen und jetzt kenne ich ihn natürlich. Jetzt, nachdem diesen Bericht auch die Herren Journalisten in den Händen haben, wollte ich es mir nicht nehmen lassen, diesen Bericht auch zu kennen und zu studieren. Es stehen auch eine Reihe von Dingen in diesem Bericht, allerdings keine solchen "Knüller", wie in den Medien berichtet wurde. Ich muß ehrlich sagen, in Wirklichkeit muß ich feststellen, daß ja heute schon so viel von Skandalen gesprochen wurde, daß es beim Altersheim kein Skandal ist. Wenn man erfährt,

daß irgendetwas nicht in Ordnung ist und wenn sofort die notwendigen Reaktionen gesetzt werden, daß diese Mißstände abgestellt werden. Wenn dies nicht geschehen würde, dann könnte man vielleicht von einem Skandal reden. Ich möchte nicht gerne unter dem Druck der Medien stehen bei den Maßnahmen, die vorher schon von uns gesetzt wurden. Wir haben nämlich unmittelbar darauf reagiert. Das weiß auch die Presse, denn die hat diese Unterlagen zum Teil bekommen. Wenn ein Entwurf - nein, nicht einmal ein Entwurf - sondern eine Unterlage für eine Schlußbesprechung, die zu einem Entwurf führen soll, früher bei den Zeitungen gelandet ist als bei uns, dann glaube ich, ist das Wort Skandal angebracht. So sehe ich das, aber Du kannst mir glauben, daß es so ist, wie ich sagte. Du kannst mich immer einen Lügner nennen, wenn Du mich einmal bei einer Lüge erwischst.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Okay. Aber einen Zwischenruf darf ich bitte noch machen. Ich hab Dich nicht Lügner genannt, ich habe gesagt, ich glaube nicht, daß Du zum ersten Mal davon gehört hast - nur damit das aus dem Protokoll ausgeräumt ist.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Es lebe der feine Unterschied!

VIZEBÜRGERMEISTER KARL
HOLUB:

Er lebe aber wirklich sehr hoch, weil es nämlich unvorstellbar ist, daß der Geschäftsführende Vizebürgermeister und Personalreferent unserer Stadt Steyr ein Schriftstück nicht kennt, das mit den schriftlichen Anweisungen des Magistratsdirektors versehen ist - das kennt man handschriftlich - und mit dem sich offensichtlich der Kollege Sablik und sein Geheimbund schon eine Zeit lang auseinandersetzen.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN
LEITHENMAYR:

Das kann nur in dieser Woche geschehen sein, während ich im Urlaub war. Da war er nicht mehr geheim, wenn ihn alle "Zeitungsritzen" haben. Aber vorher war er geheim.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL
HOLUB:

Ich gehe davon aus, daß dieses Papier in Eurem Unterausschuß behandelt wurde.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN
LEITHENMAYR:

Nein! Das wird in Abrede gestellt.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL
HOLUB:

Dann verstehe ich die Hinweise nicht, die darauf sind. Das ist

nämlich nicht erklärbar; wenn der Herr Magistratsdirektor in den letzten Wochen auf Urlaub war, dann können diese Anmerkungen unmöglich darauf sein. Ich glaube es nicht. Ihr werdet mich überzeugen, falls ich mich irre. Wenn ich mich geirrt habe, dann werde ich dies feierlich erklären, aber aus der zeitlichen Abfolge fällt es mir schwer zu glauben.

Ich gebe den Vorsitz weiter.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN
LEITHENMAYR:

Ich übernehme den Vorsitz und erteile dem Bürgermeister das Schlußwort.

BÜRGERMEISTER HEINRICH
SCHWARZ:

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, diese Diskussion ist unseres Hauses unwürdig. Und zwar deswegen, weil - ich kann das beweisen - wir sehr viele, zum überwiegenden Teil, nämlich zu 95 Prozent, positive Mitteilungen über dieses Haus haben und jeder, der das Gegenteil behauptet, sagt die Unwahrheit. Ich kann dies also nur bestätigen. Natürlich gibt es auch Probleme, die wird es immer geben und dieser Ausschuß von unserer Fraktion hat sich nicht wegen den Problemen, die es dort gibt damit beschäftigt, sondern deswegen, weil wir die Situation am sozialen Sektor sehr genau beobachten und weil wir auch wissen, daß laut Un-

tersuchungen seitens des Landes - dies ist auch in der Presse gestanden - die Zahl der Pensionisten bis zum Jahr 2000 um 40 Prozent steigen wird. Daß dadurch Probleme auf uns zukommen, ist ein klarer Fall und deshalb richten wir auch diesen Ausschuß ein; und daß die Probleme in unserem Haus dadurch nicht kleiner werden sondern größer, ist auch ganz klar.

Wir alle kennen die Situation und wissen, wie schwierig diese Aufgabenstellung, die das Personal dort hat, zu erfüllen ist. Ich behaupte, daß 95 Prozent der dort Bediensteten ihre Aufgabe zur vollsten Zufriedenheit und mit größter Aufopferung vollbringen. Ich lade alle ein, bei irgendeinem Anlaß einmal hinaufzugehen, durch die Pflegeabteilung zu gehen und es sich anzusehen, wie schwierig diese Situation dort ist und wie bedürftig diese Menschen dort sind. Im Sinne dieser Menschen müssen wir handeln, liebe Freunde. Nicht mit dem Finger hinzeigen und sagen: "Ja, der hat vergessen, daß er das gesagt hätte, eine Sauceri, ein Skandal, ... wieso, ... usw. Die Leute müssen uns am Herzen liegen und uns liegen sie am Herzen, das darf ich Euch sagen. Deswegen haben wir uns in diesem Ausschuß auch schon fast ein Jahr lang mit diesen Problemen beschäftigt, weil wir sie genau erkannt haben. Die ÖVP hätte in

ihrer Fraktion auch einen solchen Ausschuß bilden können, wenn sie ohnehin alle gewußt haben, wie schlecht die Dinge stehen.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Nur die Unterlagen haben wir nicht gehabt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wenn Ihr immer sagt, hier ist dies wieder passiert und dort ist jenes vorgefallen, warum gibt es dann keinen Ausschuß von der ÖVP, der sich damit beschäftigt. Wir haben uns mit diesen Dingen beschäftigt und haben Vorschläge ausgearbeitet. Genauso ist die Situation und ich möchte noch dazu sagen, daß wir uns seit Jahren bemüht haben - und da gebe ich dem Kollegen Gemeinderat Holub sehr recht - und daß es notwendig ist, die seelische sowie die menschliche Betreuung und nicht nur die körperliche zu verbessern. Seit Jahren - genau gesagt seit dem Jahr 1986 - suchen wir eine Pflegedienstleitung und niemand hat sich dazu gemeldet, trotz österreichweiter Ausschreibung. Seit derselben Zeit stellen wir jede Diplomschwester, die sich meldet, ein. Seit einem Jahr suchen wir einen Physiotherapeut oder eine Physiotherapeutin. Wenn Sie mir eine bringen, garantiere ich Ihnen, daß sie eingestellt

ist; das garantiere ich Ihnen Herr Holub. Ich sage es Ihnen nur, so ist die Situation und wir suchen seit einem Jahr, weil es notwendig wäre. Wir wissen, daß es notwendig ist, daß die Menschen auch in dieser Richtung eine Betreuung erhalten. Auch ein Sozialarbeiter wird gesucht. Das mag sein, da haben Sie nicht so ganz unrecht, das Mädchen war damals zu jung. Sie ist an ihrer Aufgabe gescheitert, das gebe ich zu. Man braucht dazu eine ältere, gesetztere Person, aber auch die suchen wir.

Wir haben versucht - und nicht unwesentliche Mittel ausgegeben - durch den Küchenumbau eine Quantitäts- und Qualitätsverbesserung zu erreichen. Diese Eingangssituation, die nicht sehr glücklich war, ist behindertengerechter - als sie es ursprünglich war in den letzten Jahren - gemacht worden. Wir haben dreimal, wenn Probleme aufgetreten sind, das Haus durch unser Kontrollamt prüfen lassen. Mängel, die dort durch das Kontrollamt festgestellt wurden, sind abgestellt worden. Es hat immer positive Auswirkungen gegeben. Natürlich gab es immer wieder Probleme, daß z. B. Angehörige gekommen sind usw. - die Kollegin Ehrenhuber hat ja bereits darauf hingewiesen. Ich bin sehr froh darüber, daß wir die freie Arztwahl haben. 20 Ärzte gehen in diesem Haus fast täglich aus und ein und von

keinem dieser Ärzte ist eine Klage über eine schlechte Pflege oder dergleichen gekommen. Jeder Beschwerde wurde sofort nachgegangen. Wenn mir schriftlich, mündlich oder telefonisch etwas bekanntgegeben wurde, ist sofort die Verwaltung oder das zuständige Haus, das Sozialamt, verständigt worden und wir haben entsprechende Maßnahmen gesetzt, daß dies abgestellt wird. Wir haben einen Wirtschaftsprüfer eingestellt, zur entsprechenden Prüfung dieser Wirtschaftlichkeit.

Zur sozialen Betreuung gehört aber auch, daß wir eine Bastelgruppe und einen eigenen Seniorenclub eingerichtet haben. Allerdings muß man dazu sagen, daß dies wiederum nur einen Teil der Heimbewohner, der dort hingehen kann, betrifft. Wir müssen uns also auch für die anderen etwas einfallen lassen, wir haben doch diesbezüglich keine unterschiedlichen Auffassungen. Wir müssen auch für die anderen etwas tun und dazu gehört eine bessere therapeutische Behandlung. Auch die soziale, die menschliche Behandlung müssen verbessert werden, da teile ich hundertprozentig Ihre Auffassung, Herr Holub.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch anführen, daß wir Initiativen gesetzt haben, trotz dieser großen Probleme geeignetes Personal zu bekom-

men. Es wurde nämlich ein Verein zur Errichtung und Erhaltung der Fachschule für Sozial- und Pflegeberufe in Steyr gegründet. Im Amtsblatt haben wir bereits im April angekündigt, daß eine solche Errichtung einer Fachschule für Altendienste und Pflegeberufe für Steyr geplant ist, um jetzigen und künftigen Bedarfsentwicklungen in der Pflege und Betreuung alter Menschen in qualitativer und quantitativer Hinsicht entsprechen zu können. Zur Durchführung der erforderlichen planerischen und organisatorischen Vorarbeiten ist ein Trägerverein gegründet worden. Angestrebt wird die Führung dieser Schule als Bundesfachschule an der HBLA Steyr mit Beginn des Schuljahres 1991/92. Die Ausbildung entspricht der Pflegehelferverordnung Bundesgesetzblatt 175/91 vom 11. 4. 1991. Ich habe in diesem Zusammenhang am 8. August an den Herrn Bundesminister geschrieben, vorher aber schon einmal am 22. Mai und ich möchte nun den Inhalt dieses Schreibens auch ganz kurz bekannt geben, daß man sieht, daß wir auch auf eine mögliche breitere Ausbildung in unserem Raum Bedacht nehmen:

"Die Stadt Steyr ist wegen des steigenden Bedarfes an qualifizierten Fachkräften im intra- und extramoralen Bereich nach wie vor sehr an einem raschen

Start des Schulmodells interessiert. Aus diesem Grund wurde der Trägerverein zur Abklärung der notwendigen Vorbereitungsarbeiten von der Stadt Steyr und der OÖ. Landesregierung mit einer Subvention ausgestattet. Die Projektierungsarbeiten sind nunmehr soweit vorangeschritten und Voranmeldungen werden vom Verein entgegengenommen. Wie telefonisch mitgeteilt wurde, bestünde im Sinne einer bundeseinheitlichen Ausbildungsregelung die Möglichkeit, die Fachschule als Bundesfachschule zu führen. Dies wird auch vom Verein sehr angestrebt und wäre gerade im Hinblick auf die Akzeptanz des neu zu schaffenden Berufsbildes des Pflegehelfers von Vorteil sowie eine Entlastung des Trägervereins. Als Bürgermeister der Stadt Steyr unterstütze ich daher den Antrag des Trägervereins um Führung der Fachschule als Bundesfachschule für Altendienste und Pflegehilfe an der HBLA und ersuche Dich um Deine persönliche Unterstützung im Sinne einer raschen Realisierung dieses Vorhabens. Dem Trägerverein wurde vom Landesschulrat für Oberösterreich bezüglich der Zuteilung des erforderlichen Stundenkontingents allerdings mitgeteilt, daß diese erst mit Schulbeginn möglich sei. Aufgrund des fortgeschrittenen Zeitpunkts benötigt der Trägerverein jedoch

zur konstruktiven Fortsetzung der Projektierungsarbeiten verständlicher Weise schon vorher eine verbindliche Zusage. Da diese Frage jedoch nur in direkten Verhandlungen zwischen Deinem Ministerium und dem Landesschulrat für Oberösterreich geklärt werden kann, ersuche ich Dich nunmehr von Bundessseite her um rasche Einleitung dieser abschließenden Verhandlungen zur Bereitstellung des benötigten Stundenkontingents. Wegen des dringenden Handlungsbedarfes in diesem Ausbildungsbereich ist nunmehr ein rasches, kooperatives Vorgehen aller beteiligten Bundes- und Landesstellen erforderlich. Ich darf Dich nochmals bitten, sehr geehrter Herr Bundesminister, dieses Schulmodell bei der Verteilung des Stundenkontingents vorrangig zu behandeln." Man sieht also, daß wir auch auf diesem Gebiet der Ausbildung sicherlich nicht schlafen, sondern unsere Akzente setzen und es liegt sicher beim Bund und beim Land, daß mithin auch von dieser Seite geholfen wird. Wir wollen das Beste für unsere alten Menschen. Das muß unsere vorrangige Aufgabe sein und wir werden alles unternehmen. Auch wenn strukturelle Veränderungen erforderlich sind, werden wir uns das genau ansehen. Diese Hinweise, die hier gekommen sind - auch von diesem Beratungsteam - sind sehr wohl meines

Erachtens zu beachten und unter Umständen werden neue Schritte zu setzen sein. Ich möchte auch noch dazu sagen, daß viele dieser Dinge, die ich jetzt vorbrachte, von der Kollegin Ehrenhuber vorgeschlagen und initiiert wurden. Ich sehe daher keine Veranlassung für einen Rücktritt von ihr.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Das war das Schlußwort und wir kommen nun zur Abstimmung über die Einrichtung eines Ausschusses für die Angelegenheiten des Zentralaltersheimes. Wer für die Einrichtung dieses Ausschusses ist, den bitte ich, ein Zeichen mit der Hand zu geben. Danke sehr. Gegenprobe. Stimmenthaltung? Einstimmig beschlossen.

Herr Bürgermeister ich gebe Dir den Vorsitz zurück.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich unterbreche die Sitzung für 20 Minuten Pause.

PAUSE VON 18.33 BIS 18.55 UHR.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Liebe Kolleginnen und Kollegen wir setzen die Sitzung fort. Nächster Berichterstatter ist Kollege Leithenmayr.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, mein erster Antrag ergeht als Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

4) Ha-4246/91

Ha-4247/91

Erwerb von Wertpapieren von der Raiffeisenbank Steyr und der CA-BV.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Bürgermeisterverfügung, womit wegen Dringlichkeit gemäß § 46 Abs. 7 des Statutes für die Stadt Steyr Nachstehendes angeordnet wurde, wird hiemit genehmigt.

"Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsabteilung II vom 9. Juli 1991 wird dem Ankauf von Kassensobligationen bei der Raiffeisenbank Steyr und der CA-BV über einen Betrag von je 20 Mill. S zu den im Amtsbericht angeführten Konditionen zugestimmt."

Um Ihre Zustimmung wird gebeten.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu Wortmeldungen oder Fragen? Dies ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Stimmenthaltung? Einstimmig so beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Im Zusammenhang mit den Personalvertretungswahlen und dem Objektivierungsgesetz soll eine Änderung der Dienstnehmersvertretung im Personalbeirat stattfinden. Es ergeht folgender Antrag:

5) Präs-35/91

Änderung in der Zusammensetzung des Personalbeirates.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Personalreferates werden folgende Mitglieder der Dienstnehmersvertretung des Personalbeirates nach dem Oö. Objektivierungsgesetz mit sofortiger Wirksamkeit bestellt:

VOK Mag. Schuster Erwin, VOK Greinöcker Hans, VOK Kurt Buchner als ordentliche Mitglieder und als Ersatzmitglieder VB Fuchs Ernst, VB Feichtlbauer Pauline, VB Voltenhofer Günther.

Bei den Mitgliedern auf seiten der Dienstgeberversetzung treten keine Änderungen ein.

Ich bitte um die Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wortmeldungen ergeben sich nicht. Gegen den Antrag oder Stimmenthaltung? Auch hier Einstimmigkeit.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN
LEITHENMAYR:

Der nächste Antrag ergeht als
Antrag des Stadtsenates an den
Gemeinderat.

6) Präs-805/91

Pers-989/91

Änderung des Oö. Kindergärten- und Horte-Dienstgesetzes; Verbesserung der besoldungsrechtlichen Stellung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Entsprechend dem Amtsbericht des Personalreferates vom 9. Juli 1991 wird bestimmt:

1) Die Änderungen des Oö. Kindergärten- und Horte-Dienstgesetzes gem. Landesgesetz 34 vom 6. Dezember 1990 sind mit 1. September 1991 in Kraft zu setzen. Mit Wirkung vom 1. Jänner 1991 sind sämtliche bisher nach I 3 entlohnte Kindergärtnerinnen und Hortnerinnen nach I 2b 1 zu überstellen. Nach dem 1. 9. 1990 beschäftigte Kindergärtnerinnen bzw. Hortnerinnen mit der neuen Ausbildung bzw. der Ausbildung zur Sonderkindergärtnerin werden bereits ab diesem Zeitpunkt nach I 2b 1 entlohnt. Bisherige Regelungen (Erholungsurlaub und sonst. Dienstfreistellungen) bleiben unangetastet.

2) Leiterinnen, bei denen sich nach den neuen Bestimmungen ein niedrigerer Ansatz ergeben würde, ist vom 1. 9. 1991 bis 31. 12. 1991 eine Ergänzungs-

zulage bis zur Höhe des neuen Ansatzes der Leiterinnenzulage zu gewähren. Diese Ergänzungszulage ist 14 Mal jährlich auszuzahlen.

3) Die derzeitige Erschwerniszulage für Hortnerinnen in Höhe von S 665,- p. M. (12 x jährlich) wird mit 1. 9. 1991 auf S 1.200,- p. M. (10 x jährlich - im Sinne des Amtsberichtes) erhöht. Diese Erschwerniszulage ist auch auf die jeweiligen Assistentinnen (max. eine Kraft je Gruppe) mit entsprechender Hortausbildung und Hortverwendung anzuwenden. Die Valorisierung dieser Erschwerniszulage hat jeweils zu dem Zeitpunkt und in dem Ausmaß, in dem sich der Gehaltsansatz der 2. Gehaltsstufe der V. Dienstklasse der Beamten der allgemeinen Verwaltung ändert, zu erfolgen.

Auch hier wird um die Zustimmung gebeten.

BÜRGERMEISTER HEINRICH
SCHWARZ:

Wünscht dazu jemand das Wort? Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand wer diesem nicht ganz billigen Beschluß beistimmt. Danke. Gegen diesen Beschluß? Stimmenthaltung? Einstimmig beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN
LEITHENMAYR:

Der nächste Antrag beschäftigt sich mit einer Gewerbebeförderung.

7) Ha-6582/90

Sport und Mode Neugebauer,
Inh. Schmid GesmbH., Pa-
chergasse 4, 4400 Steyr;
Gewerbeförderung.

Der Gemeinderat wolle be-
schließen:

Aufgrund des Amtsberichtes
der Magistratsabteilung II vom
31. Juli 1991 wird der Fa.
Sport-Mode Neugebauer, Inh.
Schmid GesmbH., Pachergasse
4, 4400 Steyr, eine Gewer-
beförderung in der Form ge-
währt, daß für das bei der
Volksbank Steyr aufgenommene
Darlehen in Höhe von 14 Mill. S
eine Zinssatzstützung in Höhe
von 1 % für die Jahre 1991,
1992, 1993, 1994 und 1995
mit einer Gesamthöhe von S
426.000,-- übernommen wird.
Die Auszahlung der einzelnen
Förderungsteilbeträge hat nach
Vorlage von Bestätigungen über
die Zinsdienstleistungen in
den Jahren 1991, 1992, 1993,
1994 und 1995 zu erfolgen und
bedarf einer gesonderten
Beschlufassung.

Für das Finanzjahr 1991 wird
zu diesem Zweck eine Kre-
ditüberschreitung in Höhe von
S 45.000,--

(fünfundvierzigtausend)

bei der V A St.
5/7820/756000.9 bewilligt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH
SCHWARZ:

Gibt es dazu Fragen? Keine. Ge-
genteilige Auffassungen?

Stimmenthaltungen? Einstim-
mig auch dieser beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN
LETHENMAYR:

Der letzte Antrag betrifft
ebenfalls eine Gewerbeförde-
rung.

8) Ge-7158/89

A. Doleschal GesmbH Schaft-
gasse 2, 4400 Steyr; Gewer-
beförderung.

Der Gemeinderat wolle be-
schließen:

Aufgrund des Amtsberichtes
der Magistratsdirektion vom
19. Juli 1991 wird der A. Dole-
schal GesmbH., Schaftgasse 2,
4400 Steyr, in der Ent-
sprechung des diesbezüglichen
Grundsatzbeschlusses vom 28.
6. 1990 für die zur Struktur-
bereinigung aufgenommenen
Kredite in Höhe von insgesamt
6 Mill. S ein Zinszuschuß für
das erste Halbjahr 1991 in
Höhe von S 256.721,-- gewährt.
Die hierfür erforderlichen Mit-
tel im Ausmaß von

S 256.800,-- (zweihundert-
sechsfundfünftausend-
achthundert)

werden bei V St
5/7820/756000.9 freigegeben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH
SCHWARZ:

Auch dieser Antrag steht zur
Debatte. Keine Wortmeldung.
Ich bitte um ein Zeichen mit
der Hand wer zustimmt. Danke.
Gegen den Antrag? Stimm-

haltung? Einstimmig beschlossen.

Ich danke Kollegen Leithenmayr für seinen raschen und präzisen Vortrag und ersuche Kollegen Sablik, dies ebenso zu machen.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ERICH SABLİK:

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, ich darf Ihnen einen Antrag des Stadtsenates vorbringen.

9) Bau3-7320/89

Industrieraufschließung Hinterberg; Verlängerung des Geh- und Radweges längs der Haagerstraße von der Firma Lipfert bis zur Stadtgrenze zu Ramingdorf; Vergabe der Zusatzarbeiten und Mittelfreigabe.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 5. Juli 1991 wird im Zusammenhang mit der Verlängerung des Geh- und Radweges längs der Haagerstraße (von der Firma Lipfert bis zur Stadtgrenze zu Ramingdorf) der Auftrag zur Durchführung der Arbeiten an die ARGE Hinterberg zu Gesamtkosten in Höhe von S 645.805,44 inkl. MWSt. zugestimmt. Die Refundierung des Landesanteiles an diesen Baumaßnahmen in Höhe von ca. S 246.000,-- inkl. MWSt. erfolgt nach Fertigstellung.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 646.000,-- (sechshundertsechszwanzigtausend) bei der VA-Stelle 5/6120/002030.4 freigegeben. Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 44 Abs. 5 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte um die Freigabe und um Zuerkennung der Dringlichkeit.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Dies ist nicht der Fall. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand wer zustimmt. Danke. Dagegen? Stimmenthaltung? Einstimmig beschlossen.

STADTRAT ERICH SABLİK:

Der nächste Akt behandelt auch einen Antrag des Stadtsenates.

10) Ha-3816/91

Verein "Pro mente infirmis" - Atrium Steyr; Subvention für das Jahr 1991.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsabteilung V vom 9. 7. 1991 wird dem Verein "Pro mente infirmis" im Zusammenhang mit der Führung des ATRIUMS Steyr, Gleinker-gasse 21, für das laufende Haushaltsjahr zur Deckung des gesamten Mietaufwandes und 50 % der Betriebskosten eine

einmalige Subvention im Betrag von

S 231.400,--

(zweihunderteinunddreißigtausendvierhundert)

gewährt.

Zu diesem Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 103.000,--

(einhundertdreitausend)

bei der VSt. 1/4130/757000.4 freigegeben sowie eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 128.400,--

(einhundertachtund-

zwanzigtausendvierhundert)

bei der gleichen VSt. bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Ich bitte um die Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es Wortmeldungen dazu? Nicht der Fall. Gegen den Antrag? Stimmenthaltungen? Einstimmig so beschlossen.

STADTRAT ERICH SABLİK:

Um allfälligen Wortmeldungen ein wenig vorzubeugen, muß ich beim nächsten Akt ein bißchen weiter ausholen. Wie Sie wissen, können Behinderte, die gewisse Kriterien erfüllen, bei den Städtischen Verkehrsbetrieben mit einem Ausweis kostenlos die verkehrsbetrieblichen Einrichtungen benutzen. Nachdem derzeit noch ca. 800 Ausweise in Benützung sind,

entspricht dies im Jahr ungefähr 40.000 kostenlosen Fahrten, die ungefähr 550.000 Schilling ausmachen, wenn man den Einzelfahrpreis in Erwägung zieht. Wir haben schon immer für den zweiten Teil der schwer Gehbehinderten und Rollstuhlfahrer die Einführung eines Behindertenfahrdienstes im Auge gehabt und Möglichkeiten gesucht, dies auch so billig wie möglich einzuführen. Uns zuvor gekommen ist der Verein "Multiple Sklerose", der 18 Rollstuhlfahrer betreut, der sich aber außerstande gesehen hat, mit der eigenen Einrichtung, nämlich einem ehrenamtlich betriebenen Behindertenbus, auch die anderen Behinderten in Steyr, die öffentliche Verkehrsmittel nicht oder nur schwer benützen können, zu betreuen. Daher wurde nach langen Gesprächen mit dem Österreichischen Roten Kreuz analog der Einrichtung des Arbeiter-Samariter-Bundes in Linz und dem Österreichischen Roten Kreuz in Wels der Plan des Roten Kreuzes vom Stadtsenat gutgeheißen, einen Behindertenfahrdienst, kurz Behinderten-Taxi genannt, in Steyr einzuführen.

Das Rote Kreuz stellt sich aber eine massive Unterstützung in der Form vor, daß wir für jeden Kilometer, den ein Behinderter in Steyr fährt, 4 Schilling von der Gemeinde aus zuschießen, mindestens jedoch einen Betrag von 40 Schilling. Weiters,

daß sich die Stadt verpflichtet, die anfallenden Personalkosten für zwei neu einzustellende hauptberufliche Mitarbeiter dem Österreichischen Roten Kreuz zur Gänze zu ersetzen.

Vergessen Sie den Amtsbericht, der bei Ihren Akten dabei liegt und lassen Sie sich von mir sagen, daß wir in intensiven Verhandlungen mit dem Roten Kreuz die Möglichkeit geschaffen haben, alle diese bürokratischen Hemmnisse, die von Wels abgeschrieben sind, in Steyr nicht durchzuführen. Es ist auch nicht erforderlich, eine Fahrt 24 Stunden vorher anzumelden, natürlich würde es gut sein, wenn der Kreis der Behinderten bekannt ist, daß sie sich untereinander absprechen. Man kann ja sowohl außerhalb Steyrs als auch innerhalb Steyrs mit diesem Fahrzeug wegfahren, praktisch einen Taxi-Dienst fordern. Weiters die Einzelheiten mit 30 Schilling Mindestbetrag. Es können immer zwei Personen fahren, nämlich der Behinderte und eine Begleitperson. Hier wird eine soziale Abfederung notwendig sein müssen, weil die anderen ja bei den Städtischen Verkehrsbetrieben umsonst fahren können und da müßte er zahlen; und ich bitte Sie zur Kenntnis zu nehmen, daß wir diese Frage am 5. September im Wohlfahrtsausschuß eingehend behandeln, so daß der Wohlfahrtsausschuß

dem Gemeinderat in nächster Zeit einen brauchbaren, durchführbaren und für die Behinderten adäquaten Vorschlag bringen kann.

Ich bitte um Zustimmung des Antrages.

11) SH-4436/91

Einrichtung eines Behindertenfahrdienstes in Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Im Zusammenhang mit der Einführung eines Behindertenfahrdienstes in Zusammenarbeit mit dem Österr. Roten Kreuz, Bezirksstelle Steyr-Stadt, wird beschlossen, daß

1. die Stadt Steyr für jeden mit dem Behindertenfahrzeug gefahrenen Transportkilometer einen Betrag von S 4,--, mindestens jedoch einen Betrag von S 40,-- je Transport, zuschießt und

2. die Stadt Steyr sich verpflichtet, die anfallenden Personalkosten für zwei neu einzustellende hauptberufliche Mitarbeiter dem Österr. Roten Kreuz zur Gänze zu ersetzen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es Wortmeldungen dazu? Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wer diesem Grundsatzbeschluß zustimmt. Keine gegenteilige Auffassung. Keine Stimmenthaltung. Einstimmig so beschlossen.

Kollege Schloßgangl ist der nächste.

BERICHTERSTATTER STADTRAT
ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates, im Zusammenhang mit der Errichtung der Kanalisation und dem Straßenbau Steyrdorf 1. Teil soll nachstehenden Mittelfreigaben zugestimmt werden.

12) Bau6-1074/88

Bau3-4700/85

Errichtung Kanalisation und Straßenbau Steyrdorf 1. Teil; Antrag um Mittelfreigabe für Teilzahlungen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 1. Juli 1991 wird im Zusammenhang mit der Errichtung der Kanalisation und dem Straßenbau Steyrdorf 1. Teil nachstehenden Mittelfreigaben zugestimmt:

1. Kanalbau S 872.000,-- exkl. MWSt.; 2. Straßenbau Frauengasse S 74.000,-- inkl. MWSt.; 3. Straßenbau Sierninger Straße und Vorplatz Feuerwehr S 117.000,-- inkl. MWSt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 872.000,-- (achthundertzweiundsiebzigtausend)

bei der VA-Stelle 5/8110/050420.7 freigegeben sowie eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 74.000,--

(vierundsiebzigtausend)

bei der VA-Stelle 5/6120/002640.0 sowie eine weitere Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 117.000,--

(einhundertsiebzehntausend)

bei der VA-Stelle 5/6120/002730.9 bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitungen hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 44 Abs. 5 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH
SCHWARZ:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Keine. Gibt es gegenteilige Meinungen oder Stimmenthaltungen? Einstimmig beschlossen.

STADTRAT ING. OTHMAR
SCHLOSSGANGL:

Im Zusammenhang mit der Aufschließung der Klingergründe sollen nachstehende Auftragsvergaben an die Firma Adami beschlossen werden.

13) Bau6-1016/91

Aufschließung Klingergründe; Erd-, Baumeister-, Rohrverlegungs- und Straßenbauarbeiten; Vergabe und Mittelfreigabe.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 17. Juli 1991

wird im Zusammenhang mit der Aufschließung der Klingergründe nachstehenden Auftragsvergaben an die Firma Adami, Steyr, zugestimmt:

1. Kanalbau (Teil A) S 364.767,30 exkl. MWSt.; 2. Straßenbau (Teil C) S 276.132,-- inkl. MWSt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 350.000,--

(dreihundertfünfzigtausend)

bei der VA-Stelle 5/8110/004350.3 sowie Mittel im Ausmaß von

S 276.000,-- (zweihundertsechundsiebzigtausend)

bei der VA-Stelle 5/6120/002350.6 freigegeben.

Die Freigabe eventuell erforderlicher Restmittel bleibt einer gesonderten Beschlußfassung vorbehalten.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 44 Abs. 5 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu Fragen oder Wortmeldungen? Keine. Wie ich sehe ist der Beschluß einstimmig gefaßt.

Ich danke Kollegen Schloßgangl. Der nächste ist Kollege Steinmaßl.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, werte Kolleginnen und

Kollegen des Gemeinderates, mein erster Antrag handelt sich um die Erneuerung der Erdgas- und Trinkwasserversorgungsleitungen in der Grillparzerstraße und in der Gutenberggasse.

14) ÖAG-3986/91

Stadtwerke

Erneuerung der Erdgas- und Trinkwasserversorgungsleitungen in den Straßenzügen Grillparzerstraße u. Gutenberggasse; Auftragsvergaben.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke vom 25. Juni 1991 wird im Zusammenhang mit der Erneuerung der Erdgas- und Trinkwasserversorgungsleitungen in den Straßenzügen Grillparzerstraße und Gutenberggasse nachstehenden

Auftragsvergaben zugestimmt:

1. Tiefbauarbeiten, Fa. Asphalt u. Beton, Steyr - S 475.314,-- exkl. USt; 2. Ankauf der PVC-Rohrmaterialien für Trinkwasserversorgung, Fa. Kontinentale, Wels - ca. S 43.400,-- exkl. USt; 3. Rohrtransport, Städt. Wirtschaftshof - ca. S 2.000,-- exkl. USt.

Die hierfür erforderlichen Mittel sind von den Stadtwerken der Stadt Steyr aufzubringen.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 44 Abs. 5 zum sofortigen

Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand wer zustimmt. Danke. Gegen diesen Antrag? Einstimmig beschlossen.

STADTRAT RUDOLF STEIN-MASSL:

Im Zusammenhang mit der Erdgasaufschließung des Stadtteiles Neuschönau soll die Verlegung einer Niederdruckgasleitung in den Straßenzügen Bergerweg, Hermannstraße und Neuschönauer Hauptstraße erfolgen.

15) ÖAG-2652/91

Stadtwerke

Erdgasaufschließung Neuschönau, Verlegung einer Niederdruckgasleitung in den Straßenzügen Bergerweg, Hermannstraße und Neuschönauer Hauptstraße; Auftragsvergaben.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke vom 20. Juni 1991 wird im Zusammenhang mit der Erdgasaufschließung des Stadtteiles Neuschönau (Verlegung einer Niederdruckgasleitung in den Straßenzügen Bergerweg, Hermannstraße und Neuschönauer Hauptstraße) nachstehenden Auftragsvergaben zugestimmt:

1. Tiefbauleistungen, Bietergemeinschaft Hamberger-Negrelli, Steyr - S 2.042.862,-- exkl. USt; 2. Rohrtransport, Städt. Wirtschaftshof - ca. S 8.000,-- exkl. USt; 3. Ankauf der Rohrmaterialien für die Trinkwasserleitung, Fa. Kontinentale, Wels - S 17.100,-- exkl. USt.

Die erforderlichen Mittel sind von den Stadtbetrieben der Stadt Steyr aufzubringen.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 44 Abs. 5 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Dazu Fragen? Keine. Gegenteilige Meinungen? Stimmenthaltungen? Auch hier Einstimmigkeit.

STADTRAT RUDOLF STEIN-MASSL:

Bei meinem nächsten Antrag geht es um die Verkürzung des Taktes auf der Linie Resthof - Gründbergsiedlung sowie die Einführung neuer City-Bus Linien und den Ankauf der notwendigen Fahrzeuge. Der Antrag des Stadtsenates lautet:

16) ÖAG-3782/91

Stadtwerke

Städt. Verkehrsbetrieb; Verkürzung des Taktes auf der Linie Resthof - Gründbergsiedlung sowie Einführung neuer City-Buslinien -

Ankauf der notwendigen
Fahrzeuge.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke vom 17. Juni 1991 wird im Zusammenhang mit einer Taktverdichtung auf der städtischen Linie Resthof - Gründbergsiedlung und der Schaffung von City-Buslinien nachstehender Auftragsvergabe zugestimmt:

Fa. Steyr Bus Ges. m. b. H. Wien:
Lieferung von 2 Einheiten Steyr-Stadtbusse, Type SS 11 HU 240 mit Rußfilter; 2 Rußfilteranlagen inkl. Einbau; 5 Einheiten Steyr City-Busse, Type SC 6 F 85 - Paketpreis S 11.884.866,-- o. MWSt.

Zum genannten Zweck wird den Stadtwerken Steyr nach Maßgabe des vorzitierten Amtsberichtes eine Kapitaleinlage in Höhe von S 6.734.866,-- exkl. USt gewährt.

Zu diesem Zweck wird eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 6.734.900,-- (sechsmillionensiebenhundertvierunddreißigtausendneunhundert) bei der VA-Stelle 5/8790/779000.6 bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen. Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 44 Abs. 5 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH
SCHWARZ:

Ich danke für den Bericht. Kollege Schloßgangl hat sich zu Wort gemeldet.

STADTRAT ING. OTHMAR
SCHLOSSGANGL:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, wir - ich möchte das vorausschicken - sind selbstverständlich für den Ankauf der City-Busse, doch ich möchte auch hier noch einmal die Bedenken dokumentieren, die ich schon im Verkehrsausschuß geäußert habe. Ich glaube, es müßten zuerst die Voraussetzungen geschaffen werden, das sind zentrumsnahe Parkplätze, Parkplätze an der Peripherie, an den Stadteinfahrten. Denn was wollen wir mit den City-Bussen erreichen? Wir möchten gerne, daß der Individualverkehr auf öffentliche Verkehrsmittel umgestellt wird und daß die Verkehrsteilnehmer einen Anreiz haben. Wenn wir keine Parkmöglichkeiten haben - "Park and Ride" an den Stadteinfahrten noch im Zentrum entsprechende Parkplätze, dann wird auch der Anreiz der Verkehrsteilnehmer, auf diese City-Busse umzusteigen, sehr gering sein. Es hat sich auch herausgestellt, daß speziell von der Wirtschaft verschiedene Maßnahmen in Steyrdorf aber auch in Ennsdorf gefordert wurden, die eine Änderung bzw.

eine Verbesserung und zusätzliche Maßnahmen für ihren Geschäftsverkehr gefordert haben, aber leider Gottes im Verkehrsausschuß nicht einmal erwähnt, geschweige denn angenommen wurden. So wäre zum Beispiel eine Linienführung im Bereich Ennsdorf über die Bahnhofstraße, Pachergasse, Johannesgasse und dann über die Brücke eine Probe wert gewesen, weil man sich dadurch den Verlust der Parkplätze in der Bahnhofstraße erspart hätte - zumindestens bis dahin, bis die entsprechenden zentrumsnahen Parkplätze, die wir ja alle erhoffen und erwarten, beim Bahnhofsparkdeck, beim Merkur-Markt und auch beim Schiffmeisterhaus realisiert werden.

Man ist sehr früh nach den Verhandlungen mit dem derzeitigen Eigentümer der Liegenschaft der ehemaligen Aschauer-Gründe in die Presse gegangen und mußte dann eigentlich zur Kenntnis nehmen, daß die Forderungen dieses Eigentümers für eine Vermietung des Parkplatzes so hoch gestochen waren, daß man die Zustimmung wieder zurücknehmen mußte und daß daher dieser zentrumsnahe Parkplatz in nächster Zeit nicht zur Verfügung stehen wird. Ich glaube, wir müßten auch - das ist uns allen bekannt, denn wir kennen ja diese Parkplatzmiserie nicht erst seit der Stickler-Studie, sondern seit

vielen Jahren - endlich bereit sein, Geld, vielleicht sogar viel Geld in die Hand zu nehmen, um diese zentrumsnahen Parkplätze zu realisieren. Ich denke vor allem an den Wieserfeldplatz, dort ist es sehr dringend notwendig, ich denke auch, daß man beim Merkur-Parkplatz etwas beschleunigen könnte und wenn das realisiert ist, dann finde ich es sinnvoll, die City-Busse einzuführen. Nicht aber jetzt, nur als eine Art Wahlschlager, von dem ja heute schon viel die Rede war. Daß sie z. B. im September fahren müssen, weil da die Schule beginnt, die Voraussetzungen aber völlig fehlen, finde ich nicht sinnvoll.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Kollege Spöck ist der nächste.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, bei dieser Gelegenheit möchte ich nochmals ganz kurz auf unsere behinderten Mitbürger zu sprechen kommen. Wir haben uns ja beim Behindertenfahrdienst - Antrag Nr. 11 - richtigerweise müßte man ja Behindertenausflugsdienst sagen, schon damit befaßt und ich bin der Meinung, es wäre auch wünschenswert gewesen, sich mit der Problematik eines Behinderten-Anruf-Sammeltaxis zu befassen.

Entweder auf privater Ebene oder durch die Stadtwerke betrieben. Damit wäre sicherlich eine bessere Lösung des Transportproblem es für unsere Mitbürger gegeben gewesen. Natürlich hätten zuerst die Kosten ermittelt werden müssen und ebenso wäre eine Bedarfsermittlung notwendig gewesen. Zum vorliegenden Antrag fehlen mir natürlich wieder die Einrichtungen für die Behinderten bzw. die Mütter mit ihren Kinderwägen. Durch den Dringlichkeitsbeschluß gem. § 44 Abs. 5 des Statutes sind ja wahrscheinlich die Busse schon gekauft worden und es ist ja zu spät, eine Änderung herbeizuführen, aber ich ersuche Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat Steinmaßl, zumindestens bei den nächsten Buskäufen auf die behinderten Menschen Rücksicht zu nehmen. Abschließend sei mir gestattet, noch eine Anregung, vielleicht als Sofortmaßnahme, vorzubringen. Das Anbringen von Gurten zum Anschnallen von Kinderwägen als Sicherheitsmaßnahme, sowohl für unsere Kleinkinder als auch für die Fahrgäste, wäre wünschenswert.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke für diesen Diskussionsbeitrag. Kollege Eichhübl bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Obwohl es sich um einen Dringlichkeitsantrag handelt, werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates, möchte ich doch auch im Namen der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion einige grundsätzliche Bemerkungen zu diesem vorliegenden Antrag machen. An sich geht es ja in erster Linie um den Ankauf von City-Bussen und zwei weiteren Bussen. Nachdem aber auch im Amtsbericht die Linienführung angeführt ist, möchte ich doch darauf ganz kurz eingehen. Vor allem auf die Entstehung dieser Linienführung, die ja im Verkehrsausschuß, meine Vorredner haben darauf hingewiesen, bekanntlicherweise beschlossen wurde. Ich kann mich einfach des Eindrucks nicht erwehren, daß man hier wieder den alten Weg gegangen ist, nämlich jenen Weg, der weit entfernt von Bürgernähe ist. Und zwar deshalb, weil ich meine - und nicht nur ich meine das, sondern auch sehr viele Betroffene - daß man mit den Betroffenen Kontakt aufnehmen sollte, bevor man ein derartiges Vorhaben, das sehr einschneidende Maßnahmen nach sich zieht, realisiert. Man sollte die nötigen Voraussetzungen schon vorher schaffen, wie z. B. die Errichtung von zentrumsnahen Parkplätzen. Natürlich darf man sich dann nicht wundern, wenn man sich mit Protestresolutionen konfrontiert

sieht, wie das in diesem Fall wiederum geschehen ist, weil man eben vorher nicht mit den Betroffenen ausreichend gesprochen hat. Ich glaube, jeder kennt diese Protestresolution; es geht nämlich darum, daß rund 40 Geschäftsleute ihre Bedenken geäußert haben. Ob jetzt alle ihre Meinungen zutreffen, das kann ich nicht beurteilen, aber das hätte man doch vorher klären müssen und ich kann mich eines weiteren Eindrucks auch nicht erwehren, daß man sich jetzt plötzlich vor der Wahl hinstellt und sagt "Hallo, liebe Steyrer, jetzt führen wir die City-Busse ein!", nachdem man jahrelang in diesem Bereich nichts gemacht hat. Wenn dann noch der Herr Vizebürgermeister Leithenmayr meint - und das hat mich schon sehr betroffen gemacht - daß der Gruß der Geschäftsleute das Jammern sei, dann frage ich mich schon, ob bis zu ihm noch nicht vorgedrungen ist, daß auch der Magistrat auf die Einnahmen dieser Geschäftsleute in irgend einer Form angewiesen ist.

Ich darf noch betonen, daß wir selbstverständlich für den Ankauf von City-Bussen sind. Nicht zuletzt deshalb, weil wir diese seit Jahren fordern und wir haben ja auch - das habe ich von dieser Stelle aus mehrmals bekannt gegeben - dazu im kleineren Kreis mehrere Volksbefragungen durchgeführt und haben auch einen Probe-

betrieb an einem Samstag eingeführt, um der Bevölkerung die Gelegenheit zu geben, mit diesen City-Bussen zu fahren. Ich komme schon zum Schluß und möchte, bevor ich nun vom Rednerpult weggehe, ebenfalls - wie es mein Kollege Spöck schon zum Ausdruck gebracht hat,- bedauern, daß diese City-Busse nicht behindertengerecht gestaltet sind.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Als zuständiger Verkehrsreferent, Kollege Zagler bitte.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Genau das, liebe Kolleginnen und Kollegen, drängt mich zum Rednerpult, daß ich als Verkehrsreferent indirekt zuständig bin. Bevor ich auf den Antrag eingehe, möchte ich auch noch danke sagen zu den Beschlüssen über die bisherigen Punkte 9), 11), 16) und 17) - soweit 16) und 17) beschlossen werden - weil sie ebenfalls genau in die Richtung unseres städtischen Verkehrskonzeptes hineingehen. Und das ist auch die Aussage, die ich machen kann, daß genau diese Angelegenheit, nämlich die City-Busse anzukaufen und einzusetzen, die Taktfrequenzen auf der Linie Resthof - Zentrum bzw. Zentrum - Krankenhaus zu verbessern, mit dem Stickler-Konzept in Koordination steht.

Zugegebenermaßen ist eine der Forderungen, die auch die Unternehmergruppe in der inneren Bahnhofstraße gestellt hat, noch nicht erfüllt. Es handelt sich dabei um die heute schon mehrfach zitierten zentrumsnahen Parkplätze, im speziellen auch um das Parkdeck am Bahnhof, wobei der Ball, der dieses Projekt noch verzögert, aber nicht bei uns in der Gemeinde, sondern weiter Richtung Linz und Wien liegt. Dort wird auch die Lösung zu suchen sein, um die wenigen nötigen Mittel, die für die Verwirklichung dieses Projektes fehlen - das sind von einer Investitionssumme von rund 100 Mill. S bloße acht Mill. S, um die es hier geht - vielleicht doch noch aufzubringen, um demnächst mit dem Bau beginnen zu können. Es ist der Vorwurf gemacht worden, daß es jetzt plötzlich zu schnell geht und ich kann mir das schon vorstellen. Alles andere geht Euch zu langsam; nämlich dort, wo irgendwelche Mißstände vorhanden sind, geht es Euch zu langsam, diese zu beseitigen. Wir versuchen dies zu tun, aber auch da, wo man Gutes für die gesamte Bevölkerung und auch für die Wirtschaft macht, dort geht es Euch auf einmal zu schnell. Ihr ward es, nicht nur wir als Mehrheitsfraktion, die immer vehement die City-Busse gefordert haben. Kollege Roman Eichhübl nickt selbstgefällig hier dazu. Es war zwar

nicht Deine Erfindung, muß ich dazu sagen, aber immerhin auch ...

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Ich weiß nicht, wer selbstgefällig ist, darüber müßten wir uns noch unterhalten.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

... aber immerhin auch wenn man mit den anderen hier an vorderer Front kämpft, ist es schon ein gutes Gefühl, wenn man sich einmal in der Reihe aller findet bei einer Forderung, die man aufstellt. Es war also der Wunsch aller hier vertretenen Fraktionen, dies zu tun und plötzlich geht es ein bißchen zu schnell. Wir bekennen uns aber dazu, um die innerstädtische Verkehrssituation besser in den Griff zu bekommen. Wenn der Ruf nach diesen fehlenden zentrumsnahen Parkplätzen laut wird, dann ist es ja mit ein Grund, daß zu wenig Parkplätze im Zentrum vorhanden sind, weil die Autobusverbindungen, die Verbindungen des öffentlichen Personennahverkehrs eben nicht ausreichend ausgebaut sind. Ich bitte auch hier - ich habe das im Verkehrsausschuß als Vorsitzender auch schon berichtet - zur Kenntnis nehmen zu wollen, daß es von uns und auch von Euch beschlossen wurde. Kollege Wieser, da kannst Du Dir auf den Kopf greifen, vielleicht regt das

Dein gedankliches Volumen ein bißchen an, und auch so zu ...

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

... Du bist ein Lümmel, daß Du es genau weißt.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Weil Du eben auch mitgestimmt hast, lieber Kollege Strasser, weil Du bei diesem Grundsatzbeschuß mitgestimmt hast, wo genau in die Richtung öffentlicher Verkehr gesetzt werden muß.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Du glaubst, Du kannst Dir hier alles herausnehmen, oder wie? Du "BLABLAMANDL", Du.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Das bedeutet eben, weg vom individuellen Fahrzeug, weg vom PKW und hin zum Autobus - und diesen Weg wollen wir auch gehen. Es ist von der Gemeinschaft in der Bahnhofstraße ein Vorschlag gemacht worden, eine andere Linienführung hier vorzuschlagen, und zwar eine Linienführung über Pachergasse, Johannesgasse, innere Haratzmüllerstraße. Dazu möchte ich sagen, daß dies nicht genügend produktiv ist, weil durch eine solche Linienführung mehr an Stellplätzen in Verlust geraten, als dies der Fall bei der Führung durch die

Bahnhofstraße ist. Deswegen konnte auch auf den Vorschlag der Interessensgemeinschaft nicht eingegangen werden. Daß uns diese ...

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Völlige Verdrehung! Du hast nicht nur keine Manieren, Du kannst auch nichts korrekt wiedergeben.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Daß uns die Vorschläge dieser Interessensgemeinschaft nicht egal sind bzw. egal waren, ist alleine daraus schon ersichtlich, daß wir die gewünschten Plätze vor dem Trachtenhaus Rossacher in eine - von dieser Gemeinschaft gewünschte - 60-Minuten-Kurzparkzone beschlossen haben und diese auch so verordnet werden wird. Wir waren damals auch im Bewußtsein, daß das mit den Parkplätzen auf der ehemaligen Liegenschaft Aschauer gelingen wird; ich bin erst heute von einem Kuraufenthalt zurückgekehrt und weiß daher nicht, daß es hier Verzögerungen gibt. Sollte dies aber der Fall sein, dann bedaure ich das zutiefst, weil man eben auch hier versucht, innerstädtische Parkplätze zusätzlich zu schaffen - auch im Einvernehmen mit Stickler. Ich möchte noch etwas Wichtiges in diesem Zusammenhang sagen, und zwar die Tarifstruktur. Wie ja auch

schon vielfach von vielen Mitgliedern im Gemeinderat angesprochen, wird es unsere nächste Aktivität sein und unserer nächsten Aktivität bedürfen, die Tarife so zu strukturieren, daß es dem Benutzer des öffentlichen Verkehrsmittels noch leichter wird, seinen PKW zu Hause stehen zu lassen. Um für Verkehrsfahrten, Einkaufsfahrten und ähnliche Fahrten in die Stadt sein Auto stehen zu lassen, um dort alle seine Erledigungen durchführen zu können und nicht für jede Teilstrecke und jede Fahrt einen neuen Fahrtausweis lösen zu müssen.

Der Gemeinderat Eichhübl hat uns Bürgerferne oder mangelnde Bürgernähe vorgeworfen in diesen Sachen. Ich kann das nur deutlichst zurückweisen und dem widersprechen. Alleine die Stickler-Verkehrserhebung, im Auftrag der Stadtgemeinde Steyr gemacht, ist etwas, das einen solchen Fragebogen-Rücklauf erbracht hat, der in einem so enormen Ausmaß da war, wie sonst nirgends bei anderen Verkehrserhebungen und genau das ist die Grundlage gewesen; und viele dieser Steyrer, die diese Fragebogen beantwortet haben, haben diese Linien gefordert und der Ausfluß liegt hier. Wir haben weiters diese Linien bei Stadtteilgesprächen vorgestellt, wo ja auch viele der anwesenden Gemeinderäte - aber auch viele

nicht - teilgenommen haben. Daß man ein Konzept so verwirklichen muß, daß man bis auf den letzten Mosaikstein alles vorbereitet, dann würde wahrscheinlich nichts passieren oder Jahre bzw. Jahrzehnte lang nichts passieren. Man muß aber auch einmal den Mut zur Lücke haben und eine Entscheidung herbeiführen und dann aber sehr auf der Hut sein, um mögliche Verbesserungsmöglichkeiten, die sich anbieten, noch zu ergreifen. Ich glaube, man kann nicht alles im Sandkasten so ausspielen, um eine 100%ige Lösung von Haus aus in Erwägung zu ziehen.

Zu meinem Zwischenruf zum Kollegen Strasser muß ich sagen, daß es mir leid tut. Ich bedaure, das in dieser Form gesagt zu haben. Ich habe Dich allerdings beim Schwätzen mit Deinem Nachbarn gesehen und Du hast Dir so auf die Stirn gedeutet, vielleicht um Dir den Schweiß wegzuwischen.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL
HOLUB:

Wieser hast Du aber gesagt!

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT
ZAGLER:

Entschuldigung, dies war in der Erregung eine Namensverwechslung. Lieber Kollege Strasser, ich bitte das zu entschuldigen - vor allem den zweiten Halbsatz, in dem ich über bestimmte Dinge gesprochen habe. Danke.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke, als nächster Kollege Holub bitte.

Ich glaube - daß wir hier wieder in normale Umstände zurückkehren und der Kollege Zagler hat sich entschuldigt - daß der Ausdruck "Lümmel" in diesem Zusammenhang auch nicht ganz in Ordnung war. So etwas sagt man auch nicht bei uns.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Ich nehme das zur Kenntnis.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ja, Du nimmst es zur Kenntnis und entschuldigst Dich auch. Kollege Holub hat sich zu Wort gemeldet, bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Ich entschuldige mich nicht, aber nachdem der Kollege Zagler den Halbsatz zurückgenommen hat, nehme auch ich den "Lümmel" zurück. Hätte er ihn nicht zurückgenommen, müßte ich mich auch nicht entschuldigen.

Nein, wirklich liebe Freunde, es geht grundsätzlich um etwas, daß wir uns nicht um des lieben Gags willen in einer Zeit, die sowieso hitzig ist, die mit schweren Themen belastet ist, nicht noch mehr Gags liefern als überhaupt. Darüber

sollten wir schon mehr aufpassen. Möglicherweise auch ich dann und wann. Man sollte aber auch mehr aufpassen, daß die Zusammenarbeit schon noch eine Zweibahn ist und keine Einbahn, so wie Ihr das in der letzten Zeit produziert habt, Hermann; und da muß ich Dich wirklich ansprechen. Ich bin nicht der Mensch, der nicht die Hand zur Zusammenarbeit reicht, aber ich bin jedenfalls ein Mensch, der es als Brückierung empfindet, wenn er über Aktionen der Gemeinde, für die er sich immerhin als stellvertretender Bürgermeister und Häuptling der zweitstärksten Fraktion - auch wenn sie nicht weiß Gott wie groß ist - mit verantwortlich fühlt, Entscheidungen, die kollegiale Organe treffen müßten, über Pressekonferenzen erfährt. Das ist der Stil der letzten vier Monate. Ihr habt das so begonnen und Ihr marschiert auch so weiter. Wenn Dir wirklich an Zusammenarbeit liegt, wie Du dies vorhin gesagt hast, so wäre es gut und nützlich für alle - nicht nur für das Klima hier herinnen, denn der Mehrheit der Steyrer ist es egal, ob wir streiten oder nicht; mit Respekt gesagt. Sondern für das Klima hier drinnen und für die Mehrheit der Steyrerinnen und Steyrer, die wollen, daß der Gemeinderat fruchtbringende Lösungen bringt, wäre das schon besser.

In Oberösterreich gibt es einen Brauch: zusammensetzen und reden. Wenn man miteinander geredet hat, dann marschiert man nach einer Meinung. Mit Heinrich Schwarz hat dies hervorragend funktioniert. Ich habe den Eindruck Hermann, daß es mit Dir noch gewisse Friktionen in dieser Richtung gibt, weil Du es noch nicht so realisiert hast, daß man eben mehr Meinungen mitnehmen muß. Genau dasselbe habt Ihr uns doch mit den Linien bei den City-Bussen sowie mit der alternativen Möglichkeit, für die Behinderten Sorge zu tragen, exerziert. Wenn ich Euch den Zeitfahrplan vorgebe, nachdem Presseaussagen und Korrespondenzen mit dem Roten Kreuz und mit der Landesregierung gelaufen sind, dann war das erste die Pressekonferenz, dann die Korrespondenz mit der Landesregierung und dann, wie Bürgermeister Schwarz zurückgekommen ist, ein Gespräch zwischen dem Bürgermeister und meiner Geringfügigkeit - Stadtrat Sablik war dann auch noch dabei - aus dem herausgekommen ist, daß die Bedingungen, die Ihr zuerst bei Eurer Pressekonferenz hinausgejubelt habt, an sich unsozial und sehr schwer durchführbar sind. Mit dem Reden wären die Leute zusammengekommen. Mehr Leute denken mehr, mehr Augen sehen mehr, mehr Ohren hören mehr und im Interesse der Bür-

gerinnen und Bürger wäre auf die konsensuelle Weise jetzt womöglich schon ein geordnetes System vorhanden, bei dem die Behinderten auch schon etwas machen könnten und nicht nur die Bereitschaftserklärung, daß wir dem Roten Kreuz zwei Mitarbeiter bezahlen - was ja sehr lobenswert ist - bzw. die Grundsatz-erklärung, daß wir einen Behindertenfahrdienst einrichten. Das wäre zuerst meine Wortmeldung gewesen, die untergegangen ist und deshalb nehme ich mir jetzt das Recht heraus, noch einmal darüber zu reden. Ich glaube, wir müssen auch beim Behindertenfahrdienst höllisch aufpassen, daß sich die Inanspruchnahme nicht dorthin äußert, wie sie im Amtsbericht zu sehen ist. Kollege Sablik hat ja bereits richtig gesagt "vergeßt ihn", damit uns das nicht trifft und daß er nur für Ausflugsfahrten verwendet wird und nicht als Ersatz für das nicht Vorhandensein von behindertengerechten Verkehrsmitteln im öffentlichen Betrieb hergenommen wird.

Die Argumentation, die ich aus der Stadtwerke-Ecke gehört habe, daß es ungerecht wäre, einige Autobusse besser auszustatten und dann die anderen nicht besser auszustatten, finde ich einfach lächerlich. Denn so kann man nie etwas verbessern. Wenn es jetzt die Möglichkeit gegeben hätte, die

City-Busse behindertengerecht anzukaufen - und das gibt es, das wissen wir von Prospekten und das wißt Ihr alle ganz genauso; das steht fest, weil wir ja auch bei der Präsentation des Steyr-Busses die Prospekte gemeinsam ausgehändigt bekommen haben - dies wäre also bei den City-Bussen möglich gewesen, vielleicht mit einer kleinen Einbuße an Transportvolumen, wobei ich aber vorausschicke, daß nicht jedesmal 4 Rollstuhlfahrer mitgefahren wären. Es wäre auch sicher bei den großen Autobussen gegangen, wenn wir der Situation Rechnung getragen hätten und von der einen verwendeten Type weggegangen und auf die Niederflerbusse umgestiegen wären. Durch die Verschmelzung von MAN und Steyr-Daimler-Puch AG spricht ja auch eigentlich weniger Lokalcolorit dagegen, andere Fahrzeuge von einem anderen Hersteller zu nehmen, der mit uns jetzt verbundener ist - bitte gehorsamst sagen zu dürfen - als der Hersteller VOLVO, der in Wien nur das Autobuswerk betreibt. So absurd wäre das also nicht gewesen und wenn man sich Zeit genommen hätte, darüber zu diskutieren, hätte es funktioniert. Nicht aber in der Mentalität, in der immer nur gesucht wird, "jetzt waren die dagegen, da machen wir schnell eine Pressekonferenz", und dann noch zu sagen, die ÖVP

war plötzlich gegen die Autobusse und die ÖVP war gegen die City-Busse und sie ist auch gegen das Behinderten-Taxi. In dieser Mentalität bleibt nichts anderes übrig, als auch bei Halbheiten zuzustimmen, damit man nicht in diese Anwürfe kommt. Bei der Linienführung der City-Busse finde ich, macht Ihr wirklich einen sehr sehr schweren Fehler. Die flankierende Maßnahme - das ist die abgesicherte Wahrheit aus jeder Stadt, in der man die Verkehrssysteme geändert hat - die flankierende Maßnahme muß vor der Maßnahme kommen, damit allgemeine Akzeptanz herrscht. Und ganz genau das ist es eben, was uns wirklich ärgert, daß es nicht stattfindet. Wir nehmen Verkehr weg - anerkanntes Ziel von uns allen - aber man will den Verkehr wegnehmen und das tut man, wenn man keine Parkplätze mehr hat, dann hat man keinen Verkehr - aber man bietet die Alternativen nicht. Kollege Eichhübl hat darauf hingewiesen, daß die gewerbliche Wirtschaft sehr viele Steuermittel zur Verfügung stellt. Ich sage es Euch noch einmal, daß mehr als die Hälfte der Arbeitskräfte in unserer Stadt Steyr aus der gewerblichen Wirtschaft kommt. Das sollte doch kein Geheimnis sein. Es kann also nicht so sein. Nur bei der Industrie sieht man die vernetzten Schwierigkeiten

deutlicher, aber bei dem viel komplexeren Begriff der kleinen und mittelständischen Wirtschaft, mit der vielen Angst, die es bei den Leuten gibt, nicht "Jammern ist der Gruß der Kaufleute", sondern eine wirkliche Existenzangst und aus der wird vielleicht manchmal eine Situation übertrieben dargestellt. Aber bei dieser Angst muß man doch Rücksicht nehmen, daß die Stadtverwaltung für ihre Bürger da ist und nicht die Bürger für die Stadtverwaltung. Diese Fehler macht Ihr derzeit laufend. Ihr wollt schnell ankündigen, Ihr habt ja auch den Blick auf den 6. Oktober und sagt, daß dies und jenes noch schnell her muß. Und weil man es einmal gesagt hat - Zitat Zagler: "Wir haben es gesagt, jetzt bleibt es auch so!" Zitat Leithenmayr: "Wir müssen Mut zum Unvollständigen haben!" - Ich glaube, daß der Mut zum Unvollständigen etwas furchtbar Einfaches ist, wenn ein anderer die Zeche dafür bezahlt. Die Zeche zahlt die Wirtschaft, die in Sorge ist. Die Zeche zahlt die Allgemeinheit, wenn Investitionen unterbleiben, die unter einem geordneten - und das ist eine Forderung für eine Stadtverwaltung - die unter einem geordneten System für die Bürger auch überschaubar sind. Die Zeche zahlt auch die Allgemeinheit, wenn aus Stadtteilen wie Steyrdorf dann unter diesen

Aspekten, die es jetzt gibt, Wirtschaftsbetriebe ankündigen, sich abzusiedeln. Dann müssen wir neue Strukturmaßnahmen setzen und die Bürger irren weiter umher - das ist ein bißchen überzeichnet - aber sie finden nicht die Leitlinien, die sie von einer ordentlichen Stadtverwaltung verlangen müßten. Wir sollten jetzt wirklich mit dieser Ankündigungspolitik aufhören und wieder zu denken beginnen, bei Maßnahmen ordentlich planen, mit den Bürgern die Flankierung rundherum besprechen und dann werden die Bürger zu uns Gemeindevertretern sagen: "Das habt Ihr jetzt wirklich richtig gemacht, wir sind zufrieden." So würde es gehen und wir sollten es in Zukunft auch wirklich so machen. Und denkt bitte noch einmal darüber nach, daß Ihr über kurz oder lang zwar die City-Busse da stehen haben werdet, aber diese fast noch nicht fahren können. Die flankierenden Maßnahmen in Steyrdorf - Ihr zitiert zwar, daß es hohe Zustimmung gibt; Othmar Schloßgangl, Du hättest sicherlich die Zahlen bereit, darf ich sie nur Überblicksmäßig vorweg sagen: mehr als die Hälfte aller Äußerungen ...

STADTRAT ING. OTHMAR
SCHLOSSGANGL:
Zwei Drittel.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL
HOLUB:

..... zwei Drittel aller Äußerungen zu den Themen in Steyrdorf haben an das "Ja, ich bin damit einverstanden" ganz wesentliche Bedingungen geknüpft. Ich finde es einfach nicht richtig, das als Zustimmung von fast allen zu verkaufen. Das ist nicht mehr Mut zum Unvollkommenen, sondern das ist ein absolutes Hinwegregieren über die Leute und das sollte man nicht tun. Noch dazu bei einem Anliegen, zu dem wir uns gemeinsam bekannt haben. Wir wollen den Individualverkehr reduzieren, aber wir wollen, daß die Menschen dabei leben können. Das wollten wir und so haben wir uns eigentlich gefunden zu dieser Meinung. Man soll daher dieses halbe oder drei Viertel Jahr noch zuwarten, bis man die Konzepte hat und um Gottes Willen nicht vorweg hudeLN und die Konzepte durch rasche Maßnahmen und immer wieder Telefonate mit Stickler übereilen. Liebe Freunde, was hat es denn für einen Grund, daß der Stickler seine Sache nicht liefert, wenn er alle Augenblicke eine neue Maßnahme einplanen muß, daß dies dann als sein Vorschlag erscheint? Dann wird er nie fertig werden. Das ist Klartext und das ist die Wahrheit. Ich traue mir das auch sagen, obwohl fast keine Presse mehr da sitzt. Aber irgendwann muß man eben doch

einmal über die Wahrheit auch reden, auch in diesem Gemeinderat und auch einige Wochen vor der Wahl. Ich glaube, daß es überhaupt nicht darum geht, jemanden schlecht zu machen, sondern daß es wirklich darum geht, den Bürgern das Leben in der Stadt zu ermöglichen. Ich bitte Euch auch daran zu denken und nicht nur daran, daß starke Männer ihren starken Arm vor dem 6. Oktober präsentieren können.

BÜRGERMEISTER HEINRICH
SCHWARZ:

Danke. Kollege Leithenmayr bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN
LEITHENMAYR:

Liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, ich wollte eigentlich nichts mehr sagen, aber wenn man immer zitiert wird, bleibt es einem nicht erspart, Stellung zu nehmen. Und wenn ich mir Dich so anhöre, mit Deinen Belehrungen, wie wir sein sollten, mein lieber Freund - ich höre ja aufmerksam zu - und wenn Du als Gipfel zum Schluß sagst, daß man hin und wieder und gerade jetzt vor den Wahlen im Gemeinderat die Wahrheit sagen soll. Mit dieser merkwürdigen Auffassung von der Wahrheit kann ich mich nicht anfreunden, das muß ich Dir schon sagen. Ich wollte nur festhalten, daß hier überhaupt nichts Ungewöhnliches passiert ist. Zitate

sind ja wirklich gut und manche passen so gut. Dir möchte ich folgendes sagen, und zwar aus der Bibel: Sei heiß oder sei kalt und sei nicht lau, mein Freund Holub. Denn fünf Jahre den City-Bus verlangen und ...

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Und fünf Jahre sagen, daß Ihr die flankierenden Maßnahmen dazu machen solltet. Sei ehrlich mein Freund.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

... fünf Jahre den City-Bus verlangen und wenn man ihn dann einführt, weil die grundsätzlichen Voraussetzungen, die der Refrent vorgebetet hat, - ich weiß nicht wie oft - jetzt eingetroffen sind, weil man jetzt die Motorisierung hat und weil man sieht, daß es Stickler-konform ist. Immerhin zahlen wir ihm eine Menge Geld, damit er uns ein wissenschaftlich aufgearbeitetes Konzept serviert und das haben wir eben erst jetzt.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Haben wir es schon?

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Nein. Zumindestens in Deinem Bereich. Ich habe nicht mehr als Du.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Ich habe überhaupt nichts.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Was wir eben so gehört haben: Präsentation, Grundsatzbeschluß. Ich gehe davon aus, daß ich denselben Wissensstand habe wie Du - ich hoffe es zumindest, denn manchmal weißt Du ja mehr, weil Du oft das Gras wachsen hörst. Ich kann nur bemerken, daß bei allen Stadtteilversammlungen, bei denen Du zugegen warst, weil wir ja die meiste Zeit beisammen gesessen sind, festzustellen war, daß sich von zehn Anfragen neun auf das Verkehrsgeschehen bezogen haben. Verkehrsberuhigung, Schnelligkeitsprobleme, Risiko, alles mögliche. Ständig wurde das von der Bevölkerung präsentiert. Wenn wir jetzt, weil die Voraussetzungen gegeben sind, dem Wunsch entsprechen, den Du bzw. die ÖVP-Fraktion immer angeführt haben und auch die FPÖ, die sagt das jetzt auch, und zwar im nachhinein noch lauter als vorher. Wahrscheinlich will er mit Kollegen Zagler über diese Sache jetzt einen Vaterschaftsprozeß führen. Anfangs waren alle dafür.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Vielleicht zeigt er uns jetzt auch Protokolle, die vor 10 Jahren geschrieben wurden.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich kann ja nicht immer nur lesen, ich muß mich schon auf das verlassen können, was mir gesagt wird, denn meine Dienstzeit ist ja noch ein bißchen zu kurz. Ich kann Euch nur sagen, daß mir sechs Jahre fehlen. Ich nehme auch zur Kenntnis, daß alle Fraktionen für den Ankauf von City-Bussen waren.

Ich bin voriges Jahr hier hereingekommen und die erste Debatte im Gemeinderat waren die City-Busse - das werdet Ihr mir nicht bestreiten. Ich habe mich hier hergestellt und gesagt, daß ich uneingeschränkt dafür bin. Bei der Topographie, die wir in der Stadt haben, bei diesen schmalen Gassen, bei dem Wunsch der Bevölkerung nach Verkehrsberuhigung, den Individualverkehr zurückzudrängen und öffentlichen Verkehr anzubieten, gibt es kaum eine andere Alternative. Und jetzt kommt die Stunde der Wahrheit, jetzt realisieren wir das. Plötzlich wird gesagt, die ganze Sache sei nicht durchdacht, wahltaktisches Manöver usw. Wir waren uns damals einig und die ÖVP hat dem Ankauf der City-Busse zugestimmt. Auf einmal wurde in bezug auf die Linienführung eine unterschiedliche Position vertreten und die VP hat ganz kurz vor der Ausschußsitzung

im Verkehrsbeirat offensichtlich eine Positionsänderung vorgenommen. Ich war ja nicht dabei, mir wird immer nur unterstellt und das hast Du schon drei Mal gesagt, daß ich hier die Politik mache. Der Bürgermeister hat in seiner Pressekonferenz - nicht in irgend einer, sondern in der routinemäßigen - gesagt, daß wir das tun werden. Das wird ihm doch noch zustehen, dem Bürgermeister; und nicht der Leithenmayr hat das gesagt.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Der Leithenmayr hat das mit den Behindertenfahrzeugen gesagt und das habe ich auch zitiert.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Einen kleinen Moment, das kommt noch. Ich kann nicht mit den Behindertengeräten anfangen, das ist nicht in der Chronologie!

Also der Bürgermeister hat das gesagt, die Linienführung ist im Ausschuß für kommunale Betriebe besprochen worden und dann sagt mir Direktor Wein - weil ich ja nicht anwesend war - daß man sich ...

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Aber ich war dabei und - Entschuldigung, darf ich das dazwischen sagen - es hat in diesem Ausschuß geheißen,

über die Verkehrsmaßnahmen muß noch im einzelnen diskutiert werden und daß es bei der Linieneinführung Schwierigkeiten geben wird. Ich glaube, das ist korrekt wiedergegeben. Grundsätzlich haben wir zu diesen Linienführungen ja gesagt und daß sie zweckmäßig erscheinen. Die Verkehrsmaßnahmen müssen aber noch erörtert werden und dies war dann nicht der Fall.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN
LEITHENMAYR:

Ich war im Ausschuß nicht zugegen und man unterstelle mir nicht, daß ich irgendeine diktatorische Politik hinter verschlossenen Türen machen würde. Ich war weder bei der Pressekonferenz dabei, als der Bürgermeister verkündigte, daß wir diese Busse kaufen - ich bin sehr dafür und er hat mir gesagt, daß er dies unternehmen wird - noch war ich im zuständigen Ausschuß, als über die Linienführung geredet wurde. Mir kann man also dafür keine Schuld geben. Ich habe nur im nachhinein festgestellt, weil ich nämlich Deine Einwendungen sehr ernst genommen habe, ob man nicht noch einmal darüber reden könnte. Das war am selben Tag, vor dem Stadtsenat, wenn ich mich richtig entsinne und ich habe mir sofort noch einmal die Freiheit genommen, nachzuschauen, ob man vielleicht

noch etwas umdrehen könnte usw.

Und weil Du sagst ideenreich. Deine Idee war, die City-Buslinie einzuführen. Die eine von Steyrdorf sollte am Parkplatz Zwischenbrücken umdrehen. Da habe ich mir gedacht, wenn wir hier in Steyr eine City-Buslinie einführen und lassen sie gleich in Zwischenbrücken revidieren, dann kommen wir vielleicht in den "Michl vom Schnallnberg". Dafür bin ich in diesem Zusammenhang nicht. Das war keine sehr gute Idee und dies ist auch von einigen Kollegen in Deiner Fraktion bestätigt worden. Alle Ideen sind einfach nicht gut, einverstanden. Das gibt es, wer täuscht sich nicht manchmal? Wir haben dann im Verkehrsbeirat festgestellt - ich bin dort hingegangen, weil mich das sehr interessiert und weil es doch ein wichtiges Problem ist - und da haben wir ausführlich über diese Probleme diskutiert. Es zeigt sich auch, daß die Diskussionen, die über Jahre hinweg in Steyrdorf geführt wurden mit der Bevölkerung, mit der Wirtschaft usw., daß es dort auch unterschiedliche Richtungen gibt, aber das Problem eben besser beleuchtet wurde und in der Bevölkerung mehr Wissen vorhanden ist. Das ist - und das gebe ich ohne weiteres zu - im Bahnhofstraßen-Bereich nicht so geschehen. Aber das ist letztendlich auch nicht unbedingt unsere Schuld, weil

hier auch nicht vorausgesehen werden konnte, daß man auf einer Seite ein paar Parkplätze verliert, die eigentlich gar keine Parkplätze waren, sondern Plätze, wo man zehn Minuten stehen bleiben durfte an dieser, ich glaube, nord-östlichen Seite der inneren Bahnhofstraße, weil ein Gegenverkehr der beiden Busse unter den Umständen nicht möglich ist. Das hat sich herausgestellt und hier haben unsere Beamten sehr gute Arbeit geleistet. Das möchte ich bei dieser Gelegenheit betonen. Die Linienführung ist durchdacht und die Ämterlinie ist nicht umsonst eingeführt worden. Man kann sie aber nur so führen, weil man jene Personen - zum Ambulatorium beispielsweise - hinfahren muß, für die es zu Fuß zu beschwerlich ist. Anders wäre das nicht erreichbar gewesen und man kann nicht einfach das ganze Regime dort oben umdrehen. Es ist eben die beste Form der Linienführung die gewesen, die jetzt gemacht wird. Ich habe gesagt, daß man den Mut zum Unvollkommenen haben muß. Die Chinesen haben ein gutes Sprichwort, sie sagen "Der Weg ist das Ziel". Wir müssen auch einmal anfangen, diese Dinge umzusetzen. Wieviele Jahre wollt Ihr noch diskutieren über Verkehrsberuhigung in dieser Stadt? Ich bin dafür, daß diese Dinge geschehen und ich bin dafür, daß wir uns nicht einbe-

tonieren. Man kann an dieser Schraube sicher noch Feinjustierungen vornehmen und natürlich will niemand die Wirtschaft beeinträchtigen oder gar umbringen oder dergleichen. In Wirklichkeit ist das fast lächerlich. Ich bin mir natürlich bewußt, daß die Wirtschaft funktionieren soll, wir tun auch genug und ich stelle Ihnen auch genug Anträge zur Gewerbe- und Wirtschaftsförderung. Ich beschäftige mich mit diesem Problem schon ein wenig, das dürft Ihr mir glauben. Diese Sache mit dem Ausspruch "Jammern ist der Gruß der Kaufleute"; ich habe geglaubt, daß der Kollege Schloßgangl das sagen würde, aber er hat es verschwiegen, er hat es nur gegenüber der Steyrer Zeitung gesagt. Da habe ich heute den Kollegen Eichhübl gebraucht, sonst wäre das vielleicht völlig unter den Tisch gefallen. Ich muß sagen, es war ein Nebensatz in einem Pressegespräch, weil mich die Journalisten gefragt haben, daß sich die Kaufleute dort beschweren werden usw. Ich möchte keinen Anspruch erheben, daß ich diesen Slogan erfunden hätte. Er kommt vor in der griechischen Geschichte. Othmar, ich habe Dir das bereits gesagt. Als ungefähr 1500 vor Christus - wenn ich das bemerken darf; das ist auch für den Kollegen Eichhübl interessant - die Phönizier mit ihren Schiffen an die Geste

Griechenlands kamen, haben sie vor jedem Verhandlungsgespräch als sie ihre Waren verkaufen wollten, dieses berühmte alte Händlervolk, zuerst einmal eine halbe Stunde gejammert. Worauf die Griechen gesagt haben, das Jammern ist der Gruß der Kaufleute. Ich habe also hier nur die alten Griechen zitiert, das wird doch noch möglich sein und ich werde mir noch erlauben, manches Zitat hier zu bringen. Mir liegt völlig fern, nur die Geschäftsleute wissen das sowieso, daß das Jammern wirklich der Gruß der Kaufleute ist. Sie sind auch überhaupt nicht beleidigt, denn ich habe schon mit so manchem diskutiert. Auch mit denen von der Bahnhofstraße. Die verstehen das, wie so etwas gemeint ist.

Ich möchte nur das noch einmal bemerken, was mich an dem ganzen stört. Wir waren alle gemeinsam für die City-Busse, das wird von allen Fraktionen hier gesagt und diese Forderung wurde wiederholt aufgestellt. Jetzt, wo wir sie durchführen, versucht man, diese Maßnahme mies zu machen. Zum Beispiel mit dem Argument, sie seien nicht behindertengerecht. Dieses Argument stimmt aber nicht, natürlich sind die City-Busse behindertengerecht. Sie sind nicht rollstuhlgerecht, das ist ein wesentlicher Unterschied. Ich habe schon einmal versucht zu erklären, daß man sich mit der Materie beschäf-

tigen muß, wenn man solche Aussagen macht. Ein City-Bus ist 2,3 m breit und ein Rollstuhl ist etwa 75 cm breit. Wenn man sich diese Maße ausrechnet, dann stellt man fest, daß man bei einem Kleinbus - ein großer geht ja nicht durch die Kirchengasse und die Gleinkergasse - den Mittelgang so breit machen müßte, daß links und rechts keiner mehr sitzen kann. Man könnte das machen, wenn wir die Gewähr hätten, daß gleichzeitig fünf Rollstuhlfahrer vom Punkt A in Steyr von der Ennsleite auf den Tabor wollen. Sie wollen aber nicht, das haben wir mittlerweile schon festgestellt. Wir haben auch erhoben, wieviele Busfahrer es überhaupt gibt und wie wahrscheinlich die Nachfrage sein wird. In Linz und Wels haben wir uns darüber erkundigt. Du selbst hast bei einem Stadtteilgespräch gesagt, wenn Du Behindertentaxi fahren möchtest, mußt Du nach Wien fahren. Früher mußte man nach Wien fahren, liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat. Ab Herbst brauchen wir nicht mehr nach Wien fahren; auch nicht nach Linz und auch nicht nach Wels. In Steyr werden wir diese Einrichtung haben. Es ist eine neue Qualität der Beförderungsmöglichkeit für die Behinderten. Wir werden das realisieren und es ist überhaupt kein Problem und ich erhebe auch keinen Anspruch, daß die Idee

von uns gekommen ist. Wir haben uns an Wien, Wels und Linz orientiert. Warum ist irgend jemand dagegen? Es ist wahrscheinlich die billigere Lösung. Wir müßten sonst bei jedem City-Bus hinten eine Hebe-Bühne anbringen und dies ginge zu Lasten des Fahrgastraumes der normalen Benutzer und es ginge auch zu Lasten des Taktes, der dort gefahren werden kann. Das waren die Gründe und jetzt bringen wir noch eine bessere Qualität, nämlich insofern, daß der Rollstuhlfahrer nicht zur Haltestelle fahren muß, sondern von der Haustür seiner Wohnung zur Haustür seines Zieles gefahren wird. Ich glaube, das ist doch eine wirklich gute Lösung. Wer kann einen solchen guten Ansatz, der zugegebenermaßen auch viel Geld kosten wird, guten Gewissens schlecht machen? Das frage ich Euch, liebe Freunde, und er soll sich hier herstellen und das auch sagen. Aber so wird das gespielt und so wurde auch versucht, das im Verkehrsbeirat zu deichseln und genau das paßt mir nicht. Das ist nämlich die schlechte Tonlage, die sich hier ergibt. Ich muß Euch ehrlich sagen, ich bemühe mich, keine Schimpfworte zu gebrauchen und ich werde die Wahrheit sagen. Ich kann mich sehr wohl irren, wie Du gesagt hast, das kann sehr leicht möglich sein. Aber Zusammenarbeit, liebe Freunde, die kann ja nicht so passieren,

daß man jemandem ununterbrochen über die Zeitungen ausrichten läßt, daß er eigentlich eine zu kurze Dienstzeit hat, mangelnde Erfahrung und keinen Zusammenarbeitswillen und ich weiß nicht was noch alles. Ich persönlich kann nur sagen, daß ich keinen Grund habe, irgend etwas zu verheimlichen und schon gar nicht in Deinem Bereich. Es ist nur offenbar der Fall, daß wir uns dort und da zur Erreichung oft auch gemeinsamer Ziele mit unterschiedlicher Geschwindigkeit bewegen. Wenn Ihr langsamer seid, dann seid Ihr nachher böse, das tut mir leid.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Kollege Zagler hat sich noch einmal gemeldet.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Geschätzte Damen und Herren, bei meiner zweiten Wortmeldung möchte ich noch einmal auf das wesentliche hinweisen. Alle hier herinnen - das ist durch die Wortmeldungen und durch die Beratungen im Verkehrsausschuß zum Ausdruck gekommen - sind mit dem größten Teil der geplanten Maßnahmen einverstanden. Die Taktverdichtung vom Resthof in das Zentrum, die Taktverdichtung vom Zentrum zum Krankenhaus, die Einführung der City-Buslinie in den Bereich Schlüsselhof hinunter in

die Siedlung bei der Rennbahn, alles eine klare Sache für die Bevölkerung - dringendster Wunsch, dies möglichst rasch einzuführen. Ein klares JA zu einer sogenannten Ämterlinie mit einer einzigen Ausnahme, daß die Geschäftsleute der inneren Bahnhofstraße im inneren Ennsdorf die Meinung vertreten, man sollte diese Ämterlinie in der anderen Uhrzeigerrichtung fahren als es geplant ist. Für alle ist es aber klar, daß gerade für jene, die vom Bahnhof in Richtung Behörden und Ämter unterwegs sind - z. B. Polizei, Krankenkasse, Finanzamt und dergleichen - der direktere Weg bei der Hinreise der bessere ist. Trotzdem werden wir, das haben die Stadtwerke auch zugesagt, genaue Erhebungen pflegen, ob nicht vielleicht auch hier aufgrund der Erfahrungen, die man sammelt, sich eine Änderung als notwendig erweist. Wir glauben es nicht, aber es wird so geschehen. Ein klares JA auch zur Linie Bahnhof - Steyrdorf oder hinauf auf den Tabor durch das Schnallentor. Ein klares JA auch von den Kaufleuten der Bahnhofstraße. Nur eines wollen sie an dieser Linie nicht, nämlich daß sie die Bahnhofstraße vom Bahnhof Richtung Zwischenbrücken abwärts befährt. Sie möchten dort eben Pachergasse - Johannesgasse - innere Haratzmüllerstraße haben, was a) die Fahrzeit ver-

längern würde, b) verkehrstechnisch kompliziert ist und c) mehr Stellplätze vernichtet, als die wenigen Parkverbotsplätze vor den Geschäften nördlich der inneren Bahnhofstraße; es sind keine Parkplätze, die vernichtet werden. Es geht um geschlagene 10 Stellplätze, aufgrund derer scheinbar dieses ganze Konzept von der ÖVP-Fraktion und wie ich höre auch vom Kollegen Eichhübl torpediert, verhindert oder eingebremst werden sollte. Das ist nicht richtig. Die Geschäftsleute in diesem Ennsdorf-Viertel haben vorgeschlagen, die Parkplätze vor dem Kaufhaus Rossacher in Kurzparkzonen mit 60 Minuten zu verwandeln. Wir haben dies in dem Gespräch auch zugebilligt und auch inzwischen im Verkehrsausschuß beschlossen. Damit man noch einmal den Beweis sieht, wie sehr auch die Geschäftsleute dort interessiert sind an dieser Busverbindung, nicht wie im Bericht gestanden ist, um hier die Kunden nur durchzuführen und wegzuführen; das ist keine Einbahnregelung, sondern der Bus kommt ja auch zurück oder fährt ja auch in die andere Richtung, um kaufwillige Leute in dieses Viertel hineinzu bringen. Plötzlich war der Ruf da, eine Haltestelle in diesem Bereich zu schaffen. Ich glaube, das ist sehr wohl der beste Beweis, daß man diese Linie sehr gerne in Kauf und zur

Kenntnis nimmt. Sie haben sich nämlich beklagt und gesagt, das ist eine Sauerei, wir bekommen keine Haltestelle. Dabei waren zu diesem Zeitpunkt die Haltestellen noch nicht festgelegt. Sie haben zwar einen Plan gehabt vom Dipl.-Ing. Schmid, der für den Verein "Aktives Steyrdorf" eine Erhebung für das Steyrdorf gemacht hat, in dem er für das Steyrdorf Haltestellen vorgeschlagen hat. Das ist der Ziviltechniker, der dort beauftragt wurde. Klarerweise hat er sich über das Ennsdorf aber diesbezüglich keine Gedanken gemacht. Klarerweise werden in der Bahnhofstraße auch Haltestellen sein. Das ist auch der Sinn und Zweck des City-Busses, gerade diese Linie im Shuttle-Verkehr, das heißt ohne fixen Fahrplan, so schnell wie möglich zu fahren und so oft wie möglich stehen zu bleiben, um Leute aussteigen und neue Fahrgäste wieder einsteigen zu lassen. Schließlich war noch die Forderung der Geschäftsleute, keine Änderung der derzeitigen Situation ohne rechtzeitige Information der Betroffenen. Vizebürgermeister Holub und Stadtrat Schloßgangl waren genauso wie ich eingeladen von der Interessensgemeinschaft. Ich glaube, ich habe dort in sehr langen, hoffentlich nicht uninteressanten Ausführungen, die gewünschte Information geben können. Auch für die Erarbei-

tung eines zukünftigen Entwicklungskonzeptes mit den Betroffenen im Ennsdorf ist grünes Licht gegeben. Es gründet sich ein Verein, eine Interessensgemeinschaft der Kaufleute in diesem Bereich und genauso wie beim Verein "Aktives Steyrdorf" wird die Möglichkeit bestehen, dort auch weitergehende Entwicklungen zu beraten.

Setzen von Prioritäten war der Wunsch dieser Interessensgemeinschaft. Genau das ist ja Sinn und Zweck unseres Verkehrskonzeptes, damit wir wissen, wie auch der Grundsatzbeschluss zeigt, wo unsere Prioritäten liegen.

Klarerweise kann man als Oppositionspolitiker nicht immer 100%ig der Meinung der anderen sein, aber im einstimmigen Beschluss ist die Spitze der öffentlichen Personennahverkehr und um den in Steyr zu verwirklichen, brauchen wir diese City-Buslinien auch in dieser von uns vorgeschlagenen Form.

Jetzt eines noch, und da bist Du auch dabei, lieber Kollege Vizebürgermeister Holub. Wir haben bereits das zweite intensive Gespräch gehabt über eine Verbundlösung für den Steyrer Verkehr. Und zwar nicht nur für den städtischen Verkehr, sondern auch für den überregionalen Verkehr. Wir haben als Ziel, nicht nur einen Taktverbund oder einen Fahrplanverbund herzustellen, d. h.

daß zwischen Eisenbahn, überregionalen Autobussen und städtischen Verkehrsmitteln nicht zu lange unbequeme Wartezeiten sind, sondern daß hier ein möglichst rasches Transportieren möglich ist. Und zweitens - das finde ich noch viel wichtiger für die innerstädtische Verkehrslösung - daß wir auch einen Tarifverbund gewinnen oder erreichen, so wie er in Linz existiert, d. h. daß der Einpendler um einen zusätzlichen Schilling die öffentlichen innerstädtischen Verkehrsmittel in Anspruch nehmen kann. Das heißt, daß der Ternberger, der Losensteiner, der Großraminger, der Grünburger, der Pfarrkirchner, der Wolfener, der Behamberger etc., egal wer, nicht mehr gezwungen ist, sein individuelles Verkehrsmittel zu nehmen, sondern dort vom Bahnhof kostengünstigst bis in die Stadt fahren kann. Dann hat sich das vielleicht in einigen Jahren - nicht jetzt, denn am Anfang wird der Bedarf nach Stellplätzen noch da sein, - das ein bißchen gebessert, wenn die Parkraumbewirtschaftung kommt und einige Zeit hier ein Verdrängungswettbewerb stattfindet. Aber in ein paar Jahren wird man sagen, die Steyrer waren damals wirklich wahnsinnig, daß sie solche Verkehrsbauten für den ruhenden Verkehr mitten in die Stadt hineingeklotzt haben. Die haben damals überhaupt nicht in die

Zukunft gedacht. Vielleicht kommt es wirklich noch dazu, daß der öffentliche Personenverkehr auch von der Bevölkerung angenommen wird.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Der nächste ist Kollege Stadtrat Schloßgangl.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Ich möchte kurz dazu nur ein paar Sätze sagen. Wir wollen weder etwas verhindern, noch etwas schlecht machen. Wir sind ja prinzipiell für die Einführung der City-Buslinien. Wir haben aber - ich glaube stillschweigend - ein "Gentleman-Agreement" geschlossen, daß wir gesagt haben, wir warten das Stickler-Konzept ab und wenn das vorliegt, dann diskutieren wir über den Verkehr. Das liegt nicht vor und ich behaupte, daß es bewußt zurückgehalten wird. Das wurde auch von verschiedenen Herren der sozialistischen Fraktion zugegeben, weil es eine Parkplatzbewirtschaftung bringen wird und das ist ja im Zentrum notwendig. Keine Frage. Das ist ja auch Voraussetzung, damit diese City-Buslinien für die Autofahrer einen Anreiz bekommen und funktionieren werden. Es fehlt die Voraussetzung der Bahnhofsdrehscheibe und das Argument, daß in der Bahnhofstraße eine Haltestelle kommen soll und

von denen gefordert wird, ganz egal ob der City-Bus stadteinwärts Richtung Bahnhof oder stadtauswärts fährt ist auch verständlich, daß sie nicht wollen, daß die Busse vom Bahnhof durchfahren nach Steyrdorf oder Schlüsselhof usw. Das ist klar.

Im Steyrdorf haben wir noch einmal eine Befragung der Wirtschaftstreibenden durchgeführt. Da gibt es rund 20, die prinzipiell dagegen sind, 20, die uneingeschränkt dafür sind und ungefähr 25, die gesagt haben, daß sie zwar für eine Einführung sind, aber nur mit denjenigen Verkehrsmaßnahmen, die auch vorgelegen sind. Diese Resolutionen sind aber im Verkehrsausschuß überhaupt nicht diskutiert worden. Daher muß man diese Meinungen den anderen, den ablehnenden Stimmen zurechnen und daher ergibt sich eine negative Haltung der Wirtschaftstreibenden in Steyrdorf von zwei Drittel zu einem Drittel. Daß diejenigen berechnete Sorgen und Ängste haben, wenn dort niemand mehr hinfahren kann - es ist kein Konzept da, wie das dort funktionieren soll. Ich behauptete, daß das Steyrdorf als Fußgängerzone erst dann funktionieren wird, wenn der gesamte Innenstadtbereich einmal Fußgängerzone sein wird. Ansonsten wird Steyrdorf noch mehr sterben als bis jetzt und ich glaube, es haben sich bereits

vier Firmen abgemeldet von Steyr, die absiedeln wollen und insgesamt sieben stehen zur Zeit noch zur Diskussion. Das muß man bitte auch bedenken.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Schloßgangl. Kollege Leithenmayr hat sich noch einmal gemeldet.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich möchte dazu nur noch ganz kurz bemerken, weil Kollege Schloßgangl das Thema noch einmal herangezogen hat und einige Ergänzungen vornehmen. Was ich zuerst vergessen habe ist, daß der wichtigste Punkt der ist - und das hast Du auch in Deinen einleitenden Ausführungen gesagt und auch Kollege Eichhübl hat es gesagt - daß in Wirklichkeit die ÖVP und die FPÖ gegen diese Linienführung sind, weil die zentrumsnahen Ersatzparkplätze noch nicht geschaffen sind, wie Parkhäuser usw. Das ist aber einer der Punkte, weshalb wir nicht warten können. Genau hier muß man den Zug in Bewegung setzen, wenn das Problem so dringend ist. Wir wollen, daß der Bahnhof die Verkehrsdrehscheibe für Steyr ist. Dort sollen sich die Eisenbahn, die Regionalbusse und der innerstädtische Verkehr treffen. Schauen wir uns das ein bißchen im Detail an, Kollege

Schloßgangl, Du bist doch Bau-experte.

Wir waren vor etwa drei Wochen das letzte Mal beim Herrn Landeshauptmann und haben gemeinsam interveniert, daß wir endlich dieses ÖBB-Parkdeck zustande bringen. Es gibt Finanzierungsprobleme - auch die Bundesbahn und das Land zieren sich. Es wird vielleicht für die Stadt immer weniger interessant, aber dafür dürften wir immer mehr bezahlen. Das ist nicht unsere Linie, so wollen wir das nicht haben. Ende des Gesprächs war "... wir werden uns bemühen" und ein Brief ist vom Landeshauptmann schon zum Minister Streicher nach Wien gegangen. Auch unter Einbindung der Funktionäre der Stadt sollen die Landeshauptmänner von Oberösterreich intervenieren, daß der Standpunkt der Bahn noch einmal geändert wird. Wenn wir sehr erfolgreich sind, wird uns das im Laufe des heurigen Jahres noch gelingen - das würde ich mir sehr wünschen. Dann könnten wir nächstes Jahr planen, denn wir wissen, daß es bereits ein Modell gibt. Wir wissen auch, daß es in einigen Punkten umstritten ist, daß hier der Gestaltungsbeirat zu befassen sein wird und daß dieses "Hundertmillionen-Ding" nicht ganz einfach ist, das dort entstehen soll und das wir dringend bräuchten. Nehmen wir also an, die Sache wird im Jahr

1992 baureif. Dann können wir es erst 1993 bauen, lieber Kollege Schloßgangl; technisch müßte es möglich sein, daß wir es in einem Jahr hinbringen. 1994 können wir dann erst City-Busse einführen und wir haben aber gemeinsam, ÖVP und SPÖ, den Ankauf der City-Busse beschlossen. Wo sollten wir sie denn fahren lassen? Bei der Waldrandsiedlung oder in Gründberg draußen? Wir müssen sie in der Innenstadt fahren lassen, denn dafür haben wir sie ja auch angeschafft. Wir haben auch beschlossen, daß wir nicht nur die Busse kaufen, sondern sie auch in Betrieb nehmen wollen. Das ist völlig klar und auch in diesem Beschluß involviert gewesen. Daher ist mir die Haltung der ÖVP so unverständlich. Wir können nicht warten, bis das Parkdeck fertig ist, selbst unter günstigsten Umständen im Jahr 1993. Wir müssen hier auch gewisse Vorgangsweisen des Landes und des Bundes determinieren. Die können nicht immer nur auf Landes- und Bundesebene von "Park-and-Ride", Verkehrsberuhigung und diesen Geschichten reden. Wir brauchen jetzt in Steyr auch die Unterstützung und wir müssen die Schritte setzen. Das meinte ich, als ich sagte, man muß auch den Mut zum Unvollkommenen haben.

Wir müssen eben an irgendeinem Ende anfangen und beweglich genug sein, zu einem

guten Ende zu kommen. Ich glaube, daß die Bevölkerung das von uns erwartet. Wir werden sehen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht noch jemand dazu zu sprechen? Kollege Holub bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Ein Wort möchte ich schon noch dazu sagen, weil es jetzt schon wieder so verdreht wird, daß die ÖVP auf einmal gegen den City-Bus wäre und daß der City-Bus 3 Jahre stehen sollte. Im alten Griechenland hat es eine philosophische Richtung gegeben, das waren die Sophisten. Was Du da gemacht hast, ist Sophismus. Stickler sagt, zumindest in einem Gespräch habe ich das mitgehört, ich weiß nicht, wie oft Stickler seine Meinung schon geändert hat, der Stadtplatz sollte Linienschnittpunkt sein oder jedenfalls angefahren werden mit den City-Bussen. Geht nicht. Bei der Linienführung kommt der Stadtplatz nicht vor. Wir als Gemeinderat haben gesagt, die großen Autobusse gehören vom Stadtplatz hinaus.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Unbedingt!

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Mit dieser Linienführung bringen wir die großen Autobusse nicht hinein. Aber es wäre immerhin denkbar, über die Linienführung jetzt schon

nachzudenken oder zumindest abzuwarten, bis Stickler sagt, wie er glaubt, daß es geht. Mit allem sind wir ohnehin nicht einverstanden, was er uns bis jetzt gesagt hat. Wenn ich auf das Nahverkehrszentrum Schiffmeisterhaus denke, kommt mir eher die Träne als das Lachen. Das muß ich schon sagen. Aber wir hätten schon die Aufgabe, wenn wir Citybusse einführen, daß wir dem Bürger sagen, Citybus ist etwas anderes als ein großer Autobus auf kleinen Rädern. Das ist ein Ersatz für zu Fuß gehen müssen. So müßte man es verstehen. Am Ende der Citybuslinie gehören die entsprechenden Einbindungen in das Netz, wo der große Autobus mit den großen Rädern fährt, oder ein anderes Verkehrsmittel. Oder aber der private Pkw seine Stellfläche findet für den regionalen Zubringerdienst. Daher glauben wir, daß es am Rundherum derzeit noch fehlt. Wir sehen keinen Ansatz und keine Dimension, daß wir über ein vernünftiges park-and-ride-System ins Gespräch kämen. Es hat lange gedauert, bis wir mit dem Verkehrsverbund ins Gespräch gekommen sind. Jetzt sind wir im Gespräch, Kollege Zagler erwähnt das sogar jetzt schon. Vor ein oder zwei Jahren hat es noch geheißen, seid ihr dumm, beim Verkehrsverbund zahlt nur die Stadt darauf. Ich bitte, darüber nachzudenken. Ich will ein ausgewogenes Maß an finanzieller Beteiligung von allen Interessenten haben. Das ist das Ziel einer ausgewogenen Politik. Ich glaube, mehr brauchen wir uns im Dialog nicht abhaspeln. Wichtig wäre, daß wir mit Stickler endlich weiterkommen, das ist die Quintessenz

von allem. Wichtig ist, daß uns die Sorgen im Steyrdorf nicht allzu groß werden.

Wenn wir es vermieden hätten, durch ein zukunftsweisendes Verkehrskonzept das rechtzeitig herzubringen, hätten wir vermieden, daß sich die Leute noch mehr in Sorge fühlen, als sie zum Teil schon sind. Das ist alles, was wir anwenden. Die City-Busse sollen in Gottes Namen gekauft werden, da haben wir ohnehin schon ja gesagt. Wir werden zum nächsten Antrag - das nehme ich gleich mit - mit den Fahrscheinen auch schon ja sagen, obwohl eines schon noch zu sagen ist. Der ideale City-Bus würde zum Nulltarif fahren. Nur wird man sich das nicht leisten können, das ist auch feststehend. Aber die Vorverkaufssysteme zu verbessern, das wird gerade beim City-Bus eine ganz wichtige Sache sein. Nur wenn das ganze vernetzte komplexe System stimmt, das sage ich auch ausdrücklich, wenn die Parkplatzbewirtschaftung genau in den Zonen angesetzt ist, wo es dann erforderlich ist, damit die Alternative nicht gar zu leicht fällt. Nur dann, wenn auch die Vorverkaufssysteme stimmen, nur dann wird die jetzige Ankaufsentscheidung richtig sein. Nur da werden wir, um mit Leitenmayr zu sprechen, noch sehr viel Schweiß der Edlen brauchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Ich möchte nur eines sagen. Wir wissen genau, was das Land für Auflagen gemacht hat, daß die Förderung dieser Linien gewährleistet ist. Es ist auch die Tarifgestaltung sehr abhängig davon. Wir sind angewiesen auf die Förderung des Landes und sind

auch in der Tarifgestaltung sehr gebunden. Das muß ich sagen und ich glaube nicht, daß wir es uns leisten können, daß wir auf diese Unterstützung verzichten.

Wünscht noch jemand zu diesem Thema zu sprechen? Herr Referent bitte zum Schlußwort.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:
Herr Bürgermeister, ich glaube, nach den Ausführungen von Vizebürgermeister Leithenmayr und Kollegen Zagler erübrigt sich ein Schlußwort.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Der Referent verzichtet auf das Schlußwort. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Wer ist gegen den Antrag? Stimmenthaltung? Einstimmig so beschlossen.

Ich bitte um den nächsten Antrag.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:
Im Zusammenhang mit der Verdichtung des Taktverkehrs bei den städtischen Linien Resthof und Gründbergsiedlung sowie der Einführung der neuen Citybus-Linien sollen folgende Geräte angekauft werden, die dazu notwendig sind.

17) ÖAG-3782/91

Städt. Verkehrsbetrieb - Verdichtung des Taktes auf der Linie Resthof - Gründbergsiedlung sowie Einführung neuer Citybuslinien; Beschaffung der Fahrscheindrucker und Fahrscheinentwerter.

Der Gemeinderat wolle beschließen: Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke vom 9. Juli

1991 wird im Zusammenhang mit der Verdichtung des Taktverkehrs auf der städtischen Linie Resthof - Gründbergsiedlung sowie der Einführung der neuen Citybuslinien nachstehenden Auftragsvergaben zugestimmt:

1. Fahrscheindrucker und Fahrermodule:
Fa. Prof. Krauth, Eberbach,
zum Preise von
S 562.321,-- exkl. E-USt.)
2. Fahrscheinentwerfer:
Fa. Elcom-Technik, Schlins,
zum Preise von
S 193.815,-- exkl. USt.
S 756.136,--
=====

Gleichzeitig wird zur Finanzierung der o. a. Einrichtungen einer Kapitaleinlage an die Stadtwerke der Stadt Steyr in der nämlichen

Höhe von S 756.136,--
zugerstimmt.

Zum genannten Zweck wird eine Kreditüberschreitung in Höhe von
S 756.100,--
(siebenhundertsechsfünzigtausendeinhundert)

bei der VA-Stelle 5/8790/779000.6
bewilligt.

Die Deckung dieser Krediüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich darf um Annahme dieses Antrages ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu Fragen, Wortmeldungen? Keine. Gegen den Antrag Stimmhaltungen. Der Beschluß ist einstimmig.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Bei meinem letzten Antrag geht es um die Erdgasanschließung Münichholz, den 3. Teil.

18) ÖAG-3887/91

Stadtwerke

Erdgasanschließung Münichholz, 3. Teil; Auftragsvergaben

Der Gemeinderat wolle beschließen: Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke vom 18. Juni 1991 wird im Zusammenhang mit der Erdgasanschließung Münichholz, 3. Teil, nachstehenden Auftragsvergaben zugestimmt: 1. Tiefbauarbeiten: Fa. Illma BaugesmbH., Steyr, S 1,389.533,-- exkl. USt., 2. Differenzdruckprobe: TÜV, Filiale Linz, S 12.000,-- exkl. USt., 3. Rohrtransport: Städt. Wirtschaftshof S 8.000,-- exkl. USt. Die hierfür erforderlichen Mittel sind von den Stadtwerken der Stadt Steyr aufzubringen. Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 44 Abs. 5 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag, übt jemand Stimmhaltung? Einstimmig beschlossen. Danke, Kollege Steinmaßl, Kollege Tatzreiter ist der nächste Berichterstatter.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Meine Damen und Herren, werter Herr Bürgermeister, in meinem einzigen Antrag geht es heute um die Stützmauer in der Dukartstraße 27, die durch die schweren

Regenfälle am 19. und 20. Mai unterspült wurde bzw. abgerutscht ist. Um nicht noch weitere Gefahren herbeizuführen, weil gleich anschließend die Bahngleiskörper angrenzen, ist es zweckmäßig gewesen, einen sofortigen Auftrag zu erteilen, und ich bringe den Antrag des Stadtsenates:

19) GHJ2-3229/91

Dukartstraße 27, Stützmauererneuerung, Hangsicherung

Der Gemeinderat wolle beschließen: Aufgrund des Amtsberichtes der MA VI vom 18.6.1991 wird der Erneuerung der Stützmauerkonstruktion im Bereich des Objektes Dukartstraße 27 durch die Fa. Negrelli, Steyr, zum Preise von S 746.947,-- o.M. zugestimmt. Zum genannten Zweck wird eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von S 747.00,-- (siebenhundert-siebenundvierzigtausend) bei der VAST-Stelle 5/8460/006000.1 bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen. Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 44 Abs. 5 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wortmeldungen gibt es nicht. Gegen den Antrag? Stimmhaltungen? Auch dieser Antrag findet die einstimmige Bewilligung. Kollege Dkfm. Mag. Dir. Zagler ist der letzte Berichterstatter:

MAG. DKFM. HELMUT ZAGLER:

Liebe Kollegen und Kolleginnen. Ich habe einen Bericht vorzutragen, und zwar geht es um die Unterstützung der Altpapiersammlung, die in Steyr durch die Fa. Bittner erledigt wird. So wie in den vergangenen Jahren wird vorgeschlagen, S 0,30/kg. für die Sammlung zu ersetzen, wobei zwei Dinge noch erwähnenswert sind. Das eine, daß wir uns in naher Zukunft

mit einer anderen Form der Altpapierentsorgung bzw. der Abrechnung der Altpapierentsorgung befaßt werden, weil vom Land OÖ. ein Altpapierverein sich in Gründung befindet, der zentral für Oberösterreich dann die Altpapierentsorgung erledigt. Und wie notwendig die Altpapierentsorgung ist, geht aus den Zahlen hervor - nicht nur aus der, daß in den ersten beiden Quartalen dieses Jahres 880.000 kg gesammelt wurden, sondern daß seit 1987 - wo mir die Zahlen vorliegen - vom damaligen Sammelergebnis auf das Jahr bezogen 1,2 Mio. t gesammelt wurden, das ist kontinuierlich angestiegen: im Jahr 1988 1,3 t, 1989 1,4 t. 1990 1,55 t und heuer hochgerechnet bereits 1,8 t, das sind fast 50 kg, die jeder Steyrer hier an Altpapier sammelt und so der Wiederverwertung zuführt. Ich bitte, den geforderten Betrag in der Gesamtsumme von S 267.000,-- zu bewilligen und dafür die Kreditüberschreitung zu beschließen.

20) ÖAG-4371/91

Müllabfuhr

Altpapiersammlung in Steyr durch die Fa. Bittner, Steyr, Schaumberger-Straße 2 - Kostenersatz für das I. und II. Quartal

Der Gemeinderat wolle beschließen: Aufgrund des Amtsberichtes vom 18. Juli 1991 wird der Fa. Bittner, Steyr für die Sammlung von Altpapier im Ausmaß von insgesamt 888.910 kg ein Kostenersatz seitens der Stadt Steyr in Höhe von S 0,3 je kg, sohin insgesamt ein Betrag von S 266.673,--, zuerkannt.

Zum genannten Zweck wird eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von S 267.000,-- (zweihundert-siebenundsechzigtausend) bei der VA-Stelle 1/5290/756000.6 bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Nicht der Fall. Gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Einstimmig auch dieser Antrag beschlossen. Danke Kollege Zagler. Wir haben damit den 5. Tagesordnungspunkt erledigt und kommen zum 6. - Aktuelle Stunde.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, da möchte ich in einer Angelegenheit, die sehr aktuell ist, eine Erklärung als Bürgermeister abgeben. Wie Ihnen aus der Tagespresse wahrscheinlich bekannt ist, wurden von der Staatsanwaltschaft Steyr, wegen der Bausache Langer, gegen meine Person Vorerehebungen eingeleitet. Der stellvertretende Stadtparteiobmann von der Freiheitlichen Partei, Hans Payrleitner, hat sich bemüht, eine Anklage wegen Amtsmissbrauch bei der Staatsanwaltschaft Steyr einzubringen. Ich muß das zur Kenntnis nehmen, Herr Kollege Eichhübl, daß Dein Stellvertreter als Stadtparteiobmann offensichtlich einen Profilierungsbedarf hat, vielleicht wirst Du dies auch selber eines Tages spüren, oder spürst es schon. Dies wollte ich dazu sagen. Und zur Aufklärung dieser Angelegenheit möchte ich Euch den chronologischen Ablauf in dieser Bausache zur Kenntnis bringen.

Da seitens des Stadtbauamtes erachtet wurde, daß aufgrund der derzeitigen Verbauung der Bebauungsplan Nr. 7 Reichenschwall nicht den gegebenen Tatsachen und Ansprüchen entspricht, wurde in der Bauausschußsitzung vom 5. Juli 1990, also vor einem Jahr, der Auftrag zur Durchführung eines Aufhebungsverfahrens für diesen Bebauungsplan erteilt. Im Zuge des Verfahrens gem. § 21 Abs. 1 des Raumordnungsgesetzes wurden seitens der OÖ. Landesregierung sowie seitens der damit befaßten Körperschaften öffentlichen Rechts keine Einwände gegen die Bebauungsplanaufhebung erhoben. Im Zuge der öffentlichen Auflage gemäß § 21 Abs. 4 Raumordnungsgesetz wurden seitens mehrerer Bewohner des Aufhebungsbereiches Einwendungen erhoben, welche sich im wesentlichen gegen die Verkehrslösungen und gegen eine Änderung bzw. gegen eine Erstellung eines Bebauungsplanes in einem Teilbereich des Aufhebungsbereiches, und zwar bei den Gründen der Heimstätte GesmbH, der Ersten Gemeinn. Wohnungsgenossenschaft und der Gemeinn. Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr, richten. Der Inhalt der Einwendungen sowie der Stand des Aufhebungsverfahrens war Gegenstand einer Sitzung des Präsidialausschusses für die Probleme der Stadtplanung am 10. Dezember 1990, wobei im Ausschuß übereinstimmend festgestellt wurde, die gegenständliche Bebauungsplanaufhebung an den Gemeinderat zur Beschlußfassung weiterzuleiten. In der Sitzung des Finanz- und

Rechtsausschusses vom 24. Jänner 1991 wurde der Antrag jedoch mit der Begründung zurückgestellt, daß die Aufhebung des Teilbebauungsplanes Reichenschwall und die Neuerstellung des Teilbebauungsplanes Stelzhamerstraße in einem abgewickelt und somit die Beschlußfassung jeweils in der gleichen Sitzung der zuständigen Gremien erfolgen soll.

In seiner Sitzung vom 13. Juni 1991 hat der gemeinderätliche Bauausschuß den gegenständlichen Problembereich im Zusammenhang mit dem vorliegenden Bauansuchen eingehend erörtert und sodann einstimmig die Empfehlung beschlossen, den Beschluß des Gemeinderates auf Aufhebung des Bebauungsplanes Reichenschwall ohne Berücksichtigung des Standes des Neuerstellungsverfahrens des Bebauungsplanes Stelzhamerstraße zu fassen. Schließlich wurde in der Gemeinderatsitzung vom 4. Juli 1991 der Bebauungsplan Nr. 7 aufgehoben.

Zur Bausache Langer ist zu sagen, daß in der Bauausschußsitzung vom 5. Juli 1990, also in der vor einem Jahr, neben dem Auftrag, ein Bebauungsplan-Aufhebungsverfahren bezüglich des Bebauungsplanes 7 Reichenschwall einzuleiten, eine nach der Auffassung des Stadtbauamtes überarbeitete Planung für ein Wohn- und Bürogebäude der Ehegatten Langer vorgestellt wurde, wobei diese aufgrund gestalterischer Mängel vom Bauausschuß abgelehnt wurde.

Im Anschluß an die StS-Sitzung vom 13. September 1990 wurde sodann die neueste überarbeitete Planung durch die Vertreter des Stadtbauamtes vorgestellt. Anläß-

lich dieser Beratung erfolgte die prinzipielle Zustimmung zur vorgelegten Einreichung, wobei verschiedene Mängel im Bereich der Dachgestaltung festgestellt wurden, die nach den Auflagen des Stadtbauamtes abzustellen waren. In der Bauausschußsitzung vom 27. September 1990 wurde nochmals über den Stand des Bauverfahrens informiert, worauf am 28. September 1990 unter Beiziehung der Nachbarschaft eine Bauverhandlung abgeführt wurde. Im Rahmen dieser Bauverhandlung haben lediglich die Ehegatten Ilse und Georg Bittermann Einwände erhoben, die jedoch später zurückgezogen worden sind. Dem Bauverhandlungsergebnis wurde von der Nachbarschaft zum damaligen Zeitpunkt zugestimmt. Dies war für mich letztlich auch das Entscheidende. Auch war die Aufhebung des Bebauungsplanes Reichenschwall absehbar und wenn Sie das Haus in seiner heutigen Größe sehen, ist das neuerbaute gleich hoch wie das ältere schon seit vielen Jahren bestehende Nachbarhaus. Hier in diesem Haus besteht zudem der Verwaltungsbrauch - ich meine den Magistrat, - die Anliegen der Konsenswerber positiv zu begutachten, sofern keine öffentlichen und privaten Interessen entgegenstehen. Im gegenständlichen Bauverfahren wurden von keinem der Nachbarn gegen die Höhe des Bauwerkes Einwände erhoben. Dies war sogar willkommen, da dadurch der Straßenlärm von den dahinterliegenden Gebäuden abgehalten wird. Ich darf dazusagen, daß für diese Entscheidung sicherlich der Umstand, daß von keiner Seite

Einwände erhoben wurden, ausschlaggebend war. Ich möchte auch deutlich darauf hinweisen, daß gegen den Bescheid kein Rechtsmittel ergriffen wurde, von keinem der Anrainer. Der wahre Grund, warum nunmehr vermehrt Bürgerproteste auftreten, dürfte sein, daß die Ehegatten Langer dieses Gebäude für andere Zwecke nutzen wollen als ursprünglich vorgesehen. Nicht die Höhe des Langerhauses ist der Auslöser für die Beschwerden, sondern die Art der Nutzung. Die Nutzung der Räume war aber nicht Gegenstand der Bauverhandlung. Sie wurde in der gewerbebehördlichen Verhandlung eingehend erörtert und in dem noch zu erlassenden Bescheid werden die Interessen und Anliegen der Nachbarn Berücksichtigung zu finden haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, die Lehre, die ich aus diesem Verfahren ziehen muß, ist, daß unbürokratisches Verwaltungshandeln in Bauangelegenheiten künftig unterbleiben wird. Baubewilligungen werden nur dann erteilt werden können, wenn alle rechtlichen Voraussetzungen vorliegen und nicht schon dann, wenn eine Entwicklung mit Sicherheit, so wie in diesem Fall, absehbar ist und keine öffentlichen und rechtlichen bzw. privaten Interessen entgegen stehen.

Soweit meine Mitteilung zum Stand dieser Sache. Es war sicherlich keine einsame Entscheidung, sondern die Beratungen - ich glaube, die Chronologie beweist das, - wurden über viele Monate geführt und immer wieder die Abänderungen neuerlich besprochen.

Soweit diese Mitteilung. Ich bitte um

Kenntnisnahme. Ich frage, ob seitens der sozialistischen Fraktion zu diesem Thema eine Wortmeldung vorliegt? Keine Wortmeldung. ÖVP? Keine Wortmeldung? Kollege Eichhübl? Bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich kann mir vorstellen, daß es eine Reihe von Personen in diesem Saal gibt, die nicht besonders erfreut darüber sind, daß ich mich jetzt zu so später Stunde noch zu Wort melde. Aber ich kann Ihnen einen Vergleich anbieten. Stellen Sie sich vor, wir hätten wirklich das Interesse, das uns Kollege Leithenmayr vorenthalten hat, an diesen Belegen, dann würden wir wesentlich länger hier sitzen, um diese durchzusehen.

Aber Spaß beiseite. Meine Damen und Herren des Gemeinderates, es gab und gibt nicht nur Probleme bei der Volkshilfe und beim Altenheim, aber auch Fehlentscheidungen im Verkehrsbereich, wie beispielsweise Resthofstraße, Annaberg - Herr Oberlehrer Zagler, Entschuldigung Herr Stadtrat Zagler - sondern auch bei Baubewilligungen, konkret bei der Baubewilligung Langer-Stadler Werndl-Straße-Sarninggasse.

Jeder weiß inzwischen, wo dieses Gebäude steht. Die Stadt Steyr hatte zum Zeitpunkt der erteilten Baubewilligung einen rechtskräftigen Bebauungsplan Nr. 7 betreffend das Siedlungsgebiet Reichenschwall, welcher in der Sitzung des Gemeinderates vom 8. 10. 1963 beschlossen wurde. Nach diesem Bebauungsplan ist dieser

Bereich als reines Wohngebiet ausgewiesen und es sind nur maximal 2geschossige Gebäude zuzulassen. Auch die gewerbliche Nutzung in Form der Errichtung von Bürogebäuden, Lagerräumen oder Reparaturwerkstätten in reinem Wohngebiet widerspricht diesem Bebauungsplan. Trotz Einwendungen von Anrainern und im Widerspruch zum Bebauungsplan Nr. 7 wurde eine Baubewilligung erteilt. Inzwischen hat der Gemeinderat eine Sanierung in der Form versucht, indem er mit den Stimmen der SPÖ und der ÖVP in der Gemeinderatssitzung am 5. 7. 1991 diesen Bebauungsplan ersatzlos aufgehoben hat. Das heißt, daß zur Zeit in diesem Gebiet, von dem ich gesprochen habe, ein konsensfreier Zustand besteht. Hiezu kommt noch, daß man zusätzlich noch ein Tagescafé und ein Restaurant betreiben möchte, auf das der Herr Bürgermeister schon hingewiesen hat. Das Betriebsanlagen-Genehmigungsverfahren seitens der Gewerbebehörde ist noch nicht abgeschlossen. Im Hinblick dieser geschilderten Vorgangsweise darf man sich nicht wundern, wenn die betroffenen Bewohner dieses Stadtteiles auf die Barrikaden steigen, weil sie bereits unter den jetzigen nicht gelösten Verkehrsproblemen in diesem Bereich leiden. Um nur ein negatives Beispiel zu nennen. Die Befürchtung, daß eine Genehmigung von derartigen Betriebsanlagen in einem Wohngebiet noch weitere Nachteile für die Bewohner bringt, wird wohl niemand bestreiten können.

Im übrigen haben bereits an die 240 Personen eine Einwendung an den Magistrat unterschrieben, weil sie

durch die geplante Errichtung von zwei- bis dreigeschossigen Wohneinheiten an der Stelzhamerstraße weitere gesundheitsschädliche Verkehrsbelastungen befürchten und auch der ursprüngliche Charakter als Gartensiedlung beeinträchtigt oder zerstört werden würde ..

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Die Tierklinik von Dr. Pfeil wird auch nicht zusperren!

GEMEINDERAT ROMAN EICH-HÜBL:

So steht es in den Einwendungen der Anrainer. Das bitte ich, zur Kenntnis zu nehmen, denn das ist eine Tatsache. Ich hoffe daher schon, daß sich die verantwortlichen Politiker ernsthaft mit diesen Anliegen und Bedenken befassen. Es sind ja nicht so wenige, die sich von dieser Form, die ich geschildert habe, beeinträchtigt fühlen, denn sonst hätten sie nicht diese Einwendungen gemacht. Ich wohne ja nicht dort.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Bist Du für oder gegen die Wirtschaft?

GEMEINDERAT ROMAN EICH-HÜBL:

Herr Bürgermeister darf ich bitten, daß ich in Ruhe aussprechen kann?

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Sie haben gesagt, jammern ist der Gruß der Kaufleute, das darf ich nicht sagen.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN

LEITHENMAYR:

Habe ich behauptet, das ist ein guter Ausspruch? Ich glaube nach wie vor, daß das kein guter Ausspruch ist, darum werde ich es auch nicht sagen.

Daß es Anzeigen bei der Staatsanwaltschaft wegen der entgegen dem Bebauungsplan erstellten Baubewilligungen des Projektes Langer-Stadler im Hinblick auf den Verdacht des Amtsmißbrauches gibt, das hat der Herr Bürgermeister bereits berichtet. Das ist auch in der Presse gestanden und er hat auch klargestellt, daß sie nicht von mir stammen.

Mir, meine Damen und Herren, und das darf ich bitten, daß Sie das so zur Kenntnis nehmen, geht es nicht darum, den Errichtern dieses Projektes, - diese haben ja von der Baubehörde - einen Baubescheid erhalten - oder einem politischen Gegner eines auszuwischen, sondern sicherzustellen, daß alle Bürger, wenn sie Anliegen haben und Anliegen vorbringen, gleich behandelt werden. Dies zu gewährleisten, meine Damen und Herren, ist die Aufgabe und die Pflicht aller Mandatäre, Herr Vizebürgermeister.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Sie sind ein Traumtänzer!

GEMEINDERAT ROMAN EICH-HÜBL:

Daher verlangt die freiheitliche Gemeinderatsfraktion, daß der Gemeinderat den Beschluß vom 5. 7. 1991 auf Aufhebung des Bebauungsplanes Nr. 7 Reichenschwall zurücknimmt und jenen rechtlichen Zustand wieder

herstellt, der vom Gemeinderat für das Siedlungsgebiet Reichenschwall am 8. 10. beschlossen wurde.

Damit verbunden ist auch eine restlose Aufklärung darüber, in welchen tatsächlichen Zusammenhängen die erwähnte Baubewilligung erteilt wurde. Auch im Interesse derjenigen, die die Baubewilligung erhalten haben, das möchte ich auch betonen und jetzt ebenfalls vor großen Problemen stehen, weil sie offensichtlich damit gerechnet haben, das Gebäude entsprechend zu nutzen. Jedenfalls ist rasch im Interesse der Betroffenen eine Entscheidung herbeizuführen, denn eine wie ich meine Fehlentscheidung der Behörde darf nicht auf dem Rücken der Betroffenen, ganz gleich auf welcher Seite sie stehen, ausgetragen werden.

Man darf sich nicht wundern, wenn sich jetzt beide Teile benachteiligt fühlen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Zu dem Thema die KPÖ? Nein.

Ich frage, ob ein weiteres Thema gewünscht wird. SPÖ? Nein. ÖVP? Nein. KPÖ? Bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HÖLUB:

Das muß man sich einmal zergehen lassen. Er verlangt praktisch das Abbrechen eines Hauses und das im Interesse dessen, der es errichtet hat!

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das Verfahren ist noch nicht abgeschlossen.

GEMEINDERAT SIEGFRIED VRATNY:

Geschätzte Damen und Herren!

Aufgrund von zwei Beantwortungsschreiben an den Mieterschutzverband Oberösterreich, eines vom Bundesministerium für Finanzen und eines vom Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten, welche beide die Rückerstattung der zu unrecht eingehobenen Mietzinsbeträge ablehnen, möchte ich diese Aktuelle Stunde nochmals dazu benützen, die Probleme der WAG-Mieter zur Sprache zu bringen.

Es ist unerhört, wenn ein Sprecher der Regierungsparteien aussagt, da möchte ich wörtlich zitieren - "die von ihnen (gemeint ist der Mieterschutzverband) als überhöht bezeichneten Mieten betragen im üblichen tatsächlich lediglich S 5,- /m². Sie stellen unter diesem Gesichtspunkt auch nicht etwa ein soziales Problem dar. Die sich daraus ergebenden Wohnungsmieten liegen jedenfalls noch weit unter den selbst im gemeinnützigen Bereich gegebenen Niveau. Da gäbe es noch mehr zu zitieren, aber ich möchte auf die Tatsachen zurückkommen.

Tatsächlich bezahlen die Mieter von Münchenholz derzeit ca. 12 Schilling an Hauptmietzins und dies für Wohnungen, die weder geheizt sind und wo die Mieter die Erneuerung der Fenster zusätzlich zum Hauptmietzins von S 12,- überwiegend selbst tragen müssen. Der derzeitige monatliche Gesamtmietzins beträgt je nach Größe der Wohnung zwischen 2.000 und S 2.500,--. Es ist nicht nur eine soziale Angelegenheit, sondern es geht vor allem darum, daß beide

Ministerien eine Entscheidung des Obersten Gerichtshofes negieren. Im Namen von 2.525 Mietern fordere ich Sie, meine Damen und Herren des Gemeinderates, auf, die gerechte Forderung auf Rückzahlung der zu unrecht eingehobenen Mietzinsbeträge mit allen Mitteln zu unterstützen.

Ich möchte auch einen Satz dazu bringen, jeden Tag eine gute Tat. Ich würde sagen, vor jeder Wahl eine gute Tat, das wäre schon ein kleiner Fortschritt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke.

Zu diesem Thema möchte ich sagen, das ist schon mehrmals hier behandelt worden. Das ist eine Rechtsfrage und wir als Gemeinde stellen den Mietern der WAG den Rechtsbeistand zur Verfügung, wir zahlen diesen Rechtsbeistand und es ist ein Verfahren, daß auf dem Gerichtsweg abgewickelt werden wird.

Politische Interventionen, wie sie immer wieder gewünscht werden, wurden durchgeführt und vorgenommen, der Eigentümer dieser Anlage ist der Bund und der stellt sich hier auf den Standpunkt, den

Rechtsweg einzuhalten und zu beschreiten aufgrund der Interessen, die dort vorhanden sind. Selbstverständlich sind wir im Interesse der Mieter interessiert, daß vernünftige Lösungen getroffen werden. Mehr kann ich dazu nicht sagen.

Kollege Eichhübl, hast Du einen Beitrag zur Aktuellen Stunde? Nicht. Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der heutigen Sitzung angelangt. Ich darf noch bekanntgeben, daß der Gemeinderat Beschlüsse im Ausmaß von 2,665.100 Schilling zur Kenntnis genommen hat und in den Verhandlungsgegenständen Ausgaben von S 55,858.600,- beschlossen wurden.

Ich danke für die Berichterstattung und die Diskussionsbeiträge. Ich möchte mich aber auch bei Kollegen Leithenmayr, der heute seinen Urlaub unterbrochen hat, bedanken und ebenso bei Kollegen Holub, der auch offiziell auf Urlaub ist. Beide haben das nicht separat erwähnt, das war Kollegen Oskar Holub vorbehalten.

Herzlichen Dank und ich wünsche einen angenehmen Abend.

Ende der Sitzung: 20.40 Uhr

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Heinrich Schwarz e. h.

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

SR. Dr. Gottlieb-Zimmermann e. h.

Gerda Gugenberger e. h.

DIE PROTOKOLLPRÜFER:

Hubert Sturmberger e. h.

Alfred Wallner e. h.

